

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 50. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **zehn Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich mitteilen:

Die im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, die Aussprache über die von der Fraktion der AfD in der Drucksache 17/5164 beantragte Aktuelle Stunde, die für Freitag vorgesehen war, heute als Tagesordnungspunkt 2 durchzuführen.

Die von der Fraktion der SPD in der Drucksache 17/5162 beantragte Aktuelle Stunde, die für heute vorgesehen war, soll am Freitag unter Tagesordnungspunkt 1 debattiert werden.

Wie ich sehe, gibt es hiergegen keinen Widerspruch. Dann haben wir das so beschlossen.

Wir treten in die heutige Tagesordnung ein.

Ich rufe auf:

1 Klima schützen, Wohlstand und Beschäftigung sichern – Mit der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie stärken wir das Industrieland Nordrhein-Westfalen

Unterrichtung durch die Landesregierung

In Verbindung mit:

Ergebnisse der Kohlekommission umgehend umsetzen – Landesregierung muss Klarheit für alle Beteiligten schaffen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5050

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5179

In Verbindung mit:

Gestalteter Strukturwandel statt entfesselter Märkte für Nordrhein-Westfalen – Landesregierung gefordert

Antrag

der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5059

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5180

In Verbindung mit:

Versorgungssicherheit und Arbeitsplätze sichern, weiteren Strompreissteigerungen entgegenreten: Kohleverstromung erhalten.

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5075

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 11. Februar 2019 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zu dem Thema „Klima schützen, Wohlstand und Beschäftigung sichern – Mit der Versöhnung von Ökologie und Ökonomie stärken wir das Industrieland Nordrhein-Westfalen“ zu unterrichten.

Die Aussprache zur Unterrichtung wird vereinbarungsgemäß in Verbindung mit dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dem Antrag der Fraktion der SPD sowie dem Antrag der Fraktion der AfD durchgeführt.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch den Ministerpräsidenten Armin Laschet. Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet das Wort. Bitte schön.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kaum eine Frage hat unser Land so sehr geprägt und beschäftigt wie die Frage nach der Energiegewinnung. Ob die Steinkohle aus dem Ruhrgebiet, aus dem Ibbenbürener Revier und aus dem Aachener Revier oder die Braunkohle aus dem Rheinischen Revier: Die Kohle hat unser Land groß, wirtschafts- und wohlhabend gemacht. Sie hat auch das gesellschaftliche Miteinander in unserem Land nachhaltig geprägt.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD)

Ohne die Kohle aus Nordrhein-Westfalen wäre das deutsche Wirtschaftswunder nach dem Zweiten Weltkrieg nicht möglich gewesen. Unser Land war und ist bis heute Energielieferant für den Industriestandort Deutschland.

Aber die Menschen in den Revieren haben dafür in den letzten Jahrzehnten einen hohen Preis bezahlt. Ihnen ist viel zugemutet worden – ob im Steinkohlebergbau, in dem Hunderttausende Bergleute teils mit

Staublunge ihre Gesundheit und zum Teil auch ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben, oder im Braunkohleabbau, dem zahlreiche Dörfer weichen mussten. Die betroffenen Menschen mussten das aufgeben, was uns Menschen am wichtigsten ist: das Zuhause, die Heimat, das eigene Haus, die Schule, die Kirche, in der man getauft wurde – möglicherweise war man auch sonntäglich in der Gemeinde aktiv –, und sogar den Friedhof, auf dem vielleicht die Eltern oder Großeltern begraben sind.

Diesen Menschen, die diese Opfer in Jahrzehnten für das Gemeinwohl und den Wohlstand in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland gebracht haben, will ich heute im Namen von Millionen anderen danken.

(Allgemeiner Beifall)

Die Frage nach der besten Form der Energiegewinnung musste immer wieder neu verhandelt werden. Seit den 50er-/60er-Jahren dachte man, man hätte eine weniger schädliche Energieform gefunden. Technikgläubig, fortschrittsgläubig dachte man, die Kernenergie löse dieses Problem. Heute wissen wir: Sie ist es auch nicht. Bis zum Jahr 2022 steigt Deutschland aus der Nutzung der Kernenergie aus.

Stattdessen setzen wir heute auf die erneuerbaren Energien. Aber auch hier wissen wir: Das funktioniert nicht von allein. Es gibt Bürgerproteste gegen Stromtrassen, Windparks oder Windräder in der Nachbarschaft. Vor allem funktioniert es auch nicht von heute auf morgen. Wir brauchen Speichertechnologien für Tage ohne Wind und Sonne.

Heute ist ein eher sonniger Tag. Es weht auch Wind. In diesen Minuten setzt sich der deutsche Strommix wie folgt zusammen: 37 % Kohle, 13 % Kernenergie und 10 % Gas; den Rest leisten derzeit die regenerativen Energien. Das heißt: Selbst bei relativ günstigen Bedingungen sind wir noch zu 60 % auf konventionelle Energieträger angewiesen.

(Helmut Seifen [AfD]: Hör! Hör!)

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass wir weiterhin fossile Energieträger benötigen werden, weil wir auf absehbare Zeit nur so die Versorgungssicherheit erreichen können. Das wird in den nächsten beiden Jahrzehnten ganz maßgeblich auch noch die Kohle sein. Das wird mit zunehmender Bedeutung aber vor allem auch Erdgas sein.

Manche Leute sagen, wir sollten auf Gas umsteigen, weil das CO₂-freundlicher sei. Das stimmt zwar. Aber auch das ist nicht ohne Risiken. Die Niederlande, selbst einer der größten Erdgasproduzenten und -exporteure in der EU, steigen aus der Gasgewinnung aus. Es wird heftig darüber diskutiert. Manche kritisieren Nord Stream 2 und russisches Gas. Andere kritisieren LNG, verflüssigtes Gas, aus den USA, weil es durch Fracking hergestellt wird. Daran kann man erkennen, dass Energiepolitik immer auch mit Risiken und Belastungen für die Umwelt verbunden ist.

Zur Ehrlichkeit gehört übrigens dazu, dass wir mit Blick auf unsere Klimapolitik bei allem Optimismus auch realistisch bleiben müssen. 2017 haben die Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen zum weltweiten CO₂-Ausstoß 0,26 % beigetragen. Das heißt: Mit dem Ausstieg bewegen wir etwas.

Mit dem Ausstieg zeigen wir, dass ein Energie- und Industrieland es ernst mit der Energiewende meint. Aber wir dürfen den jungen Menschen auch nichts vormachen. Wenn alle Braunkohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen abgeschaltet sind, tragen wir damit 0,26 % zur weltweiten CO₂-Einsparung bei.

Das gehört zum Realismus dazu. Wir nehmen uns ambitionöse Ziele vor. Aber man muss auch erklären, welche Wirkung das auf das wirklich große Thema des Klimawandels, dem wir uns stellen, hat: 0,26 %.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Uns alle eint das Ziel, dass die Energieversorgung der Zukunft durch erneuerbare Energien getragen werden soll. Jetzt kommt es darauf an, Rahmenbedingungen für den Weg dorthin langfristig und verlässlich zu gestalten.

Langfristig und verlässlich sollen Leitentscheidungen sein. Es gibt drei große Leitentscheidungen für das Rheinische Revier aus den Jahren 1987, 1991 und 2016.

Bereits die Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 hat zur planerischen Begründung auf die Genehmigung für den Tagebau Garzweiler II aus dem Jahr 1995 verwiesen.

Ich zitiere wörtlich:

„Es gehört zu den Besonderheiten der Braunkohlenplanung, dass diese langfristig verlässlich und verbindlich sein muss. Dieses entspricht nicht nur der notwendigen Investitionssicherheit für die betroffenen Unternehmen, sondern auch den Grundsätzen der allgemeinen Energievorsorge, die ebenfalls einem längerfristigen Beurteilungshorizont entsprechen muss. Und schließlich bedarf die Lebensplanung der betroffenen Bürger einer verlässlichen Perspektive. Die Genehmigung eines Braunkohlenplans geht somit davon aus, dass dieser langfristig Bestand hat.“

Die Entscheidung aus dem Jahr 2016 ist über Jahre vorbereitet worden. Sie ist mit Betroffenen und mit Experten gefällt worden. Man hat die Orte Holzweiler, Dackweiler und Hauerhof herausgenommen und hat in Kenntnis des Pariser Klimaschutzabkommens, das ein halbes Jahr vorher im Dezember 2015 beschlossen worden war, in dieser Leitentscheidung gesagt: Wir halten es energiewirtschaftlich für notwendig, dass der Hambacher Forst abgeholzt wird und dass das Garzweiler Gebiet ansonsten unberührt bleibt. – Man ist von einem Planungshorizont bis zum Jahr 2050 ausgegangen.

Diese Leitentscheidung mit all den Versprechen an die Betroffenen: „Das gilt jetzt auch; wir nehmen drei Orte heraus, aber der Rest gilt“, wurde im Jahr 2017, ein Jahr später, schon wieder infrage gestellt.

(Christian Loose [AfD]: In den Jamaika-Verhandlungen!)

– Dazu komme ich gleich noch. – Ich will das gar nicht im Nachhinein kritisieren. Nur: Die damalige Annahme, dass Sie jetzt etwas ganz Festes, Verbindliches machen und alle sich darauf verlassen können, war im Jahr 2017 schon nicht mehr gültig.

Deshalb muss das, was wir jetzt machen und einleiten, klar sein, abgewogen sein und alle Elemente berücksichtigen, damit die Menschen wirklich wissen, dass das, was wir uns jetzt vornehmen, bis zum Jahr 2038 gelten wird. Das ist das Ziel, vor dem wir jetzt stehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diesen Zeitraum brauchen wir auch. CDU und FDP haben in der Regierung Rüttgers im Jahr 2007, damals mit Zustimmung der Grünen, gesagt: Wir steigen aus der Förderung der Steinkohle aus. – Auch das war damals für viele ein schmerzhafter Prozess. Es hat aber elf Jahre gebraucht. Am 21. Dezember 2018 ist das Ganze dann so abgefedert gewesen, dass die Menschen wirklich damit leben konnten und keiner ins Bergfreie gefallen ist.

Man kann das auch anders machen. Man kann es auch schnell und rigoros machen. Margaret Thatcher hat das in den 80er-Jahren in Großbritannien gemacht: Zechen geschlossen, Bergarbeiter entlassen, diejenigen, die demonstriert haben, mit berittener Polizei angegriffen und die Fördertürme einfach abgerissen, auch als Symbol, damit nichts mehr übrig bleibt, um den Gewerkschaften das Rückgrat zu brechen.

Das ist nicht der nordrhein-westfälische Weg. Die Regionen in Großbritannien, in denen man das so gemacht hat, sind heute diejenigen, in denen am stärksten für den Brexit gestimmt wurde.

Daran erkennt man: Sozialen Zusammenhalt sicherzustellen, so etwas behutsam zu machen und die Menschen aufzufangen, die dort arbeiten, ist eine nordrhein-westfälische Tugend, die wir hochhalten müssen – auch bei der neuen Entscheidung, die jetzt ansteht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Der nun erreichte Konsens zum Ausstieg aus Braunkohle und Kohleverstromung war ein noch größerer Kraftakt. Denn die Lage bei der Braunkohle ist eine andere als bei der Steinkohle.

Die Steinkohle war seit Langem nicht mehr wettbewerbsfähig. Man hat am Ende entschieden, dass die Subventionen nicht weiter gezahlt werden.

Bei der Braunkohle wird aus politischen Gründen ein importunabhängiger, wettbewerbsfähiger heimischer Energieträger aus dem Markt genommen. Politik beschließt: Es werden die Arbeitsplätze von Tausenden, die auf eine Leitentscheidung vertraut hatten, abgebaut. Es werden moderne und leistungsfähige Kraftwerke abgeschaltet, die im internationalen Kontext hohe Umweltstandards erfüllen. Es wird eine bislang für unsere energieintensive Industrie wichtige Versorgungsbasis berührt. Es wird ein rasanter Strukturwandel im Braunkohlerevier in Kauf genommen.

Das tun wir, weil wir uns völkerrechtlich verpflichtet haben, die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten, weil wir etwas gegen den Klimawandel tun wollen. Das ist der politische Grund, den wir dann aber auch den Menschen unter diesem übergeordneten Ziel erklären müssen.

Deshalb besteht ein Unterschied zur Steinkohle. Wir haben bei der Steinkohle seit dem Schließen der ersten Zechen fast 50 Jahre gebraucht, um den Abbau auslaufen zu lassen. Seit dem Ergebnis der Kohlekommission sind gerade einmal 20 Tage vergangen. Deshalb muss das, was jetzt kommt, sehr sorgsam mit vielen besprochen und abgewogen werden. Man kann nicht 20 Tage nach einem solchen Beschluss bis in den letzten Punkt hinein eine Leitentscheidung vorlegen und ein Konzept vorgeben.

Deshalb will ich heute noch einmal deutlich machen, wie es überhaupt zu dieser Kommission gekommen ist. Eben hat jemand „Jamaika“ gerufen. Ja, in den Jamaika-Gesprächen ist darüber vier Wochen lang verhandelt worden – ohne jede Bewegung bei den offenen Fragen, die bestanden haben zu CO₂-Einsparung, Gigawatt, Zeitplänen und vielem anderen. Jamaika ist nicht an dieser Frage gescheitert. Aber Jamaika hat sie auch nicht gelöst.

Dann standen wir vor der Frage einer Großen Koalition. Ich habe damals die Energie-Arbeitsgruppe geleitet. Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen, hat auf der sozialdemokratischen Seite gesessen. Wir haben gesagt: Wir hätten jetzt eine Mehrheit. Die Große Koalition hat eine Mehrheit und kann das per Mehrheit durchsetzen.

Aber dient es wirklich dem gesellschaftlichen Konsens, einfach per Mehrheit zu beschließen, und danach geht die Debatte weiter? Mit immer neuen Daten für einen Kohleausstieg wird die Auseinandersetzung nicht befriedet, weil jede Opposition das Ergebnis am Ende nicht akzeptiert.

(Christian Loose [AfD]: Die Opposition war ja gar nicht Teil der Kommission!)

Deshalb haben wir gesagt: Wir versuchen einmal, die deutsche Wirtschaft – BDI, BDA –, die deutschen Gewerkschaften – DGB, IG BCE und andere – und

die Umweltverbände – Greenpeace, BUND und weitere – zusammenzubringen und sie einen Konsens erarbeiten zu lassen, der zur gesellschaftlichen Versöhnung beiträgt.

Das ist ein anderes Modell, als nur politisch zu entscheiden. Politik muss jetzt entscheiden. Aber dass diese gesellschaftliche Versöhnung in dieser Kommission gelungen ist, ist eine große Leistung. Allen, die daran mitgearbeitet haben, müssen wir danken. Jeder musste Zugeständnisse machen. Aber das Ergebnis bietet die Chance, dass wir dieses gesellschaftlich zerstrittene Thema in Zukunft gemeinsam lösen können.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb brauchen wir jetzt einen Fahrplan, mit dem das gelöst wird. Denn die Folge der erratischen Energiepolitik der Vergangenheit hat Menschen verunsichert – in den Dörfern, die nicht wissen, was aus ihnen wird, bei den Beschäftigten, bei den Mitarbeitern in den Tagebauen und Kraftwerken.

Die Folgen haben sich nicht zuletzt auch im Hambacher Forst entladen – in Form der Proteste vieler Zehntausender Bürger, die sich gefragt haben, ob dieses Waldstück noch gerodet werden muss oder nicht.

Bei meinem Amtsantritt war der Hambacher Forst noch 200 ha groß. Das ist er übrigens bis heute. Früher waren es 4.100 ha. 3.900 ha wurden unter anderer Regierungsverantwortung abgeholzt: SPD, GRÜNE, CDU ...

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich will daran klarmachen: SPD, GRÜNE, CDU, FDP – alle vier Parteien haben in den letzten 50 Jahren hier irgendwann Regierungsverantwortung getragen. Deshalb ist es keine parteipolitische Frage, ob der Hambacher Forst steht oder ob er nicht steht. Alle haben daran mitgewirkt, und alle können jetzt einen Beitrag zur Versöhnung bei diesem Thema leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deshalb müssen wir uns alle jetzt die Frage stellen –

(Monika Düker [GRÜNE]: Was ist denn Ihr Beitrag?)

auch Sie, Frau Düker –: Wie kommen wir nun zurück auf den Pfad langfristig haltbarer Weichenstellungen – länger als 2016, ein Jahr später infrage gestellt?

(Monika Düker [GRÜNE]: Antworten, nicht fragen!)

Wie kommen wir dahin, Frau Düker, dass wir den Menschen verlässlich etwas sagen können? Wie können wir auch das Vertrauen in Verlässlichkeit wiederherstellen?

Wir als Landesregierung finden, dass das Ergebnis der Kommission dazu eine Basis sein kann. Die Landesregierung wird mit ihrer Arbeit deshalb auf dem Kommissionsergebnis aufbauen.

Wir wollen den Konsens aus Berlin in einen Konsens hier in Nordrhein-Westfalen und besonders vor Ort in den betroffenen Regionen übersetzen. Wir wollen den Konsens der Kohlekommission eins zu eins hier im Land umsetzen. Das ist unsere Herangehensweise an dieses Thema.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die erste Voraussetzung dafür ist, dass zum gefundenen Konsens nun auch alle Beteiligten stehen. Es müssen insbesondere diejenigen, die in der Kommission mitgearbeitet haben, zum eigenen Ergebnis stehen. Es müssen auch diejenigen, deren Interessen in der Kommission vertreten wurden, zum Ergebnis stehen. Man darf nicht heute einen Kompromiss mittragen und morgen wieder die Maximalposition von gestern vertreten. Wenn es ein Konsens ist, dann muss sich auch jeder an diesen Konsens halten.

Wir leisten als großes Industrieland unseren Beitrag. Die Ziele des Klimaschutzgesetzes der Vorgängerregierung erreichen wir übrigens auch jetzt schon. Wir werden sie mit dem möglichen Abschalten von Kraftwerken in den nächsten Jahren weit übertreffen. Wir werden für den Klimaschutz weit mehr erreichen, als bisher im Blick war.

Für uns ist auch die Bezahlbarkeit für die Stromkunden wichtig. Das ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Uns ist außerdem wichtig, die 250.000 Arbeitsplätze der energieintensiven Industrien in Nordrhein-Westfalen im Blick zu haben. Denn nicht nur die Menschen im Rheinischen Revier, sondern auch die Arbeitnehmer bei Alu Norf, bei Evonik, bei Bayer und bei LANXESS, also in der chemischen Industrie, in der Stahlindustrie und in der Aluminiumindustrie, schauen auf das, was wir hier machen, und darauf, ob ihr Arbeitsplatz auch in Zukunft aufgrund bezahlbarer Energien im internationalen Wettbewerb Bestand haben kann.

Was heißt das Ergebnis nun für Nordrhein-Westfalen konkret? Ich will Ihnen darauf heute Antworten geben, soweit das möglich ist, und Ihnen an den Stellen, an denen das noch nicht möglich ist, einen Weg skizzieren, auf dem wir so schnell wie möglich zu Antworten kommen können.

Die Kommission macht bisher Empfehlungen. Sie stehen unter dem Vorbehalt der Umsetzung durch die Bundesregierung. Aber ich will auch hier sagen: 27:1 ist ein extrem konsensprägendes Ergebnis. Es gab eine einzige Gegenstimme. Diese Gegenstimme kam von einer Stadtverordneten aus der Lausitz, der im Bericht die Zusage fehlte, dass ein bestimmter

Ortsteil ihres Heimatdorfes nicht umgesiedelt wird. Alle anderen 27 haben zugestimmt.

Deshalb habe ich gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der anderen Braunkohleländer darauf gedrungen, dass die Bundesregierung mit der Bundeskanzlerin an der Spitze sich schnell und umfassend zum Ergebnis der Kommission erklärt und bekennt.

Wir haben in zwei Runden – die erste war nicht ganz so verbindlich, die zweite dann schon verbindlicher – die Zusage erhalten, dass auch die Bundesregierung daran interessiert ist, dies umzusetzen. Es waren fünf oder sechs Bundesminister beteiligt: Umwelt, Wirtschaft, Inneres und andere.

Wir haben dann in der letzten Woche gemeinsam mit den Ministerpräsidenten von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg noch einmal mit der Bundeskanzlerin, den Fraktionsspitzen von CDU und SPD und unseren Landesgruppenabgeordneten im Deutschen Bundestag von CDU und SPD zusammengesessen. Alle waren der Meinung: Ja, das ist ein guter Weg; den können wir mitgehen. Es gab ein hohes Maß an Übereinstimmung.

Warum ist das so wichtig? Die Bundestagsabgeordneten werden am Ende als Erste ihre Hand für die neue Energiepolitik heben müssen.

Sie werden vor allem ihre Hand heben müssen für die Haushaltsentscheidungen. Das ist nicht die Bundesregierung, sondern das ist der Haushaltsgeber, der Deutsche Bundestag. Der wird sich zuerst damit beschäftigen, und danach werden wir hier im Landtag über die Frage einer neuen Leitentscheidung befinden.

Daran kann man schon erkennen: Die Zuständigkeit für die Energiepolitik liegt bei den Bundestagskollegen, liegt bei der Bundesregierung. Wir werden diejenigen sein, die das dann hier vor Ort in rechtliche Maßnahmen gießen werden.

Deshalb ist es wichtig, dass wir auch bereit sind voranzugehen. Minister Pinkwart war ja für uns in der Kommission dabei. Nordrhein-Westfalen hat von Anfang an gesagt: Wenn es dem Erfolg dient, sind wir als Land auch bereit, den ersten Schritt schon bis 2022 zu machen.

Es ist nicht leicht für eine Regierung, wenn Sie als Ministerpräsident vor den Bergleuten stehen, was ich nach dem Gespräch mit der Bundeskanzlerin gemacht habe, und denen sagen: Eure Arbeitsplätze sind es, die als erste wegfallen in Deutschland. – Das ist nicht einfach.

Aber wir haben das gemacht, weil wir wissen: Wenn wir früher mit dem Strukturwandel beginnen, wenn wir als Erstes neue industrielle Arbeitsplätze, auch bei Speichern, bei neuen Kraftwerksformen und bei anderem in die Region bekommen, sind wir am Ende

auch die Ersten, die den Strukturwandel geschafft haben.

Das ist unsere Herangehensweise. Insofern war das eine Vorleistung. Ohne diese Haltung von Nordrhein-Westfalen wäre ein Konsens nicht möglich gewesen. Auch das muss jeder wissen, wenn er heute hier über das Thema debattiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht ein Wort zu den Debatten, die in den letzten Tagen geführt worden sind. Man wundert sich ja manchmal: Wir reden über 2038, und jetzt fangen einige an, über einzelne Gigawatt zu diskutieren. Irgendwie sucht sich jeder seine Nische, in die er noch irgendeine Polemik hineinbringen kann.

Deshalb nur einmal zur Erklärung, liebe Frau Düker: Die Landesregierung betreibt keine Braunkohlekraftwerke.

(Monika Düker [GRÜNE]: Echt? Das ist mir ganz neu!)

– Das ist so, ja. Man hat nicht immer den Eindruck, dass Sie das wissen. Die Landesregierung legt auch keine Kraftwerke still

(Monika Düker [GRÜNE]: Rechnen können Sie aber auch nicht!)

– sie rechnet auch nicht –, sondern die Bundesregierung wird die Verhandlungen mit den Unternehmen führen. Wenn Sie irgendwelche Wünsche haben, richten Sie sie an die, die dort verhandeln.

Wir setzen eins zu eins um. Jeder Buchstabe gilt. All Ihre Versuche, daraus kleine parteipolitische Süppchen zu kochen, werden scheitern angesichts des Anspruchs, den wir haben, nämlich dieses Land voranzubringen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Aber unabhängig von dieser jüngsten Diskussion ist heute schon absehbar: In Verbindung mit den Stilllegungen, die bereits 2016 beschlossen wurden, als die Sicherheitsbereitschaft eingeführt wurde, werden die Beschlüsse der Kommission eine erhebliche Reduktion der Kraftwerksleistung im Rheinischen Revier und damit einen Minderbedarf an Braunkohle und eine große Veränderung auch bei den Tagebauen nach sich ziehen.

Endgültige Zahlen über den Umfang liegen noch nicht vor. Die kann es auch erst geben, wenn die Bundesregierung ihre Verhandlungen mit RWE abgeschlossen hat. Daran wird der Finanzminister und manch anderer mitwirken müssen. Die Landesregierung hat keine Möglichkeit, dies von sich aus zu entscheiden.

Die verbleibenden Kraftwerke sind bis zu den jeweiligen Stilllegungsdaten Grundpfeiler unserer Ener-

gieversorgung. Das bedeutet auch, dass wir weiterhin auf das Know-how und die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kraftwerken und Tagebauen angewiesen sind.

Die Menschen, die Tag und Nacht, rund um die Uhr dort arbeiten, haben unsere Anerkennung verdient. Sie werden in den nächsten 20 Jahren mit all ihrer Leistungskraft für unser Land dringend gebraucht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor einigen Monaten schrieb mir die Frau eines Arbeiters ihren Frust von der Seele. Ich zitiere sie einmal:

„Diese Menschen verdienen sich ehrenhaft ihr Geld und nicht durch irgendwelche Verbrechen. Die Arbeit, die man leistet, ist vollkommen nutzlos, denn Strom steht ja jederzeit durch Wind und Sonne zur Verfügung – so wird der Öffentlichkeit suggeriert. Als Familie eines RWE-Mitarbeiters fühlt man sich in gewisser Weise schon verfolgt.“

Meine Damen und Herren, ich werde mich weiter vor diese Familien stellen. Die Beschimpfungen, insbesondere in anonymen Blogs im Netz, dürfen wir nicht akzeptieren. Wir dürfen nicht hinnehmen, wie hier mit Menschen umgegangen wird.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der AfD)

Wenn wir jetzt Kohlemengen reduzieren und Kraftwerke schließen, wird sich die Frage stellen: Welcher Tagebau wird denn wie verkleinert, und auf welchen kann man vollständig verzichten? – Für viele scheint sich damit nur die Frage zu stellen: Garzeiler oder Hambach, Menschen oder Bäume? – Wenn man in einer solchen Entscheidung völlig frei wäre, dann – das ist klar – würde sich jeder immer für Menschen entscheiden.

Das ist mit der Leitentscheidung 2016 ja auch geschehen. Bei aller Anerkennung: Man hat sich dafür eingesetzt, dass Holzweiler und die anderen Orte gerettet werden und dass am Hambacher Forst nichts an dem Gebiet verändert wird, das man beschrieben hat. Das ist eine respektable Entscheidung, wenn man so etwas abzuwägen hat. Das hieße konkret, man müsste den Tagebau Garzeiler II jetzt reduzieren, wenn man frei entscheiden könnte.

Aber die Lage ist nicht ganz so einfach, wie es auf den ersten Blick erscheint und wie manche behaupten. Bei Holzweiler war eine Chance, denn die Umsiedlung hatte noch gar nicht begonnen. Sie war in weiter Perspektive angekündigt. Es war 2016 möglich zu sagen: Wir können diese Gebiete herausnehmen, weil der Umsiedlungsprozess noch nicht begonnen hatte.

Heute wissen wir: In den Dörfern, über die gesprochen wird, wird bereits seit Jahren umgesiedelt. Ich war ja da, und zwar – was mich übrigens wunderte –

als erster Ministerpräsident in 50 Jahren. Es war niemand zuvor da, der je mit den Leuten gesprochen hätte. Aber wenn Sie mit denen sprechen, dann merken Sie, dass es in den Dörfern keine einheitliche Haltung gibt.

Eine Mehrheit, knapp 60 %, hat sich in manchen Dörfern schon entschlossen, umzusiedeln, baut bereits im neuen Dorf, hat ein neues Haus bezogen. Andere Familien hingegen hoffen weiter, dass sie am angestammten Ort bleiben können.

Das ist die Zerrissenheit, die Gespaltenheit in den Dorfgemeinschaften, die mir gestern Abend auch noch einmal der Bürgermeister in Erkelenz geschildert hat. Auch das will ich Ihnen an zwei Originalstimmen aus der Region vortragen. Da schreibt mir eine Bürgerin aus Erkelenz-Kaulhausen am 31. Januar, Zitat:

„Es besteht die wunderbare Chance, die Laufzeit des Tagebaus Garzeiler zu verkürzen und das Schicksal unserer Nachbarn, Verwandten, Freunde, die nicht ihre Heimat verlassen wollen, zu retten. Ich appelliere an Sie und Ihre Mitarbeiter: Bitte helfen Sie, ein Konzept für den Erhalt der vom Abriss bedrohten Dörfer zu gestalten.“

Auf der anderen Seite schreibt mir am 6. Februar, eine Woche später, ein Familienvater aus Keyenberg.

„Ich habe jetzt zwei Jahre gebraucht, um meine mittlerweile fast 83-jährige Mutter davon zu überzeugen, dass wir mit der Familie an den neuen Ort ziehen. Wir haben zwei Kinder, deren Freunde sind bereits alle am neuen Ort. Die sagen: Alleine wollen wir hier auch nicht mehr bleiben, alle Kinder ziehen weg oder sind bald weg.“

Er schreibt dann weiter:

„Hätten Sie im Jahre 2013 den Tagebau gestoppt und die A61 als Grenze belassen, dann wäre Klarheit gewesen.“

Aber seine Grundbotschaft ist: Macht bloß die Entscheidung nicht rückgängig.

Das macht das Dilemma von Politik deutlich, dass Sie auf beiden Seiten Menschen haben, die mit persönlicher Betroffenheit etwas wünschen, was sich eigentlich ausschließt. Deshalb zeigen diese wenigen Stimmen: Die Situationen in den Umsiedlungsdörfern ist nicht so eindeutig, wie das manche auch hier im Landtag vermitteln.

Hinzu kommt, dass aufgrund des laufenden Rechtsstreits nicht auszuschließen ist, dass eine bergbauliche Inanspruchnahme des Hambacher Forstes auf Jahre hinaus verhindert werden könnte.

Es besteht aber bei allen beteiligten Akteuren die Überzeugung, dass die von Umsiedlung betroffenen Menschen, die Beschäftigten, die Kommunen und

das Unternehmen so schnell wie möglich Klarheit und Planungssicherheit bekommen. Das war auch gestern auf der Revierkonferenz, auf der Minister Pinkwart und ich waren, der Appell: Gebt uns bald Klarheit, so schnell wie möglich.

Man kann aber jetzt nicht jahrelange Gerichtsentscheidungen abwarten, um diese Klarheit herbeizuführen. Vor diesem Hintergrund erkläre ich heute für die gesamte Landesregierung: Mancher Beobachter sah jene Dörfer, die 2016 aus der Planung herausgenommen worden sind – Holzweiler, Dackweiler und den Hauerhof – nun wieder als gefährdet an.

Ich habe hier schon als Oppositionsführer 2014 für den Fall eines Regierungswechsels zur Entscheidung der damaligen Landesregierung gesagt, dass wir daran nichts mehr verändern werden. Das ist auch heute die Aussage: Holzweiler, Dackweiler und der Hauerhof – das garantieren wir – werden nicht mehr angerührt und sind auf Dauer gesichert. Erstens.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zweitens. Ich habe das Unternehmen RWE in den letzten Wochen gebeten, ein Moratorium für diese und die kommende Rodungsperiode zu erklären – unabhängig vom Ausgang der anstehenden Gerichtsentscheidungen. Dafür habe ich seit gestern die schriftliche Zusage des Unternehmens, das heißt, dass in jedem Fall bis zum Herbst 2020 das Moratorium gilt und der Hambacher Forst nicht gerodet wird.

(Monika Düker [GRÜNE]: Bis 2020?)

Ab heute gilt ein Rodungsmoratorium für den Hambacher Forst.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vor diesem Hintergrund fordere ich jetzt ...

(Monika Düker [GRÜNE]: Und danach?)

– Ich war bei Punkt 2, Frau Düker. Wenn Sie sich gedulden, kriegen Sie auch die Punkte 3, 4 und 5 noch.

Vor diesem Hintergrund – und da können Sie sich gleich anschließen, Frau Düker, wenn Sie hier ans Pult gehen – fordere ich jetzt alle Besetzer des Hambacher Forstes auf, diesen Ort zu verlassen.

(Beifall von der CDU und der FDP sowie von Frank Neppe [fraktionslos] und Alexander Langguth [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Lassen Sie den Ort, von dem Sie sagen, dass Sie ihn schützen wollen, nun endlich in Frieden. Beschädigen Sie den Baumbestand dort nicht weiter. Alle Seiten sind jetzt gefordert, Zeichen zu setzen. Wenn Sie das gleich auch so ähnlich sagen würden, Frau Düker,

(Monika Düker [GRÜNE]: Dann sagen Sie doch, dass der Wald erhalten bleiben soll!)

wäre das ein wichtiger Beitrag zur Befriedung der Situation. Für zwei Jahre gibt es keine Gefahr für den Wald.

(Beifall von der CDU und der FDP sowie von Alexander Langguth [fraktionslos] – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Wenn bis dahin nicht der Rest weggeholt ist!)

– Herr Mostofizadeh, wer was weggeholt hat, habe ich eben vorgetragen; Sie erinnern sich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Drittens. Die Kommission hat formuliert: Der Erhalt des Hambacher Forstes sei wünschenswert. – Ich schließe mich diesem Wunsch an und sage an RWE und die Bundesregierung gerichtet: Der Erhalt des Hambacher Forstes ist wünschenswert und muss Bestandteil der Verhandlungen zwischen Unternehmen und Bundesregierung sein.

Viertens. Südwestlich des Hambacher Forstes liegt der Merzenicher Erbwald. Er ist doppelt so groß wie der Hambacher Forst – darüber hat bisher kaum jemand geredet – und beherbergt ein großflächiges Vorkommen des heute bedrohten winterlindenreichen Eichen-Hainbuchenwaldes.

(Heiterkeit von der FDP)

Mit dem Hambacher Forst soll auch der Merzenicher Erbwald erhalten werden.

Fünftens. Östlich des Hambacher Forstes liegt das einzige FFH-Gebiet dort, nicht der Hambacher Forst, sondern die Steinheide mit einem anschließenden Waldgebiet. Auch dieses wollen wir erhalten.

Sechstens. Die Landesregierung fordert das Unternehmen RWE auf, alle Planungen für neue Braunkohlekraftwerke, die es immer wieder gab, endgültig zu den Akten zu legen.

Auch das gehört zur Realität des Kohlekompromisses: Das moderne BoAplus-Kraftwerk wird es im Rheinischen Revier nicht mehr geben.

Siebtens. Wir werden soziale Härten abfangen. Auch für die direkt an den Tagebauen Garzweiler angrenzenden Orte sollen Verbesserungen erreicht werden. Die Kommission hatte hier im Gegensatz zum Hambacher Forst, wo sie „wünschenswert“ sagte, bei den Dörfern formuliert: Die Landesregierung wird gebeten, mit den Betroffenen vor Ort in einen Dialog über die Umsiedlungen einzutreten, um soziale und wirtschaftliche Härten zu vermeiden.

Wir werden diesen Dialog führen. Wir werden alle Möglichkeiten prüfen und alle Spielräume dafür ausnutzen, um auch für die Tagebaurandgemeinden einen größeren Abstand zu erwirken. Wir werden den Kurs dieses Dialoges fortsetzen.

Die Leiterin der Landesplanungsbehörde, Frau Dr. Renz, ist bereits verstärkt zu Gesprächen in der Region. Am 14. März lädt sie die Umsiedler in Keyenberg ein. Auch für Merzenich und Kerpen sind wir dabei, Termine mit der kommunalen Ebene abzustimmen. Auch die Umsiedlungsbeauftragte des Landes, Frau Margarethe Kranz, wird dieser Aufgabe weiter nachkommen.

Erstens: mit allen Betroffenen reden. Mit den Bergleuten geschah das am 1. Februar unmittelbar nach dem Termin bei der Kanzlerin mit der Zusage: Niemand fällt ins Bergfreie. – Hier muss jetzt der Bundesarbeitsminister, Hubertus Heil, umsetzen, dass die Rentenansprüche und vieles andere für die Menschen geregelt werden. Auch das ist in der Kommission verabredet.

Zweitens: Mit Vertretern der betroffenen Kommunen ist der Minister in einem Dauerdiallog – zuletzt am gestrigen Tag. Mit den Vertretern der Umweltverbände habe ich im Oktober und im Januar gesprochen; ich werde sie in den nächsten Tagen erneut treffen.

Wir wollen den Konsens der Kommission auf Nordrhein-Westfalen und die betroffenen Regionen übertragen. Eine zentrale Voraussetzung dafür, dass das gelingt, ist auch ein möglichst breiter Konsens hier im Landtag. Wenn – außer der AfD – alle sagen „Wir stehen zu den Ergebnissen der Kommission“, dann sollten wir es doch auch gemeinsam schaffen ...

(Christian Loose [AfD]: Wir stehen für Arbeitsplätze!)

– Ja, Sie nicht. Das wissen wir. Sie brauchen es gar nicht zu rufen.

(Christian Loose [AfD]: Wir stehen für die Arbeitsplätze!)

– Sie brauchen es gar nicht zu rufen. Wir haben verstanden,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

dass Sie nicht bereit sind, diesen gesellschaftlichen Konsens mitzutragen. Das haben wir verstanden.

(Zurufe von Andreas Keith [AfD] und Markus Wagner [AfD])

– Passen Sie mal auf: Dass Sie außerhalb jeder gesellschaftlichen Kommunikation stehen, dass Sie die deutschen Gewerkschaften, die deutsche Industrie, die Arbeitgeberverbände

(Markus Wagner [AfD]: Unsinn! – Weitere Zurufe von der AfD)

als „Klüngelrunde“ bezeichnen, zeigt, wie abseits Sie sich von den Realitäten in unserem Lande bewegen.

(Beifall von der CDU, der FDP und Alexander Langguth [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich werde daher die Vertreter aller Landtagsfraktionen zu einem Dialog einladen. Ziel ist es, die nötigen Eckdaten, die wir jetzt brauchen, gemeinsam zu bewerten und möglichst diese Leitentscheidung, die für die nächsten vier Landtage gilt ... Bis 2038 wird noch viermal ein Landtag gewählt. Da können sich Regierungskonstellationen auch noch mal verändern.

(Christian Dahm [SPD]: Bestimmt! Bestimmt!)

– Ja. 2037 ist noch mal eine Chance für einen Wechsel.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Jedenfalls könnte er kommen. Als ich das 2014 gesagt habe, wurde auch gelacht. Man denkt manchmal ... Real sind Wechsel in der Demokratie.

Aber alle werden dann daran gebunden sein. Deshalb müssten wir es auch schaffen, dass wir diese Kernpunkte gemeinsam machen, damit bis 2038 – egal, wer hier regiert – Klarheit für die Menschen da ist. Das ist unser Ziel, an dem wir arbeiten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt noch eine Bemerkung zu einem Thema, das mir ebenfalls sehr wichtig ist, nämlich zur Frage: Welche Folgen haben die Kommissionsempfehlungen über das Rheinische Revier hinaus?

Es werden auch Steinkohlekraftwerke betroffen sein: im Ruhrgebiet, aber auch an anderen Standorten im Land. Die Landesregierung hat sich in der Kommission, die am Anfang eigentlich nur über Braunkohle reden wollte, erst mal dafür eingesetzt, dass auch Steinkohle zum Thema wird. Wir haben viele Verbündete: die Gewerkschaften und viele aus dem Ruhrgebiet, denen das wichtig war. – Es ist jetzt über Braun- und Steinkohle geredet worden.

Die Kommission hat nicht über den Strukturwandel vergangener Zeiten entschieden. Wenn das so wäre, hätten andere Länder gesagt: Dann wollen wir aber auch beteiligt werden. – Das Saarland beispielsweise wollte auch mit hinein. Niedersachsen wollte wegen dem Helmstedter Braunkohlerevier, das fast abgewickelt ist, auch mit hinein.

Wenn das so geöffnet worden wäre, wären am Ende die Werften in Mecklenburg-Vorpommern oder das Zonenrandgebiet in Bayern ... Da wäre ganz Deutschland Thema gewesen, und wir hätten uns nicht auf die fokussieren können, um die es geht.

Unser Ziel muss es jetzt aber sein, dass die Städte, die Steinkohlekraftwerke haben und in einem Wandel beispielsweise hin zu flexiblen GuD-Kraftwerken, zu Kraft-Wärme-Kopplung stehen, ebenfalls eine Chance haben, von dem zu profitieren, was der Bund jetzt bereitstellt. In Gelsenkirchen-Scholven und in

Herne, wo heute Strom und Wärme aus Steinkohle erzeugt werden, entstehen in den nächsten Jahren hochmoderne Gaskraftwerke.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass es an weiteren Standorten zu einem sogenannten Fuel Switch kommt, dort weiterhin Arbeitsplätze und Wertschöpfung stattfinden zu lassen und vor allem die Mitarbeiter, die da möglicherweise ihren Arbeitsplatz verlieren, erneut in der Kraftwerkswirtschaft mit Perspektiven zu versehen.

Dann kommt die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ des Bundes, die bis zum Sommer ihre Arbeit abschließen wird. Dabei wird das Ruhrgebiet eine wichtige Rolle spielen.

Dann haben wir die Ruhrkonferenz, durch die wir das Ruhrgebiet aus eigenen Landesmitteln bei seinem Wandel unterstützen wollen, sodass man, glaube ich, die Themen sehr sorgsam auseinanderhalten sollte.

Wir brauchen auch die EU. Das, was wir da tun, könnte beihilferechtlich Probleme bereiten. Deshalb war das Verhandlungsmandat des Europäischen Parlaments in der letzten Woche ein erster Schritt. Die bringen im Trilog die Erweiterung der Europäischen Strukturfonds für solche Regionen als Ziel ein, die diese Energiewende jetzt so mutig vorantreiben.

Wir brauchen zum einen das Geld dafür, wir brauchen aber zum anderen auch die Genehmigung, dass wir überhaupt mit Bundesgeld etwas unternehmen dürfen. Das wird ein Prozess, bei dem auch Europa gebraucht wird.

Die vor uns stehende Aufgabe ist groß. Wenn wir diese Herausforderungen meistern, können wir im Jahr 2038 stärker dastehen als heute.

Wenn es uns gelingt, die 15 Milliarden Euro für sinnvolle industrielle Produktion einzusetzen, beispielsweise für ein StoreToPower-Kraftwerk an einem ehemaligen Kraftwerksstandort, ist das der Gigawatt-Wärmespeicher, der 1 GW speichern kann. Wenn uns davon drei, vier Projekte gelingen, ist das nicht nur etwas für die Region, sondern für die Energiewende in ganz Deutschland.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es liegt eine große Aufgabe vor uns. Mit harter Arbeit und dem Willen, Chancen zu ergreifen, können wir sie gestalten. Wir wollen hier vorangehen, wir wollen Vorreiter sein, und wir wollen vor allem im Jahr 2040 auf einen gelungenen Strukturwandel zurückschauen zum Wohl für unser Land und zum Wohl für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ich lade Sie alle ein, aktiv und konstruktiv an diesem für unser Land so wichtigen Prozess mitzuwirken. Ich bin sicher: Dieser Wandel wird uns in alter nordrhein-westfälischer Tradition auch hier gelingen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Laschet. – Ich eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Kutschaty das Wort. – Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Fraktionen eine zusätzliche Redezeit von je bis zu 16 Minuten in Anspruch nehmen können. – Bitte schön.

Thomas Kutschaty (SPD): Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident! Zu Ihrer heutigen Unterrichtung passt, glaube ich, sehr gut ein bekanntes altes chinesisches Sprichwort: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen.

Sie bauen keine Windmühlen und schon gar keine Windräder; das wissen wir mittlerweile. Damit ist auch schon viel über die Zukunftsfähigkeit dieser Koalition gesagt; ich komme gleich noch darauf zurück, meine Damen und Herren.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, zu Beginn hier noch einmal deutlich die Position der Sozialdemokratie zu formulieren. Die Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ müssen eins zu eins umgesetzt werden.

(Beifall von der SPD)

Das Verhandlungsergebnis ist – da stimme ich Ihnen zu – ein historischer Erfolg. Es gibt jetzt einen gesellschaftlichen Konsens, der ganz breit getragen ist, über den Weg, wie Deutschland auf eine klimafreundliche Energieversorgung umsteigen kann.

Bis spätestens 2038 werden wir uns aus der Kohleverstromung verabschieden. Schon bis 2022 werden Stein- und Braunkohlekraftwerke mit einer Kapazität von 7 GW stillgelegt.

Die vom Kohleausstieg betroffenen Regionen sollen Strukturhilfemaßnahmen bekommen. 40 Milliarden Euro sind im Raum.

Das ist der Plan, das ist der Konsens, das gibt ökonomische, ökologische und soziale Sicherheit, und dem haben Vertreterinnen und Vertreter aus ganz unterschiedlichen Organisationen auch schon zugestimmt.

Nordrhein-Westfalen und das Rheinische Revier können zur Modellregion für Fortschritt und Prosperität werden. Aber das alles verlangt, meine Damen und Herren, eine aktive und ehrgeizige Strukturpolitik von Bund und Land, eine enge Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft, massive öffentliche Investitionen in Forschung und Entwicklung und selbstverständlich auch in eine moderne Infrastruktur.

Jetzt habe ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, eine Dreiviertelstunde lang sehr intensiv zugehört. Ich weiß gar nicht, was mich heute eigentlich mehr stört: dass Sie 40 Minuten lang nur eine Geschichtserzählung gemacht haben, ohne neue wesentliche Dinge zu verkünden,

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]:
Die Rede war doch schon lange fertig!)

oder dass Sie das Wenige, was Sie heute gesagt haben, schon gestern in Erkelenz verkündet haben. Wozu eine Unterrichtung, wenn es kaum einen berichtenswerten Punkt gibt und Sie das Wenige gestern schon gemacht haben?

(Beifall von der SPD)

Eine solche Respektlosigkeit hat dieses Parlament selten zu erfahren bekommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich habe jetzt gehört, Sie kündigen eine neue Leitentscheidung an. Ich nehme auch sehr gefällig zur Kenntnis, dass Sie die Leitentscheidung von 2016 jetzt hier loben. Ich hatte noch ganz andere Wortbeiträge von Ihnen in Erinnerung, nämlich wie Sie die Leitentscheidung 2016 damals massiv kritisiert haben. Besser eine späte Einsicht als gar keine Einsicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD)

Aber die Ankündigung einer Leitentscheidung, Herr Laschet, ersetzt eben noch keine neue Leitentscheidung.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Die Menschen in diesem Land wollen endlich wissen, was Sie konkret vorhaben. Ich frage auch: Was haben Sie in den letzten Wochen und Monaten tatsächlich getan?

Sie haben hier jetzt Wünsche geäußert, dass der Hambacher Forst erhalten bleiben soll. Wenn das Ihr Wunsch ist, dann sagen Sie hier doch klipp und klar: Sie machen eine Leitentscheidung, in der das festgeschrieben wird. Schreiben Sie es nicht wieder RWE zu. Das können Sie in einer Leitentscheidung regeln. Sagen Sie es in dem Bereich hier doch ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Was ist mit den Menschen in den Ortschaften, die jetzt nicht mehr wissen, ob umgesiedelt wird oder nicht? Man kann Gespräche führen – das ist gut und wichtig –, aber die Menschen wollen eine klare Perspektive. Das sagte selbst der CDU-Bürgermeister von Erkelenz gestern sehr deutlich. Wir können die-

ses Herumeiern nicht länger abwarten. Die Menschen brauchen Klarheit und klare Aussagen von Ihnen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Mir ist ein Satz aufgefallen, Herr Ministerpräsident, den ich mir gleich aufgeschrieben habe. Sie haben gesagt: Energiepolitik ist Bundespolitik. – Das mag formal vielleicht sogar im Grundgesetz so stehen. Aber was Sie hier machen, ist doch ganz billig und einfach: Sie spielen den Ball nach Berlin und sagen, Berlin und RWE sollten verhandeln und dann alles unter sich ausmachen.

(Bodo Löttgen [CDU]: Das stimmt so nicht!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen erwarten, dass der Ministerpräsident dieses Landes das nicht in Berlin entscheiden lässt, sondern es hier zur Chefsache macht. Das erwarten die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

So etwas hätte es von Ihrer Amtsvorgängerin und von allen anderen männlichen Vorgängern in Ihrem Amt nicht gegeben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das ist eine Selbstverzweigung ohnegleichen.

(Beifall von der SPD)

Wir ahnen ja schon, warum Sie den Ball gerne zum RWE und nach Berlin spielen, nämlich weil Sie selbst keine konkreten Pläne für einen erfolgreichen Strukturwandel im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet haben.

Ich habe 45 Minuten lang intensiv zugehört. Ich habe kein einziges Projekt für einen Strukturwandel in Ihrer heutigen Rede gehört. Nichts ist dazu vorgetragen worden.

(Beifall von der SPD)

Sie haben auch nicht gesagt, wie Sie zukünftig sicherstellen wollen, dass wir in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland eine sichere Stromversorgung haben. Wie soll die klimafreundliche Energieversorgung bis zum Jahr 2030, bis zum Jahr 2038 stattfinden? Auch dazu haben Sie heute überhaupt nichts gesagt, Herr Laschet.

Dabei hat die Regierung beste Voraussetzungen. Mit den Empfehlungen der Kommission ist die Ausgangslage gut. Ich möchte Ihnen in vier Punkten sagen, was jetzt zu tun ist.

Erstens. Die Beschlüsse der Strukturwandelkommission müssen in verbindliches Recht gegossen werden.

Dazu reicht es nicht, dass die Landesregierung Prozesse im Bund begleitet, so wie im Antrag der CDU formuliert ist. Man muss nicht begleiten, wie CDU und FDP das in ihrem Entschließungsantrag beschreiben. Die Landesregierung hat nichts zu begleiten, sie hat zu regieren. Fangen Sie endlich damit an, Herr Laschet!

(Beifall von der SPD)

Sie haben Einfluss zu nehmen und Entscheidungen zu treffen. Die Interessen Nordrhein-Westfalens müssen die Verhandlungsgrundlage sein, nicht der Aufschlag der Bundesregierung, meine Damen und Herren.

Zweitens. Die Strukturhilfen müssen dort hinfließen, wo die Kraftwerke geschlossen werden, in das Rheinische Revier und – ich sage es, da unterscheiden wir uns deutlich –

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– aber doch, Herr Laschet – eben auch in das Ruhrgebiet und nicht nur in das Rheinische Revier.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet gibt es ganz viele Steinkohlekraftwerke. Sie haben es nicht geschafft, auch nur ein einziges Ruhrgebietsprojekt für die Strukturhilfen des Bundes anzumelden, kein einziges.

(Bodo Löttgen [CDU]: Sie haben es nicht gelesen und auch nicht verstanden!)

Das ist fahrlässig, Herr Laschet. Das dürfen Sie nicht zulassen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Vernachlässigung des Ruhrgebiets durch Ihre Landesregierung nimmt mittlerweile schon pathologische Züge an. Ich sage Ihnen auch, Herr Laschet: Wenn Sie das jetzt vermessen, dann wird Ihre Ruhrgebietskonferenz als das in Erinnerung bleiben, was sie im Kern schon immer war: ein Rahmenprogramm für die Betriebsausflüge der Ministerialbürokratie, aber keine Hilfe für die Menschen in diesem Lande.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Die Stilllegung von Kraftwerken auch im Ruhrgebiet birgt Risiken – natürlich für die Beschäftigten, für die Energieversorgung vor Ort –, aber auch enorme Chancen, die dort genutzt werden können. Kraftwerksstandorte machen im Ruhrgebiet eine Fläche von rund 600 ha aus. Der Landrat aus Unna hat mal vorgerechnet, was das eigentlich kosten würde, einen Kraftwerksstandort zurückzubauen. Er kalkuliert mit 60 Millionen Euro pro Standort. Ich halte das für eine realistische Zahl.

Wenn wir die Flächen hochrechnen, 600 ha, die man wieder zurückgewinnen könnte, dann entspricht das

genau dem Flächenbedarf im Ruhrgebiet, den die Wirtschaftsförderung des RVR für neue Industrie- und Gewerbeansiedlungen errechnet hat – und das bei bestehendem Planungsrecht. Es müsste noch nicht einmal der Regionalplan geändert werden.

Uns allen ist klar: Die Kommunen selbst können keine Kraftwerke zurückbauen. Deswegen darf eins nicht passieren: Wir dürfen keine Kraftwerksruinen, egal ob im Rheinischen Revier oder im Ruhrgebiet, stehen haben. Denn das Schlimmste, was passieren könnte, ist: Der Betreiber steigt aus, macht einen Bauzaun rum, lässt das verfallen, und die Parkplatflächen werden an einen Discounter verkauft, der dann einen Supermarkt errichtet. Das ist kein Strukturwandel. Da brauchen wir die Hilfe des Landes, um so etwas zu bewerkstelligen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Drittens. Wir erwarten, dass die Landesregierung eines sicherstellt: Die Entschädigungszahlungen für das RWE, für die anderen Kraftwerksbetreiber in Nordrhein-Westfalen dürfen nicht auf den Kapitalmarkt fließen oder für Firmenzukäufe im Ausland zweckentfremdet werden. Es sollen damit keine Beteiligungen von Abfallentsorgungsfirmen in Rumänien erworben werden. Es muss sichergestellt werden, dass diese Zahlungen nur in der Region investiert werden. Darauf müssen Sie bestehen, Herr Laschet. Das erwarten wir von Ihnen.

(Beifall von der SPD)

Viertens. Nordrhein-Westfalen braucht jetzt eine industriepolitische Strategie, klare Prioritäten für Innovation, klare Prioritäten für Fördermaßnahmen. Sie haben, Herr Ministerpräsident, immer von der neuen Produktion von Batteriezellen, eine neue Zukunftsindustrie, gesprochen. Da stimmen wir Ihnen zu. Es ist ganz wichtig, das zu fördern. Es gibt noch weitere zukunftsfähige Bereiche: virtuelle Kraftwerke, Energiespeicher, sogenannte Power-to-X-Technologien und nicht zuletzt die zirkuläre Wertschöpfung, die aus Reststoffen eben nicht Abfall, sondern wieder neue Rohstoffe macht.

Andere Bundesländer sind da schon viel weiter. Da hat man die Hausaufgaben gemacht. Machen Sie das bitte auch!

Und hören Sie auf, Herr Laschet, im Rheinischen Revier mit einem bislang ungedeckten Scheck in Höhe von 15 Milliarden Euro zu wedeln, während Sie gleichzeitig im Ruhrgebiet unsortiert Ideen sammeln und an einer Pinnwand befestigen. Es ist Aufgabe des Ministerpräsidenten, das Land zusammenzuhalten. Sie dürfen nicht zulassen, dass Regionen gegeneinander ausgespielt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]: Was tun Sie denn?)

Dass der Bedarf an Planung, Beratung und Entscheidungen in der Landesregierung Laschet viel größer ist, als er sein müsste, das hat auch parteipolitische Gründe. Ich ahne, warum heute die eine oder andere Klarheit in Ihrer Aussage fehlt, Herr Laschet. Die Koalitionsparteien stehen nicht geschlossen zum Kohlekompromiss, nicht zum Zeitplan, nicht zum Finanzplan und schon gar nicht zu der Rolle des Staates, der den Strukturwandel steuern und gestalten muss, damit er auch tatsächlich ein Erfolg werden kann.

Ralph Brinkhaus, Fraktionsvorsitzender der CDU – nicht mit Ihrem Willen geworden, Herr Laschet, aber immerhin, er ist Fraktionsvorsitzender –, hat den Ausstiegskorridor 2035 bis 2038 schon wieder öffentlich infrage gestellt. Carsten Linnemann, Chef der CDU-Mittelstandsvereinigung, spricht von einer Überforderung der Steuerzahler bei diesem Kompromiss. Der CDU-Haushaltspolitiker Andreas Matzfeldt sagte, er werde diesem Konzept auf keinen Fall zustimmen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Hört! Hört!)

Herr Laschet, Verrat gibt es per Definition nur unter Freunden, nicht unter Gegnern. Passen Sie auf Ihre Parteikollegen auf!

(Beifall von der SPD)

Die FDP lehnt ja nicht nur die Empfehlungen ab, die die Kommission erarbeitet hat. Wenn man manchen FDP-Politiker hört, hat man den Eindruck, die Idee der Kommission war schon grundlegend falsch gewesen. FDP-Chef Lindner schmähte die mühsame Konsenssuche als „deutsche Planwirtschaft“, und Herr Kollege Brockes säuselte dem WDR in die Mikrofone, teure Planwirtschaft sei das alles hier.

Ich glaube, Ihnen war doch schon am Anfang der Gedanke zuwider, dass es einen gesellschaftlichen Konsens über eine vorzeitige Beendigung der Kohlestromversorgung geben soll. Das widerspricht nämlich der Marktentfesselungspolitik, die Sie machen wollen.

Man kann daran auch anders herangehen. Herr Lindner hat einen Vorschlag gemacht: Er will Klimapolitik allein über den CO₂-Preis machen; denn je höher der Emissionspreis, desto unrentabler seien die Braunkohlekraftwerke, und der Rest werde vom Markt alleine geregelt. – Das ist FDP-Politik.

Der Markt würde dafür sorgen, dass die unrentablen Kraftwerke schließen müssten, aber auch dafür, dass mit den Wertschöpfungsketten auch die Arbeitsplätze verschwinden würden. Der Markt würde allerdings nicht dafür sorgen, dass anschließend etwas Neues folgt. Deswegen ist der Weg der Marktentfesselung insbesondere bei dieser Frage ein Irrweg.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen, dass das Rheinische Revier nicht zum rheinischen Detroit wird. Das müssen wir gemeinsam verhindern.

Ich habe beruhigt zur Kenntnis genommen, dass die Haltung der FDP-Bundesspitze zumindest nicht der Haltung der Landesregierung entspricht. Allerdings besteht die Gefahr, dass dieses aggressive Hintergrundrauschen aus Berlin die Landesregierung dazu verleitet, falsch Rücksicht zu nehmen. Menschen im Rheinischen Revier und im nördlichen Ruhrgebiet brauchen eine ehrgeizige Strukturpolitik eines gestaltungswilligen Staates.

Ich erlaube mir an dieser Stelle einen kurzen Schwenk, nämlich eine Anmerkung zur Diskussions- und Protestkultur im Bereich der Klimapolitik. Der nächste Freitag ist wieder ein „Friday for Future“. Tausende Schülerinnen und Schüler werden dem Unterricht fernbleiben, um radikale Schritte gegen den Klimawandel einzufordern.

Die Landesregierung verurteilt die Proteste der Schülerinnen und Schüler. Sie droht ihnen mit Sanktionen, weil die Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht verletzen.

(Yvonne Gebauer, Ministerin für Schule und Bildung: Eine Unterstellung, Herr Kutschatyl!)

Herr Laschet, Frau Gebauer, ich halte diese Reaktion für falsch. Das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]: Waren Sie nicht mal Regierungspartei? – Dietmar Brockes [FDP]: Schulausfall war bei Ihnen die Regel, oder was? – Gegenruf von Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Den haben Sie so super in den Griff bekommen! – Zurufe von der AfD – Glocke)

Dass die Schülerinnen und Schüler ihre Schulpflicht verletzen, mag zwar formal richtig sein, aber das Argument geht doch völlig an den Motiven der Schülerinnen und Schüler vorbei. Es geht doch hier nicht ums Blaumachen oder Schwänzen.

(Ralph Bombis [FDP]: Waren Sie nicht mal Regierungspartei?)

Unsere Kinder haben ein sehr ernstes Anliegen: Sie wollen eine Zukunft in einer lebenswerten Umwelt. – Das verdient unsere Anerkennung und nicht unsere Geringschätzung.

(Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Ein Justizminister, der nicht zur Schulpflicht steht?)

– Herr Brockes, hören Sie mir mal zu.

(Zuruf von der SPD: Sie haben noch nie demonstriert, Herr Brockes? – Marc Herter [SPD]: Genau der Dialog, den die junge Generation möchte! – Unruhe – Glocke)

Wir wollen doch, dass unsere Schulen unsere Kinder zu mündigen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Jetzt nehmen sie ihr Recht auf Mündigkeit wahr, und die Regierung droht mit der Polizei. Das kann doch nicht ernst gemeint sein, meine Damen und Herren!

(Beifall von der SPD)

Unsere Schülerinnen und Schüler sind nicht Ihre politischen Gegner. Drohen Sie ihnen nicht, schenken Sie ihnen Ihr Vertrauen. Schenken Sie ihnen zumindest Ihr Ohr und stellen Sie sich den Protesten! Wir haben das getan.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Hören Sie sich doch mal genau an, was die Schülerinnen und Schüler Ihnen zu sagen haben. Meine Kollegin Sarah Philipp hat sich im Namen unserer Fraktion diesen Protesten und Diskussionen gestellt.

Da gab es nicht nur schöne Worte; übrigens auch für die anderen Parteien, für CDU und FDP nicht. Ich sage Ihnen das, weil Sie nicht dabei waren. Vielleicht sollten Sie den Jugendlichen mal zuhören. Das haben Sie doch immer versprochen, Herr Laschet. Aber Sie tun das nicht, Sie hören weg.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

So darf man nicht mit der Jugend umgehen.

Ich erinnere mich sogar noch an Ihre Neujahrsansprache, Herr Laschet. Ich bin derjenige, der sie sich angeschaut hat.

(Heiterkeit von der SPD und den GRÜNEN)

Da haben Sie die Bewegung in Großbritannien angesprochen. Sie sagten, es sei gut, dass junge Menschen in Großbritannien auf die Straße gingen, um für ihr Anliegen – in der EU und gegen den Brexit zu sein – zu demonstrieren.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Sie haben diesen jungen Menschen in Großbritannien großen Respekt dafür entgegengebracht, dass sie demonstrieren. Warum machen Sie das hier nicht? Hier bringt die Landesregierung den jungen Menschen nur Missbilligung entgegen. Das ist nicht richtig!

(Beifall von der SPD – Ralph Bombis [FDP]:
Nicht zur Schulzeit demonstrieren! – Dietmar Brockes [FDP]: In der Freizeit demonstrieren!)

Zurück zur Energiepolitik: Wir werden unsere Klimaziele nur dann erreichen, wenn das Land Nordrhein-Westfalen auch massiv in den Ausbau der erneuerbaren Energien investiert.

Gerade ist schon gesagt worden, wie groß der Anteil an fossilen Energieträgern noch ist. Nordrhein-Westfalen liegt sogar noch über dem Bundesdurchschnitt; rund zwei Drittel der Stromproduktion in Nordrhein-

Westfalen erfolgt durch Stein- und Braunkohlekraftwerke.

Wir müssen deutlich festhalten: Ohne Windenergie wird es in Zukunft nicht gehen. Die Windenergie ist das Arbeitspferd der Energiewende.

Aus ihren ideologischen Gründen heraus hat die schwarz-gelbe Landesregierung der Windenergie den Kampf angekündigt und zu den Waffen gerufen, und zwar zu den Waffen der Erlasse und Verbote.

Zum letzten Landtagswahlkampf blühte die FDP regelrecht auf, als sie über die Energiewende schimpfen und gegen Windräder polemisieren konnte. Dementsprechend schrieb damals sogar „DER SPIEGEL“ als Bewertung – das ist jetzt also kein Zitat von mir –, dass FDP-Chef Linder über Windräder rede wie die AfD über Flüchtlinge.

Sie haben versucht, den Kommunen einzureden, sie müssten bei der Genehmigung von Windkraftanlagen einen Mindestabstand von 1.500 m einhalten. Dazu haben Sie Erlasse erteilt.

Das alles war zwar formal nicht korrekt – so viel zum Thema „Korrektheit“, Herr Kollege Brockes; Sie machen Regeln, die rechtlich nicht haltbar sind –, reichte aber, um Verunsicherung bei Genehmigungsbehörden und Investoren zu stiften. So war das ganz offensichtlich auch gedacht.

Jetzt haben Sie festgestellt, dass Ihr Erlass rechtlich nicht funktioniert, und machen eine Bundesratsinitiative gegen Windkraftanlagen: Sie wollen einen Mindestabstand von 1.500 m ins Bundesgesetzblatt bringen.

Herr Laschet, Ihr Kampf gegen die Windenergie ist nicht nur ein umweltpolitischer Fehler, er ist auch eine industriepolitische Torheit ohnegleichen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Sie sabotieren die Ziele der Energiewende und verhindern Investitionen in Milliardenhöhe. Windkraftanlagen werden nicht aus Stroh und Holz gebaut, sie werden aus Stahl, Eisen und Kunststoffen der chemischen Industrie hergestellt. Wenn Sie also die Windkraftanlagenproduktion drosseln, dann schwächen Sie damit einen modernen Industriezweig mit mittlerweile 20.000 Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Industriebetriebe wie der Maschinenbauer Vulkan in Herne und der Stahlrohrhersteller Erndtebrücker Eisenwerk sind Beispiele für industrielle Wertschöpfung, die durch den Bau von Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen ermöglicht wird. Machen Sie diese Betriebe, machen Sie diese Branche nicht kaputt, Herr Laschet. Wir brauchen wir auch in Zukunft,

damit wir auch bei erneuerbaren Energien Weltmarktführer werden können. Das ist wichtig.

(Beifall von der SPD)

Gut zwei Drittel der Stromversorgung in Nordrhein-Westfalen kommen im Augenblick aus Kohlekraftwerken; in zehn Jahren müssen zwei Drittel der Stromversorgung aus erneuerbaren Energien kommen. Wie soll das in einem so kurzen Zeitraum gelingen? Das ist eine große Herausforderung. Es kann aber nicht gelingen, wenn man der Windkraft den ideologischen Krieg erklärt.

Sie haben keine Antworten auf diese Frage. Auch heute habe ich in Ihrer Unterrichtung nichts dazu gehört, wie Sie sicherstellen wollen, dass erneuerbare Energien in Nordrhein-Westfalen zukünftig stärker und besser gefördert werden, damit wir auch die Energiesicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie gewährleisten können. – Fehlanzeige. Hier haben Sie heute geschwiegen, Herr Laschet. Schade drum!

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Deutschland und Nordrhein Westfalen müssen ihren Beitrag dazu leisten, dass aus dem Klimawandel keine Klimakatastrophe wird. Das schließt selbstverständlich auch eine drastische Senkung der CO₂-Emissionen mit ein. Aber unser Beitrag zur Verhinderung einer Klimakatastrophe kann größer und bedeutsamer sein – er muss auch größer und bedeutsamer sein – als lediglich eine reine Reduzierung der CO₂-Emissionen.

Der Beitrag, den wir in Nordrhein-Westfalen leisten sollten, muss größer sein. Man kann ihn nicht in Tonnen CO₂ messen. Denn wir werden beweisen müssen, dass ein Industrieland die Energiewende schafft und trotzdem Industrieland bleibt.

Die ganze Welt schaut auf uns und unsere Energiepolitik. Es gibt nicht wenige Regierungen anderer Staaten – ich denke an Amerika und Russland –, die sich nichts mehr wünschen würden, als dass wir scheitern. Aber wenn wir nicht scheitern, wenn wir die Energiewende schaffen und Nordrhein-Westfalen ein Standort für moderne Industrieproduktion bleibt, dann können wir ein Vorbild für ganz andere Länder auf dieser Welt sein.

(Beifall von der SPD und Johannes Remmel [GRÜNE])

Unser Land kann zu einer Modellregion mit weltweiter Strahlkraft werden: Fortschritt und Prosperität durch Industrie und Umweltschutz, entwickelt und verwirklicht in Nordrhein-Westfalen. Auch dazu fehlten mir heute Ihre Visionen, Herr Ministerpräsident. Dazu, wie das gelingen soll, haben Sie nichts geliefert.

Wenn es gelingt – worauf wir alle setzen und wofür wir viel tun müssen –, dann ist das nicht zuletzt auch

der Arbeit all jener Menschen zu verdanken, die oft als Gegner des Fortschritts hingestellt wurden.

Auch ich wende mich an die Beschäftigten in unseren Kohlerevieren. Sie haben die Wirtschaftskraft erarbeitet, die es uns heute ermöglicht, eine neue, umweltfreundliche Energieversorgung zu schaffen. Ohne das Kapital, das in den Kohlerevieren von den Kumpel erarbeitet wurde – und auch heute und in den nächsten Jahren im Rheinischen Revier erarbeitet wird –, wäre eine ökologische Industrie nicht unsere Zukunft, sondern nur eine wertlose Utopie.

Bis wir unser Ziel erreicht haben, sorgen die Beschäftigten im Rheinischen Revier für den Geleitschutz, den wir brauchen, um Nordrhein-Westfalen in Zukunft zu einem klimafreundlichen Land der Energieversorgung zu machen. Das verdient unseren Respekt, das verdient unsere Anerkennung und unseren Dank. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Löttgen das Wort.

Bodo Löttgen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ministerpräsident Armin Laschet hat heute den Kompass für den Strukturwandel im Rheinischen Revier und für die Standorte der Steinkohlekraftwerke an der Ruhr vorgegeben.

(Marc Herter [SPD]: Ich weiß nicht, ob das der Kompass ist!)

Er hat Auskunft zu Planungen der Landesregierung gegeben und erklärt, wie diese umgesetzt werden können. Er hat klar gesagt, was war, was ist und was kommt.

(Zuruf von der SPD: Ne! – Stefan Kämmerling [SPD]: Wo waren Sie denn? – Zuruf von der SPD: Haben Sie eine andere Rede gehört?)

Und deshalb danke ich im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich dafür, dass 16 Minuten länger erklärt worden ist, was diese Landesregierung vorhat. Herzlichen Dank, lieber Ministerpräsident!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, Sie haben mich überrascht. Ich wartete in Ihrer Rede darauf, dass Sie über den Strukturwandel, über das Thema sprechen, das heute hier zur Debatte steht. Stattdessen sprechen Sie zu einer Aktuellen Stunde, die anschließend ansteht, zu „Fridays For Future“. Dazu können Sie sich gerne anschließend auf die Redeliste setzen lassen.

Sie aber haben sich – und das sollte man herausstellen – ausdrücklich dagegen entschieden, dem Ruf des Ministerpräsidenten nach Gemeinsamkeit zu folgen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie, sehr geehrter Herr Kutschaty, haben auch heute wieder auf Halbwahrheiten nicht verzichtet. Sie haben der Ernsthaftigkeit des Themas teilweise nicht genügt. Sie sind als Meister des Unklaren und des Ungefähren vom Rednerpult gegangen. Ihre Devise scheint zu sein: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Genau so!)

Das, lieber Herr Kutschaty, reicht bei Weitem nicht aus, um als Opposition Ihren Beitrag für das Thema „Strukturwandel“ zu leisten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Abschließend erlaube ich mir folgenden Hinweis: Dass Sie, wenn der Ministerpräsident hier sehr deutlich klarstellt, welche Leistungen die Arbeiter im Rheinischen Revier und in den Bergwerken an der Ruhr für die gesamte Bundesrepublik geleistet haben,

(Volkan Baran [SPD]: Schön, dass wir von Ihnen hören, was der Ministerpräsident nicht sagen konnte!)

wenn er diese Arbeit würdigt und anschließend sagt, dass diese Arbeit in den Blogs eben nicht kritisiert werden soll, sondern wir uns vor diese Arbeiter stellen sollen, dann nicht zu applaudieren, das ist ein Armutszeugnis für dieses Haus.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Das ist infam! – Zuruf von der SPD: Das ist ein Armutszeugnis!)

Meine Damen und Herren, ich will den Redebeitrag mit der Erinnerung an einen anderen Menschen aus dem Ruhrgebiet, Bodo Hombach, beginnen, der vor der NRW-Wahl am 25. April 2017 unter der Überschrift „Die Selbstverzweigung der Landespolitik“ in der „Rheinischen Post“ einen Gastbeitrag veröffentlicht hat. Neben vielen anderen lesenswerten Gedanken mahnte Hombach dort an – Zitat –:

„Wer es mit diesem Land ernst meint, redet mit Kritikern und nicht mit Schmeichlern.“

Und weil ich es ernst meine mit diesem Land, weil die Landesregierung es ernst meint mit diesem Land, will ich mich zu Beginn mit den Anträgen und mit Ihrer Kritik, sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, beschäftigen.

Ich hätte mir sehr gewünscht, die Fragen des Strukturwandels, die für das Revier, für die Steinkohlestandorte zur Debatte stehen und die für die kommenden fünf Landesregierungen Herausforderun-

gen für Nordrhein-Westfalen mit sich bringen, entlang der tatsächlichen Probleme zu diskutieren. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe, für die Sie heute, aber auch in den Pressemitteilungen und Interviews der vergangenen Tage leider wenig Gemeinsinn haben erkennen lassen – wenn nicht sogar gar keinen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Stattdessen schreiben Sie lieber eine neue Folge von „Die fragwürdigen Attacken der SPD NRW“. Daher bedarf es einiger einleitender Erläuterungen und Bemerkungen, um Klarheit zu schaffen.

Politik beginnt mit dem Betrachten der Realität. – Dieser Kurt Schumacher zugeschriebene Satz hat lange Zeit auch die Debatten hier in diesem Parlament bestimmt. Wenn der eigene Politikansatz nicht mehr zur Realität passt, ändert man den Politikansatz. Als Beispiel mag die Bereitschaft dieser Landesregierung angeführt werden, auf die geänderte Lage nach dem Kohlekompromiss mit der Bereitschaft zur Anpassung der rot-grünen Leitentscheidung, die 2016 getroffen wurde, zu reagieren.

Nicht so die SPD dieser Tage: Sie versuchen auch heute, die gefühlte Realität der Menschen an Ihren Politikansatz anzupassen. In grob fahrlässiger Weise versuchen Herr Kutschaty und die SPD, mit einem schwarz-weiß gezeichneten Negativbild unseres Landes Assoziations- und Deutungsrahmen zu zeichnen, die sich für Sie anschließend politisch instrumentalisieren lassen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Natürlich wird die Lösung von Ihnen implizit gleich mitgeliefert: Alles wendet sich zum Besseren, wenn die SPD nur wieder an die Macht käme.

Ein am 16. Februar in der „Westdeutschen Zeitung“ erschienenes Interview – online am 15. Februar – ist ein geradezu abschreckendes Lehrbeispiel für den Versuch, aus einer verzerrt und negativ dargestellten Lage unseres Landes politische Geländegewinne zu generieren.

Anders ausgedrückt: Wer nur genügend Mist in den Ventilator wirft, der darf auch damit rechnen, dass irgendwo etwas hängenbleibt.

(Marc Herter [SPD]: Unfreiwillig komisch, Herr Generalsekretär – Weiterer Zuruf von der SPD)

Sie haben gesagt – ich zitiere aus Ihrem Interview –:

„Ich will in Nordrhein-Westfalen kein Detroit.“

„Öde Landschaften dürfen hier nicht entstehen.“

„Wir steuern darauf hin, dass ... Regionen ... abgehängt werden.“

„Ich würde gerne einen Teil der ... verwüsteten Landschaft als Gewerbestandorte erhalten.“

Und wie Sie auch heute gesagt haben:

„Ich möchte nicht, dass die Konzerne den Kommunen ... Ruine[n] hinterlassen ...“

(Christian Dahm [SPD]: Was ist daran falsch?)

Schon der gesunde Menschenverstand sagt: Das ist keine zutreffende Analyse eines Landes, das in einer zunehmend problematischeren ökonomischen Lage der Welt den Aufbruch sucht, welches sich mit großer Dynamik den Herausforderungen stellt.

(Michael Hübner [SPD]: Es gibt auch keine No-go-Areas!)

Was Sie versuchen, ist billigstes Negativframing.

(Beifall von der CDU)

Öde und verwüstete Landschaften, abgehangte Regionen, Ruinen –

(Zurufe von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Volkan Baran [SPD])

was Sie beschreiben, Herr Kutschaty, war einmal Realität in einem anderen Teil Deutschlands; erlebte Lebenswirklichkeit als Ergebnis des real existierenden Sozialismus. Das haben Sie beschrieben.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD] – Beifall von der CDU und der FDP – Unruhe – Glocke)

Für das Nordrhein-Westfalen von heute

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Gegenruf von Ralph Bombis [FDP])

ist Ihre Beschreibung geradezu abstrus abwegig.

(Britta Altenkamp [SPD]: Juchhu! – Frank Müller [SPD]: Aufhören!)

Ihre Beschreibung, die Sie heute gegeben und in dem Interview deutlich gemacht haben,

(Volkan Baran [SPD]: Realsatire! – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

ist mehr als vieles andere selbstentlarvend. Es ist die Rückkehr zur Selbstverzwegung des Landes,

(Volkan Baran [SPD]: Närrischer Landtag war gestern!)

die Ihnen am Ende der letzten Legislaturperiode zu Recht vorgeworfen wurde und die Sie nun – in der Opposition – aus der politischen Mottenkiste recyceln.

Aber nur weil die SPD NRW Schnupfen hat, bekommt dieses Land noch keine Grippe.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dieses Interview ist doch nichts anderes als die rückwirkende Rechtfertigung

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

für eine völlig verunglückte Pressemitteilung zum Kompromiss der WSB-Kommission, die Sie am 4. Februar veröffentlicht haben.

(Frank Müller [SPD]: Da muss die Angst doch groß sein, Herr Löttgen, bei so einer Rede! – Gegenruf von Ralph Bombis [FDP]: Wir zittern schon! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] – Gegenruf von Henning Höne [FDP])

Angesichts des oppositionellen Beißreflexes auf die Geschwindigkeit und Stringenz des Regierungshandelns, getrieben von der Angst, in der Diskussion ohne eigenen Beitrag gar nicht vorzukommen, sahen Sie sich anscheinend gezwungen,

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Schreiben Sie die Reden eigentlich selbst?)

eine Pressemitteilung zu veröffentlichen, die wie kein anderes Dokument der jüngeren Geschichte das Dilemma der SPD NRW in dürre 76 Wörter kleidet.

In erschreckender dialektischer Schlichtheit kündigen Sie für die heutige Debatte an, zwei zentrale Fragen stellen zu wollen. Sie haben sie im Übrigen gar nicht gestellt. Das ist interessant.

Die erste Frage: Hambach oder Garzweiler? Die zweite Frage: Wald oder Menschen? Dazu möchte ich drei Bemerkungen machen.

1. Hambach oder Garzweiler – zentral war diese Frage doch nur für Sie und die SPD, weil Sie damit die Hoffnung verbunden haben, die Landesregierung in einen Abwägungskonflikt zu treiben.

Aber Ihre Hoffnung trügt, Herr Kutschaty. Sie haben 2016 eine Leitentscheidung getroffen und Garzweiler verkleinert – auch, weil Sie den Menschen in der Region Planungssicherheit geben wollten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht!)

Wir haben damals aus demselben Grund dieser Entscheidung zugestimmt.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nicht mal das stimmt!)

Heute, zweieinhalb Jahre später, sind wir – diese Landesregierung und diese NRW-Koalition aus CDU und FDP – die einzig Verbliebenen an der Seite derer, die ihre Zukunftsentscheidungen auf die damalige rot-grüne Landesregierung gebaut haben.

2. Zur zweiten für Sie zentralen Frage – Wald oder Menschen – haben Sie sich dafür entschieden, zu spalten, anstatt zu versöhnen. Das haben Sie auch heute deutlich gemacht.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach ne!)

Das war die Botschaft, die Sie mit diesem Satz in die Region gesandt haben.

3. Im Grundsatzprogramm der SPD vom 28. Oktober 2007 – das muss ich Ihnen heute hier vom Redepult aus vorlesen – findet sich unter der Überschrift „Unser Bild vom Menschen“ der Satz:

„Menschen dürfen nie zum Mittel für irgendwelche Zwecke erniedrigt werden, weder vom Staat, noch von der Wirtschaft.“

– Auch nicht von Ihnen, Herr Kutschaty. – Das wäre der richtige Satz gewesen, ...

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Puuh!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Löttgen, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche.

Bodo Löttgen (CDU): ... um sowohl uns als Gesetzgeber als auch RWE an die Verantwortung zu erinnern, die uns beiden nach den Empfehlungen der WSB-Kommission zukommt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Löttgen ...

Bodo Löttgen (CDU): Im Übrigen, sehr geehrter Herr Kollege Kutschaty, im Februar des Jahres 2007 – damals waren Sie schon dabei –, nach dem letzten Kohlekompromiss, nach dem Ausstieg aus der Steinkohle, der für 2018 angekündigt wurde, hätten Sie sich niemals getraut, eine ähnliche Frage in Bezug auf das Ruhrgebiet zu stellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Löttgen, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. – Danke, dass Sie mich jetzt hören. Herr Kollege Mostofizadeh würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

(Christof Rasche [FDP]: Was ist das denn für ein Stil?)

Bodo Löttgen (CDU): Herr Kollege Mostofizadeh, bitte.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Löttgen, Sie haben soeben vorgetragen, dass die CDU damals der Leitentscheidung zu Garzweiler zugestimmt habe. Können Sie mir sagen, in welchem Gremium das geschehen ist? Ich kann mich daran nicht so recht erinnern.

Bodo Löttgen (CDU): In diesem. – Das war die Antwort. Vielen Dank, Herr Kollege.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was war das denn für eine Frage?)

Sie, Herr Kollege Kutschaty – wir waren gerade beim Thema „Ruhrgebiet“ –, fordern die Teilhabe des Ruhrgebiets an dem gefundenen Kompromiss, insbesondere in Form von Geldmitteln, und liefern als Subtext gleich mit, dass nicht alles ins Rheinische Revier gehen darf. Sie sollten jedoch – es wäre nett, wenn Sie zuhören würden, wenn ich mit Ihnen spreche; danke schön! –

(Thomas Kutschaty [SPD]: „Sie sollten ...“, da waren wir stehengeblieben. Ich habe zugehört. Machen Sie fertig!)

die ganze Geschichte erzählen und nicht bei Halbwahrheiten verbleiben, wie Sie es auch bei diesem Thema wieder einmal tun. Es ist Ministerpräsident Armin Laschet zu verdanken, dass sich die Kommission überhaupt mit den Standorten der Steinkohlekraftwerke beschäftigt hat.

Da Sie das Dokument anscheinend nicht gelesen haben, gebe ich Ihnen einen Tipp: Seite 15 im Haupttext.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Gut, dass wir darüber gesprochen haben!)

Dass Strukturbeihilfen aus gesonderten Mitteln in diese Standorte fließen, sagen Sie, sehr geehrter Herr Kutschaty, jedoch nicht. Das haben Sie auch heute wieder bestritten. Lokalpatriotismus in allen Ehren – aber Sie sind es, der heute an diesem Redepult Landesteile und Regionen gegeneinander ausgespielt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie haben dem Ministerpräsidenten unterstellt, für ihn sei das Ruhrgebiet lediglich eine Fußnote.

(Sebastian Watermeier [SPD]: So ist es auch! – Josef Hovenjürgen [CDU]: So ein dummes Zeug! – Frank Müller [SPD]: Setzen Sie sich doch erst mal hin, Herr Hovenjürgen!)

– Hören Sie doch einfach zu, dann erläutere ich das gerne!

Dabei hatte er vor der Presse lediglich darauf hingewiesen, dass im Kommissionsbericht – den auch all die Zwischenrufer anscheinend nicht gelesen haben – auf besagter Seite 15 einige wichtige Definitionen, Regelungen und Erläuterungen zur Steinkohlewirtschaft und zu den Auswirkungen von Kraftwerkstilllegungen verankert sind.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Ich kann nur sagen: Ein Glück für das Ruhrgebiet und für die Steinkohlekraftwerke, dass diese Erläuterungen in der Fußnote vorhanden sind.

Wir kennen das von Ihnen, Herr Kutschaty: Immer wenn sich die Landesregierung dem Ruhrgebiet besonders zuwendet, dort Initiativen anstößt, Ideen fördert und mit anpackt, dann holen Sie, wie auch heute, die alte Leier raus: zu spät und zu wenig. – Das war schon bei der Ruhrkonferenz so und setzt sich nun leider – es war zu erwarten – auch beim Bericht der Kommission fort.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie merken offenbar gar nicht, wie sehr Sie und Ihre Fraktion sich damit politisch entlarven. Ein Beispiel: Ende April 2018 hat die „WAZ“ mit dem Gelsenkirchener SPD-Oberbürgermeister Frank Baranowski ein Interview zur Ruhrkonferenz geführt. Auf die Frage, ob die alte Landesregierung das Thema verschlafen und warum Rot-Grün keine Ruhrkonferenz veranstaltet habe, sagt er – Zitat –:

„Vielleicht meinten manche Regierungsmitglieder, gerade weil sie aus der Region kommen, keine besondere Ruhrgebietspolitik machen zu müssen. Ich habe immer gesagt, die Landesregierung muss sich ums Ruhrgebiet kümmern. Es hätte einen Ruhrgebiets-Kümmerer in der Staatskanzlei geben müssen.“

Gemeint war Ihre Staatskanzlei.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sagt der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik im Ruhrgebiet über die Regierung Kraft, also zu Ihrer Politik, Herr Kutschaty. Und er hat recht.

(Sebastian Watermeier [SPD]: Fragen Sie mal, was der zu Ihrer Politik sagt!)

Ich weise Sie, die Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses, und Ihren Parteikollegen Baranowski darauf hin: In Ihrer Regierungszeit gab es keinen Kümmerer, heute gibt es mit Stephan Holthoff-Pförtner und Armin Laschet gleich zwei Ruhrgebiets-Kümmerer an der Spitze.

(Beifall von der CDU und der FDP – Norwich Rüße [GRÜNE]: Das macht Angst!)

Du überschätzt immer, was in zwei Jahren möglich ist, aber du unterschätzt regelmäßig die mögliche Veränderung der nächsten zehn Jahre. – Das ist ein Satz von Bill Gates, und er würde auch auf den Strukturwandel passen.

Nach dem Ende der Steinkohle und nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft sowie aus der Braunkohle hat sich unser Bild von der Energieversorgung eines Industrielandes gewandelt, und es muss sich auch wandeln. Handlungsleitend darf jedoch nicht das Festhalten an einem bereits heute als

abschließend befundenen Werk sein, sondern die Flexibilität, dem vorgegebenen Rahmen immer wieder etwas Neues, Sinnstiftendes hinzuzufügen.

Ministerpräsident, Wirtschaftsminister und Landrat der Region haben in Berlin gut und erfolgreich für Nordrhein-Westfalen verhandelt. Jetzt heißt es, diese Erfolge zu transportieren und in der Region zu verankern. Dazu möchte ich vier Punkte vortragen.

Erstens. Auch wenn der Strukturwandel im Rheinischen Revier de facto eher auf der Mittel- und Langstrecke zum Tragen kommt, gilt es jetzt, kurzfristig – im Windschatten der WSB-Kommission – einen guten und ambitionierten, kräftigen und klaren Start hinzulegen.

Sie sollten sich das, was Minister Andreas Pinkwart im Konsenspapier verankert hat – Sie haben im Übrigen daraus zitiert; wahrscheinlich ohne es zu wissen, da Sie es nicht gelesen haben –, einmal anschauen: Ab Seite 158 sind sage und schreibe 123 Sofortmaßnahmen der Wirtschaftsförderung und -entwicklung, der Förderung von Infrastruktur und Daseinsvorsorge, der Förderung von F&E sowie von Wissenschaft und Innovation sowie möglichen Experimentierklauseln und Reallaboren aufgeführt.

Das sind klar umrissene Projekte mit der deutlichen Botschaft: Wir arbeiten gemeinsam mit und für die Menschen im Revier an der erfolgreichen Bewältigung dieser Zukunftsaufgaben – und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt und mit einem guten Starterpaket.

(Beifall von Dr. Ralf Nolten [CDU] – Volkan Baran [SPD]: Super, alle haben zugehört!)

– Bitte? Ich habe es nicht verstanden. Können Sie es noch mal wiederholen?

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Schade.

Zweitens. Wir arbeiten jetzt am größten Einzelstrukturprogramm des Landes Nordrhein-Westfalen seit 1989, also seit der Internationalen Bauausstellung Emscher Park, der IBA im Ruhrgebiet im Kontext des Strukturwandels in der Steinkohle. Die 20 bis 30 Jahre zurückliegenden Erfahrungen bei der Umsetzung, insbesondere die nach Projektschluss 1999 gewonnenen Erkenntnisse, können und sollten wir jetzt nutzen, beispielsweise mit Blick auf die notwendige Organisation.

Parallel zu einem Sofortprogramm müssen jetzt vertikal und horizontal Strukturen vom Bund über das Land und dann runter in die Regionen vor Ort aufgestellt und aufgebaut werden. Die Arbeit, insbesondere für die beteiligten Bezirksregierungen, von der Regionalplanung über den Braunkohlenausschuss bis hin zu den Förderdezernaten muss organisiert werden.

Drittens. Strukturwandel – auch bei dieser Aussage waren Sie heute total unklar – kann zumindest für mich nur mit dem Unternehmen RWE Power gelingen und nicht gegen das Unternehmen und seine Belegschaften. Die Mitwirkung des Unternehmens als aktive Raumentwickler, Stadtentwickler, Entwickler von Gewerbeflächen, bei der Verfügbarkeit und Konversion von Flächen und Infrastrukturen ist nicht nur notwendig, sondern auch wünschenswert.

Es wird also für einen gelingenden Strukturwandel auf Kooperation, auf enge Verzahnung und Abstimmung ankommen. Wir brauchen RWE vor Ort als Technologiegeber und Innovator, als Partner von Zukunftsprojekten. So kann Strukturwandel gelingen: Hand in Hand.

Viertens. Strukturwandel braucht eine räumliche und inhaltliche Vision sowie große Ambitionen. Das Tagebaugebiet des Rheinischen Reviers ist die größte Landschaftsbaustelle Europas. Genauso ambitioniert muss auch der Strukturwandel angegangen werden. Der Kohleausstieg löst massive räumliche Transformationsaufgaben aus. Hierin liegen große Herausforderungen, zugleich aber auch Chancen.

Es gilt daher, eine ambitionierte Zukunft für den Raum aufzuzeigen und konkret zu ermöglichen. Hierfür bedarf es eines Formats, innerhalb dessen das Rheinische Revier eine räumliche und inhaltliche Zukunftsperspektive entwickeln kann. Das muss dynamisch über zwei bis drei Jahrzehnte angelegt werden, und es muss durch konkret realisierte Projekte für die Menschen in der Region erlebbar sein.

Das rahmen- und impulsgebende Format hierfür ist die Internationale Bau- und Technologieausstellung Rheinisches Zukunftsrevier. Sie wird den inhaltlichen, qualitativen und prozessualen Rahmen für die Gestaltung des Strukturwandels im Rheinischen Revier in den nächsten drei Dekaden bilden.

Ziel ist es, das Rheinische Revier mittels modellhafter Konzepte, Projekte und Kooperationen zu einer zukunftsfähigen, innovativen Industrie- und Wirtschaftsregion, einem attraktiven Wohn-, Arbeits- und Lebensraum sowie zu einer multifunktionalen Tagebaufolgelandschaft zu entwickeln.

Was steckt dahinter? Was können die Menschen im Revier von uns jetzt konkret erwarten? – Dazu gehört die Realisierung neuer, innovativer Arbeitsstandorte, Dorf- und Quartiersentwicklungen sowie der zukunftsfähige Umbau bereits bestehender Siedlungsbereiche mit einem hohen Anspruch in baukultureller, ökonomischer, ökologischer und sozialer Hinsicht.

Des Weiteren zählt dazu die Weiterentwicklung der Konversion mittelfristig nicht mehr benötigter Standorte und Infrastrukturen der Braunkohleförderung und Verstromung – zum Beispiel der Kraftwerke, die Sie angesprochen haben –, hin zu Arbeitsstandorten

der Zukunft; die Identifikation mit und die Förderung und Erprobung von innovativer und visionärer Technologie hin zur zukunftsfähigen Gestaltung der Energiewende und die nachhaltige Etablierung neuer Arbeitsplätze.

Nicht zu vergessen ist die Darstellung der in ihrer Dimension einzigartigen landschaftsräumlichen Transformation, hin zu multifunktionalen Landschaften, die neue standort- und naturräumliche Qualitäten wie Naherholungs- und Tourismusangebote schaffen, klimaresilient sind und neue Wertschöpfungspotenziale in einer Energielandschaft und Landwirtschaft der Zukunft bieten.

Schlussendlich ist die Schaffung einer Verkehrs- und Mobilitätsinfrastruktur der Zukunft zu nennen, die das Revier und insbesondere die Tagebaufolgelandschaften nachhaltig und klimaschonend erschließt und die umgebenden Ballungs- und Wirtschaftsräume leistungsstark anbindet.

Das, meine Damen und Herren, sind konkrete Projekte – Schlussfolgerungen aus 123 im Bericht enthaltenen Projekten und damit die konkret gewordene Vision und Planung für das, was wir im Revier vorhaben.

Ich erlaube mir abschließend noch eine Bemerkung zum Antrag der Grünen, der hier mitgelesen wird: Liebe grüne Fraktion, im zweiten Satz Ihres Antrages sprechen Sie mit Blick auf den vorliegenden Kompromiss von einem „breiten gesellschaftlichen Konsens“. Aber diesen Konsens kündigen Sie wenige Sätze später dann gleich wieder auf – ich zitiere –:

„Um die Klimaziele zu erreichen, müssen in diesem Rahmen ...“

– gemeint sind die Evaluationszeitpunkte 2023, 2026 und 2029 –

„... Nachschärfungen und eine Vorverlegung des Abschlussdatums erfolgen.“

(Zuruf von den GRÜNEN)

Sind Sie beim Lesen des Berichts nicht auf der Seite 75 angekommen? – Anscheinend nicht. Ich zitiere mal aus dem Bericht, Seite 75:

„Sofern die energiewirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen und die betriebswirtschaftlichen Voraussetzungen vorliegen, kann das Datum in Verhandlungen mit den Betreibern auf frühestens 2035 vorgezogen werden. Die Überprüfung, ob dies möglich ist, erfolgt ...“

– nicht 2023, 2026 oder 2029, sondern laut Kommission –

„... im Jahr 2032 („Öffnungsklausel“). Diese Überprüfung umfasst auch, ob die Annahmen für die Beendigung der Kohleverstromung insgesamt realistisch sind.“

Was ist denn daran so missverständlich, dass Sie wieder Erwartungen wecken müssen, die mit dem Bericht der Kommission überhaupt nichts zu tun haben?

Aber nicht nur Sie, sondern auch Herr Kutschaty hat heute gesagt: Wir wollen den Kompromiss eins zu eins umsetzen. Wir haben Ihnen heute mit dem Entschließungsantrag der CDU Gelegenheit dazu gegeben – völlig ohne parteipolitisches Geplänkel – und die einfache Möglichkeit eröffnet, gemeinsam ein glasklares Signal in das Braunkohlerevier und an die Standorte der Steinkohlkraftwerke zu senden, die Empfehlungen – so steht es dort – aus dem Abschlussbericht zeitnah und vollständig umzusetzen. Beide, sowohl SPD als auch Grüne, haben dieses Angebot – ich sage: leider – abgelehnt.

Ich darf uns allen, insbesondere aber den Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, daher mit auf den Weg geben, was Bodo Hombach in dem anfangs bereits genannten Gastbeitrag sehr treffend formuliert hat.

(Zurufe von der SPD)

– Haben Sie etwas dagegen, wenn ich Bodo Hombach zitiere?

(Zuruf von der SPD)

– Ja, das kann ich mir vorstellen. Deshalb mache ich es ja.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Ich darf aber trotzdem, sehr geehrte Frau Altenkamp, oder? – Ja, ich darf. Sie müssen ja nicht zuhören,

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

weil das, was Bodo Hombach da sagt, definitiv nicht die Politik der heutigen SPD ist.

Zitat von Bodo Hombach:

„Ökologische Besinnung war nötig. Nun gibt es zu oft die moralinsaure Pose, die sich mit ökonomischer Unvernunft legitimiert. Der Sozialstaat ist Grundpfeiler der Bundesrepublik, aber was man zwecks Verteilungs- und Chancengerechtigkeit ausgeben will, muss erst erwirtschaftet werden.“

Dass Sie nicht der Meinung sind, dass das, was verteilt wird, zuerst erwirtschaftet werden muss, ist mir klar, Herr Mostofizadeh.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das hätten Sie nicht noch zu betonen brauchen.

„NRW hatte immer Erfolg mit der Doppeldevise: Wirtschaftsmotor und soziales Gewissen. Was als Gegensatz klingt, ist in Wirklichkeit Tandem. Sozial geht nur, wenn der Motor läuft. Ein gesun-

der Ausgleich zwischen Bringern und Empfängern respektiert die Grundrechenarten und hält die Gesellschaft zusammen.“

– Zitat Ende.

Sozial geht nur, wenn der Motor läuft. – Die im Abschlussbericht genannten Evaluationsdaten sind unsere Werkstatttermine. Wenn der Wirtschaftsmotor läuft – okay, weiter. Wenn er nicht läuft, wenn der Motor stottert, liebe Grüne, dann lehrt mich jedenfalls die Erfahrung meines bisherigen Lebens, dass Vollgas geben – sprich: Vorziehen des Ausstiegsdatums um jeden Preis – keine schlaue Lösung ist.

(Marc Herter [SPD]: Wenn die Sonne scheint, brauche ich keinen Regenschirm!)

Ruhe und Souveränität – auch für Sie, Herr Herter, zumindest ab und zu – Demut vor der Aufgabe und auf der anderen Seite Mut und Ambitionen – das ist unser Appell am heutigen Tage. Dabei müssen jetzt alle mithelfen. Wir dürfen den Strukturwandel nicht zerreden und zerstreiten, nicht zu einem Stück Geschichte machen, bevor er überhaupt begonnen wurde.

Letzteres wäre ein Verrat an den Menschen, die nicht nur ihren Job in der Braunkohle verlieren, sondern auch die räumliche und wirtschaftliche Identität von vier Generationen. Es gilt also: Gemeinsam anpacken für eine ambitionierte Zukunft.

(Lebhafter Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, dass 28 Vertreterinnen und Vertreter in der Kohlekommission mit völlig gegensätzlichen Interessen und mit divergierenden Vertretungen zueinander gefunden und Verantwortung übernommen haben – das ist ein Riesenerfolg, und zwar nicht nur für unser Klima, sondern es zeigt auch, dass unsere Demokratie funktioniert. Das sollte uns allen größten Respekt abnötigen.

Daher gilt unser Dank als Erstes allen – die Betonung liegt auf „allen“ – Mitgliedern der Kommission für diesen enormen Kraftakt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, all das konnte leider nicht wegen Ihres Einsatzes für diese Kommission gelingen, sondern trotz Ihrer Arbeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was haben wir uns hier im Plenarsaal nicht alles an Bedenkenträgerei angehört, das Heraufbeschwören

von Bedrohungsszenarien, Ihre Panikmache, dass die Lichter alle ausgehen könnten, wenn wir zu früh aussteigen.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Der Gipfel war, dass Sie und Ihr Minister Reul Tausende friedlicher Demonstranten, die für den Klimaschutz auf die Straße gegangen sind, kriminalisiert haben.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke)

Das hat nicht zur Lösung dieses Konflikts beigetragen; vielmehr haben Sie den Konflikt monatelang angeheizt,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Weitere Zurufe von der CDU)

statt ihn zu befrieden.

Ich hätte mir heute von Ihnen nicht nur ein Wort der Empathie für die vielen Bergarbeiterfamilien gewünscht – das fand ich im Übrigen sehr gut –, die sich Sorgen machen und um die man sich selbstverständlich kümmern muss,

(Zuruf von der AfD)

sondern auch ein Wort der Empathie für die Menschen in den Umsiedlungsdörfern. Sprechen Sie mal mit denen darüber, welche Schikanen sie erleiden müssen

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Eine Unverschämtheit! Auf welchem Ohr haben Sie gegessen? – Zurufe von der FDP)

– das ist Schikane, was RWE dort macht! –: mit Abrissarbeiten und mit Lärmstörungen. Sie finden vor Ort keine Ruhe und Frieden! Stellen Sie sich doch auch mal vor diese Menschen und zeigen Sie etwas mehr Empathie für das, was sie gerade durchmachen!

(Zurufe von der FDP – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das hätte heute zur Befriedung des Konflikts beigetragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was mich jedoch völlig fassungslos macht,

(Zurufe von Josef Hovenjürgen [CDU], gerichtet an die GRÜNEN – Gegenrufe von Arndt Klocke [GRÜNE] – Unruhe – Glocke)

ist die Reaktion der FDP auf den Kohlekompromiss. Was haben wir von der FDP gehört, unmittelbar nachdem die Kommission den Kompromiss vorgestellt hat? – Pure Ideologie, alles Planwirtschaft! Unser Motto: Der Markt wird das mit dem Klimaschutz schon allein richten. – Das kam von der FDP.

Abgesehen davon, Kolleginnen und Kollegen von der FDP, dass mir bislang entgangen ist, dass Leute wie etwa Steffen Kampeter vom BDA oder Dieter Kempf als Präsident des BDI planwirtschaftliche Ideologen wären, begibt sich die FDP im Bundestag – nicht hier, aber im Bundestag – einmal mehr auf den gefährlichen Pfad des Populismus und diskreditiert diese enorme Leistung der Kommissionsmitglieder, ihres Zeichens bundesweit anerkannte Expertinnen und Experten.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Mit einfachsten Lösungen komplexe Probleme lösen zu wollen, finde ich, liebe FDP, einfach unverantwortlich. Ihre blinde Marktgläubigkeit entgegen allen Empfehlungen der Experten aus der Kommission führt dazu,

(Zurufe von der FDP)

dass Sie den Menschen einen solchen Unsinn erzählen: Der Markt wird es schon richten; wir brauchen da gar nichts zu machen.

(Weitere Zurufe von der FDP)

Und dann noch die Populismuskeule Ihres Vorsitzenden, die ich besonders schlimm finde: der Klimanationalismus. – Nein, wir dürfen nicht allein voranschreiten.

(Zurufe von der FDP)

Das Gegenteil ist der Fall! Hören Sie doch mal jemandem wie Hans Joachim Schellnhuber zu, einem weltweit renommierten Klimaexperten, der dazu Folgendes sagt – dem stimme ich eins zu eins zu –:

„Wenn wir hier in Deutschland, in einer Industriena-tion, den Ausstieg nicht schaffen, dann ist das für andere Länder eine Lizenz zur Klimazerstörung.“ Das ist eben nicht Klimanationalismus, sondern mutiges Voranschreiten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

Es ist offenbar noch immer dasselbe mit der FDP und ihrem Vorsitzenden, wenn es mal konkret wird, wenn Verantwortung übernommen werden soll. Dabei haben doch die Vorredner zu Recht gesagt, hier müssten alle demokratischen Parteien und Fraktionen an einem Strang ziehen, jenseits von Koalitionen.

(Ralph Bombis [FDP]: Sie verlassen doch den Weg!)

Ich stimme Ihnen, Herr Ministerpräsident, ausdrücklich zu: Das Ganze muss über Regierungszeiten und Legislaturperioden hinaus Bestand haben. Aber dann darf man sich nicht wieder vor der Verantwortung drücken,

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

so wie Sie es in Berlin tun. Da macht der Herr Lindner sich einmal mehr einen schlanken Fuß und vom Acker.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Das Bild, das Sie da vermitteln, ist die altindustrielle Wirtschaftspolitik. Das sind nicht Neoliberaler, die so etwas verkünden, sondern Neoneandertaler, die zurück in die Vergangenheit wollen und nicht mutig nach vorne schreiten.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Herr Pinkwart, Sie haben an dieser Stelle ausdrücklich meine volle Empathie. Ich beneide Sie wirklich nicht um solche Parteifreunde – da braucht man nämlich keine Feinde mehr.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Zum Kommissionsergebnis: Wir Grüne sind der Auffassung, dass der Bericht nur dann auf den Pfad des Pariser Klimaabkommens führen kann, wenn zwei grundlegende Voraussetzungen erfüllt sind:

In der Politik braucht es jetzt erstens – darin stimme ich dem Ministerpräsidenten ausnahmsweise einmal zu – einen breiten Konsens über Partei- und Koalitionsgrenzen hinweg. Das Gesamtpaket darf jetzt nicht aufgeschnürt werden, sondern muss eins zu eins umgesetzt werden.

Zweitens brauchen wir jetzt nicht nur Bekenntnisse, von denen wir heute wieder mal viele von Ihnen, Herr Ministerpräsident, gehört haben. Vielmehr müssen wir jetzt konkret und schnell in die Umsetzung einsteigen; denn wertvolle Jahre sind durch das Nichthandeln der GroKo in Berlin bereits verloren gegangen. Da müssen wir viel aufholen.

Ja, Herr Löttgen – er ist jetzt nicht mehr im Raum, aber er hatte mit der Werkstatt ein sehr schönes Bild –, wenn wir das jetzt beherzt anpacken, dann ist ein Kohleausstieg vor 2038 möglich. Das geht dann – so sagt es die Kommission ausdrücklich –, wenn man anpackt und die Dinge konkret umsetzt. Und genau daran wollen wir mitwirken.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt für NRW allerdings auch, Herr Ministerpräsident, dass jetzt nichts weniger als eine Kehrtwende in Ihrer Energiepolitik passieren muss – für das Klima und für den Wirtschaftsstandort.

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet, Ministerpräsident: Was ist das denn für ein Unsinn?)

Doch was haben wir von dieser Regierung in den letzten drei Wochen und auch gerade in Ihrem Bericht gehört? Es gab ein paar nette Bekenntnisse. Ja, Sie wollen das eins zu eins umsetzen. Auf die großen

Fragen, die daran anknüpfen, gelingt es Ihnen, Fragen zu stellen, aber Sie geben keine Antworten. Im Gegenteil: Mit Ihrem realen Regierungshandeln sabotieren Sie diesen Kompromiss. Sie stellen das Gesamtpaket infrage und spielen weiterhin Interessensgruppen gegeneinander aus.

Ich nenne Ihnen einige Beispiele.

Erstes Beispiel: Was Sie zu den Abschaltmengen gesagt haben, das waren keine parteitaktischen Spiele. Sie haben schlicht und einfach eine der Grundsäulen des Kommissionsberichts und des Kommissionsergebnisses infrage gestellt,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Wieso das denn? Quatsch!)

indem Ihr Wirtschaftsminister in einer Vorlage für den Wirtschaftsausschuss behauptet hat – oder sagen wir mal: kreativ uminterpretiert hat –, dass bis 2022 nicht 3.000 MW aus dem Markt genommen werden, sondern nur 2.400 MW in NRW.

(Widerspruch von Armin Laschet, Ministerpräsident – Zuruf von Ralph Bombis [FDP] – Weitere Zurufe)

Ich erwarte gleich eine Klarstellung, Herr Pinkwart. Bis jetzt habe ich sie von Ihnen noch nicht gehört. Hier sind die Kommission und deren Vorgaben eindeutig: 3.000 MW bis 2022 nur im Rheinischen Revier.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das steht da doch gar nicht drin! – Weitere Zurufe)

Das können Sie gleich alles klarstellen. Es hat nur – Sie merken es ja selber an der Resonanz – bundesweit Empörung ausgelöst. Dazu haben Sie nicht ein Wort der Klarstellung gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von Armin Laschet, Ministerpräsident – Weitere Zurufe)

Heute Morgen im Deutschlandfunk sind Sie, Herr Ministerpräsident, halbherzig wieder ein bisschen zurückgerudert – alle hätten das falsch verstanden. Ich bin gespannt auf die Klarstellung des Wirtschaftsministers. An diese Zahl sind die 15 Milliarden Euro Strukturhilfe gekoppelt. Das nennt man ein Junktim.

Ich glaube nicht, dass die Bundesregierung Ihnen erst die Strukturhilfen gibt mit dem Maßnahmenpaket und Sie dann nachher die Geschäftsgrundlage ändern und bei den Abschaltmengen tricksen. Stellen Sie das klar, dann können wir da schon einen Haken machen.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Zweites Beispiel. Auch hier ist der Kommissionsbericht eindeutig: Die deutschen Klimaschutzziele 2030 sind nur mit einem mindestens 65%igen Anteil von erneuerbaren Energien bei der Stromerzeugung zu

erreichen. Das ist der wichtigste Punkt, damit diese Strategie gelingen kann. Das bedeutet nach Adam Riese umgerechnet einen jährlichen Ausbau von Windenergie und Fotovoltaik von rund 4.500 MW.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Nach dem Königsteiner Schlüssel sind das für NRW 900 MW jährlich. Jetzt schauen wir uns mal an, wo NRW derzeit steht: bei weniger als der Hälfte! Mit grüner Regierungsbeteiligung haben wir die Blockadepolitik der früheren Rüttgers-Regierung bei den Erneuerbaren mühsam aufgearbeitet.

(Widerspruch von der CDU und der FDP)

Ich kann Ihnen auf den Säulendiagrammen gerne zeigen, wie die Windenergie sukzessive auf über 800 MW im Jahr 2017 angestiegen ist. Und was passiert 2018? – Der Wert sinkt auf die Hälfte ab. Die Anträge für dieses Jahr sind zudem weiter rückläufig.

Nach dem, was Sie gerade alles erzählt haben, Herr Laschet, könnte man nun meinen, dass nun umgesteuert würde; denn nur so könnte die Energiewende gelingen. – Weit gefehlt! Laut Medienberichten haben Sie gestern den Landesentwicklungsplan im Kabinett beschlossen. Was steht nach wie vor darin? – Die Abstandsregelung von 1.500 m.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meinen Sie denn, Herr Pinkwart, dass Sie damit die erneuerbaren Energien dem 65%-Ziel näher bringen können? – Nein, Sie verunmöglichen, dass die Kommissionsergebnisse umgesetzt werden und zum Erfolg führen können. Man fasst es nicht, dass Sie diesen Kompromiss durch die Hintertür derart sabotieren – und das einen Tag vor der Unterrichtung hier im Landtag!

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihr konkretes Regierungshandeln in Sachen Erneuerbare straft Ihre Rede heute Lügen.

Natürlich müssen wir die Energie dort produzieren, wo sie gebraucht wird.

(Zurufe von der FDP: Ach!)

Dann muss sie nämlich auch nicht mehr transportiert werden. Gelingt das nicht, laufen Sie Gefahr, unser Land zu deindustrialisieren. Wir brauchen hier eine dezentrale Energieversorgung. Dazu gehören die erneuerbaren Energien. Dafür muss man sie vielleicht entfesseln – das machen Sie woanders doch immer so schön und so gern – und darf sie nicht drangsaliieren.

Das erwarten auch nicht nur so ein paar Öko-Lobbyisten von Ihnen. Vielleicht überzeugt Sie das Folgende. Schauen Sie einmal in das IHK-Energie-

wende-Barometer 2018. Danach sagen 41 % der befragten Unternehmen

(Zuruf von Moritz Körner [FDP])

– hören Sie zu –, dass die Energieversorgung nur dann sicher, bezahlbar und umweltverträglich zu gestalten ist, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien vorangetrieben wird.

Ich verstehe nicht, dass man mit einer so hartnäckigen Ignoranz diese Energieträger, die für die Zukunft elementar wichtig sind, weiter abwürgen will. Rational ist das nicht zu erklären.

Herr Pinkwart, entfesseln Sie diesen Ausbau. Schnüren Sie die Fesseln für die erneuerbaren Energien nicht noch enger. Denn dann wird die Energiewende nicht gelingen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, was Sie heute angekündigt haben, reicht nicht, um bei den wesentlichen Fragen endlich die Klarheit zu schaffen, die Sie immer wieder gern formulieren. Sie haben heute keine Klarheit für die Region, keine Klarheit für die Beschäftigten, keine Klarheit für die Menschen in den Umsiedlungsdörfern und auch keine Klarheit für den Hambacher Wald geschaffen. Das Rodungsmoratorium bis 2020, das Sie hier vollmundig verkündet haben,

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Doch nicht vollmundig!)

haben wir den Gerichten zu verdanken und nicht Ihnen. Denn die Gerichte haben die Rodung gestoppt – nicht Sie.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Und Sie haben sie veranlasst! – Moritz Körner [FDP]: Wer hat dem zugestimmt? – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Sie könnten dem Konflikt um den Hambacher Wald ganz einfach den politischen Boden entziehen, indem Sie die Sachfrage lösen – nicht mit einem Rodungsmoratorium, das sowieso von den Gerichten verhängt wurde, sondern mit einem klaren Bestandsschutz. Delegieren Sie das nicht an RWE, sondern sprechen Sie hier und heute einen Bestandsschutz für den Hambacher Wald aus. Überführen Sie ihn in eine Stiftung. Es gibt dazu viele Vorschläge und gute Ideen. Machen Sie daraus ein Naturdenkmal.

(Zurufe von der CDU)

Sichern Sie den Wald dauerhaft ab. Erklären Sie sich dazu. Lösen Sie die Sachfrage. Dann lösen Sie auch den Konflikt um diesen Wald.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie sind auch nicht dafür gewählt worden, einfach die ganze Arbeit nach Berlin zu delegieren und RWE das

Feld zu überlassen – alles nach der Devise: Das machen irgendwie der Bund und RWE, und wir werden das dann schon irgendwie umsetzen. Dort werden jetzt die Kraftwerksstilllegungen gemacht, dann macht RWE eine neue Planung für die Abbaugebiete, und dann schreiben wir das in eine Leitentscheidung oder brauchen es eigentlich nur noch hineinzukopieren. Nach Ihrer Lesart haben Sie mit der ganzen Sache eigentlich überhaupt nichts zu tun.

Herr Ministerpräsident, was für ein Offenbarungseid! Das, was Sie uns hier gerade präsentiert haben, ist Politikverweigerung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Das ist Selbstverzweigung nicht nur des Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes, sondern auch eines stellvertretenden Parteivorsitzenden, der in Berlin offenbar nur auf den Zuschauerbänken sitzt und keine aktive Rolle übernimmt.

Nein, wir sind hier nicht nur der Erfüllungsgehilfe von RWE. Wir sind nicht nur die Ausführenden von Bundesbeschlüssen und am Schluss nur noch dafür zuständig, vor Ort die Schecks zu verteilen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie hier Politik gestalten und auch Entscheidungen treffen.

Jetzt komme ich zu dem, was wir konkret von Ihnen erwarten.

Erstens. Arbeiten Sie an dem vereinbarten Ziel mit, bis 2022 im Rheinischen Revier 3.000 MW aus dem Markt zu nehmen. Arbeiten Sie daran aktiv mit. Delegieren Sie es nicht einfach nach Berlin. Stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung. Stiften Sie nicht weiter Verwirrung. Schaffen Sie Klarheit. Schieben Sie das nicht nach Berlin ab.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zweitens. Schließen Sie sich nicht nur dem Wunsch der Kommission an, den Hambacher Wald zu erhalten. Das ist hier kein Wunschkonzert, wenn man regiert. Sie dürfen gern Wunschzettel abgeben. Aber Sie regieren hier. Sie sitzen auf dem Stuhl des Ministerpräsidenten. Deswegen: Schließen Sie sich nicht Wünschen an, sondern setzen Sie sich aktiv dafür ein.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Schaffen Sie Klarheit. Sichern Sie den Bestand dauerhaft. Lösen Sie damit einen großen Konflikt in der Region.

(Beifall von den GRÜNEN)

Drittens. Überlassen Sie die Vorgaben, wo und wie die Abbaugrenzen festgelegt werden, nicht allein RWE. Die neue Leitentscheidung, Herr Ministerpräsident, wird nicht in der Konzernzentrale von RWE geschrieben, sondern im Wirtschaftsministerium.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Dann stehen Sie doch einmal zum Primat der Politik und übernehmen Verantwortung. Sagen Sie hier nicht: Das wird alles in Berlin entschieden; nachdem die Berliner entschieden haben, legt RWE hier unsere neuen Abbaugrenzen fest; dann übernehmen wir das. – So ist es im Bericht des Wirtschaftsministers aufgeschrieben und nachzulesen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Wer soll den Spaß denn bezahlen? Das ist doch albern!)

Viertens. Schaffen Sie Klarheit für die Region und für die Menschen, die wissen möchten, ob ihre Heimat erhalten bleiben kann oder nicht.

Man könnte vielleicht auch einmal die Heimatsministerin fragen, was sie davon hält. Dafür könnte auch sie sich einmal einsetzen.

Schaffen Sie auch Klarheit für die Tagebaurandkommunen. Diese sind heute noch gar nicht erwähnt worden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Schade, dass Sie nicht zuhören! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Aber was für eine Entwicklungsperspektive geben Sie ihnen denn? Sie sagen hier nur, darum müssten wir uns irgendwie kümmern. Dann kümmern Sie sich um diese Kommunen, und geben Sie ihnen eine Perspektive. Welche Perspektive haben sie denn?

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das habe ich vorgetragen! Sie hören überhaupt nicht zu!)

– Ja, Sie haben Fragen gestellt und gesagt, dass man sich kümmern muss.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Nein!)

Sie haben aber nicht konkret geantwortet, was man tun sollte.

Stellen Sie sich nicht nur schützend vor die Familien der Bergarbeiter, die ohne Frage jede Unterstützung verdient haben. Stellen Sie sich auch vor die Menschen in den Umsiedlungsdörfern, und schützen Sie sie vor den Schikanen von RWE.

(Rainer Deppe [CDU]: Haben Sie nicht zugehört? – Weitere Zurufe von der CDU)

RWE will hier Fakten schaffen. RWE tut alles, um in der Region und in den Dörfern Fakten zu schaffen, bevor entschieden wird, wo die zukünftigen Abbaugrenzen gezogen werden. Das kann nicht sein. Hier dürfen keine Fakten geschaffen werden. Wir brauchen einen Stopp der Abrissarbeiten. Wir brauchen eine Friedenspflicht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann, wenn entschieden wird, kann man das lösen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Haben Sie eben nicht zugehört? – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Setzen Sie sich vor allem – das ist mein letzter und eigentlich der wichtigste Punkt – für eine klimaschonende Energieversorgungsstrategie ein. Setzen Sie eine klimaschonende Energieversorgungsstrategie um, die diesen Namen auch verdient. Dafür müssen Sie endlich mit einem Kurswechsel beginnen, Herr Pinkwart, und zwar einem Kurswechsel bei den erneuerbaren Energien.

Davon haben wir heute null Komma nichts gehört – nada. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben gestern im Kabinett bestätigt, dass Sie diese Politik des Abwürgens der erneuerbaren Energien nicht ändern wollen.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist doch Quatsch!)

Wenn Sie diese Arbeit ernsthaft angehen, Herr Ministerpräsident, Herr Pinkwart, Ihren Kurs ändern und einen Kurswechsel vollziehen, sind wir als Opposition bereit, Sie bei dieser Arbeit zu unterstützen. Eine Einladung dazu nehmen wir selbstverständlich gern an und werden konstruktiv daran mitarbeiten. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Christof Rasche das Wort. Bitte sehr, Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über gewaltige Aufgaben, die in Nordrhein-Westfalen vor uns stehen. Wir stehen vor Strukturwandel und vor einem möglichen Verlust von vielen Arbeitsplätzen, aber auch vor einer Riesenchance für die weitere zukunftsfähige Entwicklung unseres Landes.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Und dann müssen wir heute Debattenbeiträge von den Kollegen Düker und Kutschaty ertragen, die es wahrlich in sich haben und Nordrhein-Westfalen kein Stück nach vorne bringen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich möchte zunächst auf fünf Punkte des Kollegen Kutschaty eingehen, die ich bemerkenswert fand.

Erster Punkt. Er begann seine Rede mit der Aussage, es sei eigentlich gar nicht sinnvoll, dass der Ministerpräsident den Landtag über diese Problematik

heute in einer Unterrichtung informiert. Die Auffassung von CDU und FDP ist eine andere. Wir sind dankbar und froh, dass der Ministerpräsident Verantwortung übernimmt und die Bürgerinnen und Bürger und dieses Hohe Haus sachgerecht, vernünftig und entspannt über die Problematik informiert. Er hat sehr wohl zahlreiche Lösungswege aufgezeigt. Vielen Dank dafür, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Zweiter Punkt. Regierungschefs anderer Bundesländer werden in ihren Ländern dafür kritisiert, dass Nordrhein-Westfalen in dieser Kommission zu viel für Nordrhein-Westfalen erreicht hat. Sie werden kritisiert – übrigens auch von Kollegen der SPD vor Ort.

Das war ja eine typische Oppositionsrhetorik von Herrn Kutschaty. Er hat den Ministerpräsidenten und auch Herrn Minister Pinkwart für die Ergebnisse nur kritisiert, also genau das Gegenteil getan. Die Kollegen in den ostdeutschen Bundesländern sind da weit neutraler als Sie. Es gibt Politiker, die eine gewisse Größe haben und auch durchaus mal anerkennen – bei aller Kritik, die dazugehört –, wenn man etwas für das Land erreicht hat. Lieber Herr Kutschaty, diese Größe haben Sie heute leider nicht gezeigt.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dritter Punkt. Sie haben dem Ministerpräsidenten vorgeworfen, er hätte keine Projekte benannt, wie der Strukturwandel vollzogen werden kann und soll. Kollege Löttgen hat es eben erklärt: In dem Kommissionsbericht sind weit über 100 Projekte konkret aufgezählt, beschrieben und aufgezeigt. Sollte der Ministerpräsident denn diese Projekte heute Stück für Stück vorlesen? Was hätten Sie ihm denn dann vorgeworfen, Herr Kollege? Sie haben wahrscheinlich diesen Bericht nicht gelesen. Sonst hätten Sie heute so nicht geredet.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der FDP: So ist es!)

Nun komme ich zu zwei Punkten, die nicht direkt etwas mit dem Strukturwandel zu tun haben.

Vierter Punkt. Bemerkenswert fand ich in Ihrer Rede Ihre Abkehr von der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Was ist denn die Alternative, Herr Kollege Kutschaty? Staatswirtschaft à la SPD oder Staatswirtschaft à la DDR? Das kann nicht die Lösung sein. Wir sind froh, dass wir soziale Marktwirtschaft in Deutschland haben, und werden diese als liberale Partei auch weiterhin verteidigen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Fünfter Punkt. Bemerkenswert war Ihre Position zur Ruhrkonferenz. Sie haben die Arbeit der Ruhrkonferenz mit einem Betriebsausflug verglichen. Da arbeiten immerhin Kollegen wie die DGB-Bezirksvorsitzende Weber, der Ruhrbischof Overbeck und Herr

Professor Dr. Noll von der Zeche Zollverein mit. Zahlreiche Persönlichkeiten des Ruhrgebiets arbeiten dort für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Die DGB-Vorsitzende ist eine Frau!)

Und Sie, die Kollegen von der SPD, vergleichen das mit einem Betriebsausflug.

(Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Das ist erbärmlich, Herr Kutschaty. Erbärmlich!

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Marc Herter [SPD])

– Herr Herter, Sie hätten vielleicht zuvor Ihrem Kollegen Kutschaty helfen können, damit seine Rede angemessen gestaltet worden wäre. Diese Wortmeldung gerade bringt Ihnen nichts.

(Marc Herter [SPD]: Ich wollte Ihnen nur helfen!)

Monika Düker, ich habe mich auf die Rede gefreut; das ist doch klar. So gehen wir ja als Fraktionsvorsitzende miteinander um. Sie haben der FDP vorgeworfen, wir hätten die Arbeit der Kommission diskreditiert. So ein Quatsch! Wir haben dort aktiv mitgearbeitet – mit Leuten direkt aus der FDP oder indirekt mit Personen, die der FDP nahestehen und in verschiedenen anderen Institutionen tätig sind.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ich denke, das sei Planwirtschaft?)

Die Frechheit dabei war, dass Sie vorher die Arbeit des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers diskreditiert haben, indem Sie formuliert haben, die Kommission hätte diesen Bericht trotz der Teilnahme der beiden Persönlichkeiten Laschet und Pinkwart erstellt. Wenn das keine Diskreditierung ist, was denn dann, Frau Düker? Sich über etwas beschweren, es vorher aber selber tun: Das ist typisch grüne Politik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann haben Sie von verantwortlicher Politik gesprochen und gesagt, man dürfe sich nicht aus der Verantwortung stehlen. Man dürfe sich nicht wegducken, haben Sie formuliert.

Das sagen Sie, obwohl Sie die Leitentscheidung zum Hambacher Forst mitgetragen haben, ihr zugestimmt haben und jetzt hinterher das Umgekehrte machen. Dann sagen ausgerechnet Sie, Politik dürfe sich vor der Verantwortung nicht wegducken. Sie machen das doch. Sie sind das beste Beispiel dafür, wie man sich aus der Verantwortung stehlen und wegducken kann.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Außerdem bezeichnen Sie – das ist der dritte Punkt; bei Ihnen sind es auch insgesamt fünf – FDP-Politiker als Neo-Neandertaler.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ja!)

Ich schaue eigentlich jeden Morgen in den Spiegel – abends auch – und habe mich da so noch nicht gesehen, Frau Kollegin Düker. Aber im Ernst: Wenn man Sie in diesem Hohen Haus ernst nehmen soll – ich weiß: Sie wollen mit solchen Worten in die Schlagzeilen der Zeitungen kommen; es ist ja klar, dass das das einzige Ziel ist; Ihnen geht es doch gar nicht um die Sache –, dann sollten Sie auf solche Formulierungen verzichten.

(Beifall von der FDP)

Politisch war eine Aussage von Ihnen sehr bemerkenswert, nämlich, dass die Energie dort erzeugt werden soll, wo sie gebraucht wird.

(Monika Düker [GRÜNE]: Möglichst!)

Damit kündigen Sie die Blockade des Netzausbaus in Deutschland an. Das ist doch klar. Sie versuchen, sich wieder eine Zielgruppe zu erarbeiten. Die betroffenen Leute sind immer gegen den Netzausbau, wie sie gegen alles sind, beispielsweise gegen Umgehungsstraßen. Genau diese Zielgruppe wollen Sie erreichen.

(Henning Höne [FDP]: Neue friedliche Proteste!)

Sie machen damit alles andere, als Verantwortung zu übernehmen. Denn ohne den Netzausbau – das hat auch die Kommission gesagt – werden wir die Ziele 2038 nicht erreichen können. Und Sie haben heute die Blockade angekündigt, Frau Düker. Das ist ein Unding. Absolut ein Unding!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Auch Sie haben sich eben mit dem Begriff „soziale Marktwirtschaft“ beschäftigt. Ich weiß nicht, ob es nur noch die FDP und die CDU sind, die die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft verteidigen. Ich bin überzeugt: Diese soziale Marktwirtschaft hat Deutschland stark gemacht, hat für Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf den Weltmärkten gesorgt, hat den Menschen in Deutschland Wohlstand gebracht und tut das auch heute noch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich bin stolz darauf, dass ausgerechnet Sie, wie die Kollegen der SPD vorhin auch, die FDP genau für diese Position kritisieren. Deutlicher können Sie den Unterschied zwischen vernünftiger Politik und unvernünftiger Politik nicht machen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Rasche, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Frau Abgeordnete Düker würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen, wenn Sie sie zulassen.

Christof Rasche (FDP): Na klar.

Monika Düker (GRÜNE): Danke, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Erstens. Eine Feststellung: Eine dezentrale ...

(Zuruf: Frage!)

– Und dann kommt die Frage.

Christof Rasche (FDP): Was ist denn das, Frau Präsidentin?

Monika Düker (GRÜNE): Eine dezentrale Energieversorgung ersetzt nicht den Netzausbau, sondern entlastet ihn.

Zweitens. Teilen Sie denn die Interpretation von Herrn Lindner oder die Bewertung Ihres Parteivorsitzenden, das Ergebnis der Kohlekommission sei pure Ideologie und Planwirtschaft?

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, Sie kennen die Geschäftsordnung und können das auch eleganter lösen.

Monika Düker (GRÜNE): Hinten war aber ein Frazeichen dran.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Rasche.

Christof Rasche (FDP): Ich danke Ihnen auch für die Feststellung, Frau Düker. Es gehört ja zum Spiel dazu. Sie wussten genau, was Sie tun. Aber Sie wurden auch dafür ermahnt.

Die Kollegen im Deutschen Bundestag treffen manchmal Aussagen, die sich nicht immer zu 100 % mit der Landespolitik decken.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ach so!)

So hat zum Beispiel der Kollege Hofreiter, der Fraktionsvorsitzende der Grünen, gerade gesagt, dass bei der Umweltpolitik der Grünen soziale Aspekte definitiv vernachlässigt werden. Das hat Ihr Kollege, der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, gesagt. Da hat er sogar recht. Aber Sie haben das hier in Nordrhein-Westfalen leider noch nicht erkannt, Frau Kollegin Düker.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, die Gestaltung des Strukturwandels und der Ausstieg aus der Kohleverstromung stellen Nordrhein-Westfalen vor gewaltige Herausforderungen. Aber damit sind, wenn wir es richtig machen, auch riesige Chancen verbunden.

Wir erleben das Theater, das die Grünen hier auch schon in den vergangenen Wochen inszeniert haben. Man hat den Eindruck: Es geht Ihnen nicht immer oder fast nie um die eigentliche Sache, sondern um die eigene Profilierung.

Meine Damen und Herren, Millionen von Menschen sind von diesem Strukturwandel betroffen. Sie hoffen, dass das nicht negativ, sondern am Ende positiv ist. Viele Menschen fühlen sich durch die Politik, die die Grünen heute betreiben, darin bestätigt, dass es richtig war, dass sie bei der letzten Landtagswahl kein Vertrauen in die Grünen gesetzt haben und deshalb die Grünen nicht gewählt haben; denn an der Politik der Grünen-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen vor der letzten Landtagswahl hat sich nach der Landtagswahl inhaltlich überhaupt nichts geändert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Gleichwohl richte ich an Sie den Appell, die Arbeit der WSB-Kommission mit zahlreichen Experten zu nutzen, um Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen. Ich werbe für mehr Rationalität und weniger Ideologie. Dieser Kommissionsbericht kann ein hervorragender Grundstein dafür sein. Beides ist notwendig, um die Chancen für Nordrhein-Westfalen zu nutzen.

Die Große Koalition hat ganz zu Beginn des Prozesses entschieden, dass ein Datum für den Ausstieg aus der Kohleverstromung politisch festgelegt werden muss. Die Kommission hat das dann auch getan. Die Kommission und die GroKo sind damit definitiv den teuren Weg gegangen und eben nicht den marktwirtschaftlichen. Aber diese Entscheidung ist gefallen.

Wir stehen damit in Nordrhein-Westfalen, aber auch in Deutschland insgesamt vor extrem großen Herausforderungen. Kein einziges Land auf der Welt steigt gleichzeitig aus dem Atomstrom und dem Kohlestrom aus. Kein einziges Industrieland setzt sich so hohe Klimaziele im Energiesektor, ohne dabei auf die Weiternutzung der Kernenergie zu setzen.

Aber wir haben uns dafür entschieden. Dazu stehen wir auch. Wir wollen den Atomausstieg und den Kohleausstieg, und wir wollen dabei weitere Ziele nicht vernachlässigen, nämlich die Energiesicherheit und die Bezahlbarkeit des Stroms für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land und für die Wirtschafts- und die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland.

Kein einziges Bundesland – da sind wir uns sicherlich einig – ist dabei vor so große Herausforderungen gestellt wie Nordrhein-Westfalen als das Industrieland und Energieland Nummer eins.

Armin Laschet und Andreas Pinkwart haben es mit sehr viel Verhandlungsgeschick geschafft, dass aus diesen riesigen Herausforderungen riesige Chancen für Nordrhein-Westfalen entstanden sind. Genau diese Chancen müssen wir in Zukunft nutzen.

Vier Punkte aus dem Kommissionsbericht, die diese Chancen noch einmal beschreiben und uns erklären, was zu tun ist, möchte ich kurz ansprechen.

Erstens. Es geht natürlich um Beschäftigung und Wachstum. Das steht beides für uns im Fokus. Fast 2,5 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind in der Industrie beschäftigt. So hängen die Zukunftsperspektiven von insgesamt 60 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen unmittelbar oder mittelbar von der NRW-Industrie ab.

Wir wollen die Chance nutzen für zukunftsfähige Arbeitsplätze in einer modernen Industrie, die mit den Märkten auf der gesamten Welt mithalten kann. Es geht also nicht um den Schutz der Chaoten im Hambacher Forst, sondern um die Menschen und die Familien in Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP, der CDU und Andreas Keith [AfD])

Zweitens. Wir haben Strukturmittel für das Land generiert. Der politisch festgelegte Ausstieg aus der Kohleverstromung muss natürlich finanziert werden. Das war allen Beteiligten klar.

15 Milliarden Euro können in den nächsten 20 Jahren ins Rheinische Zukunftsrevier fließen. Auch das Ruhrgebiet wird von dieser Regelung und von dem Verhandlungsgeschick profitieren. Die betroffenen Steinkohlestandorte erhalten ebenfalls enorme finanzielle Mittel – ganz anders, als Herr Kutschaty es uns eben zu erklären versucht hat. Die Strukturmittel müssen insbesondere in Innovation und Infrastruktur investiert werden. Es entsteht also ein richtiges Zukunftsbudget für Nordrhein-Westfalen.

Ich sage nochmals herzlichen Dank an die Kollegen Laschet und Pinkwart für das von ihnen in der Kohlekommission Erreichte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Man denkt ja manchmal noch an die Zeit vor dieser Koalition zurück. Das tun wahrscheinlich alle Beteiligten hier im Hohen Haus. Man stelle sich vor, Svenja Schulze und Johannes Remmel hätten die Interessen von Nordrhein-Westfalen in diesen Verhandlungen vertreten. Wahrscheinlich hätten sie schon auf der Fahrt nach Berlin die Interessen des Landes genauso schnell vergessen gehabt wie die Leitentscheidung zur Rodung des Hambacher Forstes, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie war 2016, und heute können Sie sich nicht mehr daran erinnern, zumindest die Kollegen der Grünen nicht.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es wurden also finanzielle Mittel generiert.

Drittens. Es ist eine Revisionsklausel vorgesehen.

Unsere energiepolitischen Ambitionen möchte ich einmal an zwei Zahlen verdeutlichen. Die Große Koalition hat sich in ihrem aktuellen Koalitionsvertrag das Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung bis 2030 auf 65 % zu erhöhen.

Das heißt: Selbst wenn wir diese 65 % – das ist eine große Herausforderung – im Jahre 2030 erreichen, müssen noch 35 % aus anderen Energiequellen kommen. Sämtliche Kohlekraftwerke, also Steinkohle und Braunkohle, erzeugen heute einen Anteil von gut 38 %. Ihr Anteil sinkt in den kommenden Jahren deutlich. Gleichzeitig sinkt der Anteil aus Atomstrom ab dem Jahre 2023 auf null. Heute beträgt er 14 %.

Natürlich müssen wir uns die Frage stellen – und auch die Antwort darauf vorlegen –: Woher kommen denn diese zusätzlichen 35 % des Stroms im Jahre 2030 verlässlich und bezahlbar? Die Grünen machen es sich zu einfach. Sie beantworten diese Frage überhaupt nicht. Liebe Frau Düker, ich habe den Eindruck, dass Sie sich diese Frage nicht einmal stellen. Und wer sich diese Frage nicht stellt und sich vor deren Beantwortung drückt, handelt verantwortungslos für dieses Land.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Die Verankerung der Revisionsklausel ist also ein kluger und vernünftiger Schritt. Sie ist insbesondere für Nordrhein-Westfalen und auch für unsere wirtschaftliche Zukunft enorm wichtig.

Viertens. Wir können starten. Mithilfe von Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart stehen alle Beteiligten in Nordrhein-Westfalen in den Startlöchern. Gute Konzepte, hohe Motivation und der Wille, die Chancen für Nordrhein-Westfalen zu nutzen, sind vorhanden. Selbst jenseits der Landesgrenzen von Nordrhein-Westfalen ist zu hören, dass kein anderes Bundesland so gut auf die Verhandlungen in der Kommission vorbereitet war wie Nordrhein-Westfalen. Lieber Herr Pinkwart, dafür noch einmal herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben also eine riesige Chance, wenn wir zusammen die Umsetzung erarbeiten und gemeinsame Schritte gehen, um dieses Ziel 2038 zu erreichen.

Deswegen appelliere ich hier noch einmal ausdrücklich an die Kollegen der Grünen. In Verantwortung haben Sie im Jahr 2016 die schon vielfach angesprochene Leitentscheidung getroffen. In der Oppositionsrolle machen die Kolleginnen und Kollegen der Grünen jetzt das Gegenteil.

(Monika Düker [GRÜNE]: Bei Ihnen war das ja ganz anders! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP])

Wir werden gerade im Bereich der Energiepolitik in den nächsten Monaten und Jahren ...

(Zuruf von Arndt Klocke [GRÜNE] – Gegenruf von Bodo Löttgen [CDU]: Gab es da eine Leitscheidung? – Gegenruf von Arndt Klocke [GRÜNE]: Um Sie geht es gar nicht! Wir waren bei der FDP!)

Wir werden in den nächsten Monaten und Jahren erleben, ob grüne Politik auf der einen Seite und Verlässlichkeit auf der anderen Seite ein Widerspruch in sich sind – das werden auch die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land erkennen – oder ob die Kolleginnen und Kollegen der Grünen in der Energiepolitik wirklich rational handeln, um Nordrhein-Westfalen nach vorne zu bringen, anstatt sich nur selber zu profilieren. Das ist der Unterschied. Grün und verlässlich: Geht das zusammen, oder geht das nicht? Ich habe da so eine Ahnung: Das passt nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir haben den Kollegen von SPD und Grünen das Angebot gemacht, für heute einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu erarbeiten, damit wir uns gemeinsam positionieren, um unsere Ziele zu erreichen. Auch die Grünen haben diese Vorlage nicht aufgenommen, sondern wollten lieber ihr eigenes Ding in dieser Debatte in diesem Hohen Haus machen.

Dabei ist klar: Wir können den Kohleausstieg Ende 2038 nur gemeinsam erreichen. Wenn da immer wieder Störfeuer aus verschiedenen Bereichen kommen, zum Beispiel von den Grünen oder aus den grünen Vorfeldorganisationen, wird es kaum funktionieren; es wird verdammt schwer. Aber dann steht auch fest, an wem es liegt, wenn wir die Ziele nicht erreichen.

Arndt Kirchhoff hat im „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 19.02.2019 gewarnt:

„Sie können nicht einerseits einen schnellen Kohleausstieg fordern und andererseits Netzausbau und Investitionen in industrielle Ersatzarbeitsplätze bekämpfen.“

Ich habe Herrn Kirchhoff schon immer geschätzt. Dass er bereits am 19.02.2019 in der Lage war, den Inhalt der Rede von Frau Düker zu kennen, hätte ich ihm allerdings nicht zugetraut. Aber er hat es hinbekommen. Respekt, lieber Herr Kirchhoff!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zum Schluss. Damit die beschriebenen Chancen auch

genutzt werden können, erfordert es nun zügige, verbindliche und abgestimmte Schritte. Da bin ich bei Frau Düker. Alle, wirklich alle zentralen Bestandteile des WSB-Konsenses – auch der Netzausbau – müssen umgesetzt werden, damit wir die Chancen für Nordrhein-Westfalen gemeinsam nutzen können. Die FDP steht definitiv dazu, 100 % dieser Bestandteile umzusetzen.

Ein letzter Satz: Die Arbeit endet nicht mit dem Bericht der WSB-Kommission. Die Arbeit beginnt für uns alle jetzt erst richtig – übrigens nicht nur für uns, sondern auch für die Bundesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rasche. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Markus Wagner [AfD]: Frau Präsidentin!)

– Oh. Das war keine Absicht. Man muss auch manchmal vom Redemanuskript abweichen. Entschuldigung. Ich fange noch einmal an.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Brauchen wir in Deutschland noch Aluminiumhütten? Brauchen wir in Deutschland noch die chemische Industrie? Brauchen wir noch Malocher, die jeden Morgen aufstehen, um zur Arbeit zu gehen?

Ich sage Ihnen: Das brauchen wir noch. Aber wenn es nach Ihnen gehen würde, wäre es anders. Sie sagen, dass wir das nicht mehr brauchen. Denn Sie versuchen, tagtäglich die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen zu gefährden.

Wenn ich dann von Professor Pinkwart im Wirtschaftsausschuss höre, dass man jetzt noch nicht jubeln könne, sondern erst, wenn die ganzen Fördergelder geflossen seien, kommt mir echt die Galle hoch. Sehr geehrter Herr Pinkwart, nein, ich kann weder jetzt noch nach Vernichtung all dieser Arbeitsplätze im Rheinischen Revier jubeln.

(Beifall von der AfD)

Mich macht es einfach nur wütend, aber auch traurig, wie mit den Menschen vor Ort umgegangen wird.

Neben der Kohle ist Ihnen allen aber auch generell die Industrie ein Dorn im Auge. Sie wollen sie langfristig abschaffen. Das sagen Sie natürlich nicht direkt.

Es ergibt sich aber aus den Folgen Ihres Kohleausstiegs. Denn es wird zu Strompreiserhöhungen kommen, und es wird zu einer weiteren Reduktion der Versorgungssicherheit kommen, die jetzt schon sehr unsicher ist – natürlich alles zur Erreichung Ihrer Klimaziele. Denn unsere Industrie verbraucht Strom, und dieser Strom kommt zu großen Teilen aus fossilen Kraftwerken.

Bei der Verbrennung von Kohle und Gas entsteht CO₂. Das können Sie laut Ihrer Kanzlerin und laut Herrn Laschet nicht gebrauchen. Die Kanzlerin sagt, CO₂ sei etwas Gefährliches für die Welt, wobei sie sicherlich nie an die Bäume gedacht hat. Weil das CO₂ gemäß Frau Merkel so gefährlich ist, soll Deutschland nun nach dem Ausstieg aus der Kernenergie, einer CO₂-freien Technik, den Kohleausstieg beschließen.

Angefangen hat das Ganze ja bereits 2017. Die Leitscheidung der alten Regierung war gerade mal ein Jahr alt, da fingen die Herren Laschet und Pinkwart an, diese Entscheidungen in ihren Jamaika-Koalitionsverhandlungen zu torpedieren.

Sie, Herr Laschet, bringen damit erneut Unsicherheit in die Region. Sie sorgen dafür, dass Menschen wieder Angst um ihren Arbeitsplatz haben müssen.

Aber natürlich wollen weder Sie noch Ihre Kanzlerin als Buhmann dastehen. Deshalb muss es genauso laufen wie damals beim Kernenergieausstieg: Auch damals gab es eine Kommission, die vorgeschoben wurde, um den Menschen zu erzählen, was diese tun sollte. Diese Kommission hieß damals Ethikrat. Ein Ethikrat voller Soziologen hat damals völlig frei von Fakten den Kernenergieausstieg beschlossen.

So soll es jetzt wieder sein. Man erzählt wieder munter das Märchen. Angeblich geht es jetzt um die Klimarettung. Herr Laschet redet von völkerrechtlichen Verträgen.

Also reden wir doch mal über das Pariser Abkommen. China und Indien dürfen nach dem Pariser Abkommen – wie alle Entwicklungsländer auch – die Kohlekraftwerkskapazitäten bis 2030 massiv ausweiten, ohne gegen das Abkommen zu verstoßen. In China kommen 280.000 MW hinzu, in Indien sind es 174.000 MW. Zum Vergleich: Die gesamten Braunkohlekraftwerke in Deutschland haben eine Kapazität von lächerlichen 22.700 MW. China darf 280.000 MW aufbauen, Indien 174.000 MW.

In der Zeit, in der wir unsere Kohlekraftwerke abbauen wollen, können China und Indien unsanktioniert das 20-Fache unserer gesamten Stromproduktion aus Kohle neu und zusätzlich errichten. Dem hat auch Deutschland auf dem Pariser Klimagipfel zugestimmt. 1.600 neue Kohlekraftwerke werden bis 2030 weltweit in 62 Ländern neu gebaut, die meisten übrigens durch chinesische Kraftwerksbauer und mithilfe

chinesischer Kredite: etwa 15.300 in Pakistan, 16.000 in Bangladesch, Myanmar mit 5.100 etc.

Deutschland hingegen will seine Kohlekraftwerke bis 2030 um 20.000 MW reduzieren und bis 2038 ganz aus der Kohle aussteigen. Wie wird man so etwas wohl in China beurteilen? – Die Chinesen müssen die Deutschen ganz einfach für blöd halten: die eigene sichere Stromversorgung freiwillig aus dem Markt zu nehmen, ohne dafür einen belastbaren Ersatz für die notwendige elektrische Grundlast in Aussicht zu haben. Wind und solar können, egal, wie hoch der Zubau ausfällt, kein einziges Grundlastkraftwerk ersetzen.

(Beifall von der AfD)

Letztlich lacht darüber die ganze Welt und sicherlich auch China; denn es liefert zu den 1.600 neuen Kohlekraftwerken nicht nur den Stahl. Nein, die Chinesen bekommen für ihre eigenen Projekte auch noch Geld aus dem Pariser Klimafonds – größtenteils auch durch Deutschland bezahlt.

Die anderen Länder haben letztlich erkannt, was die Pariser Klimaziele sind: eine Gelddruckmaschine, bezahlt von den dummen Deutschen, angeführt von ihrer Klimakanzlerin und ihrem Klimaministerpräsidenten aus NRW.

Aber sehen wir uns das Klima an. Dem Klima ist es nämlich völlig egal, was Deutschland macht. Leider können Sie aus dem Vierparteienblock beim Klimawandel nur national denken – und das, obwohl Sie sonst doch immer europäische Lösungen favorisieren.

Genau diese europäische Lösung haben wir bereits, zumindest in dem Teil Europas, der von der EU diktiert wird, denn es gibt den EU-weiten Zertifikatehandel mit CO₂. Ein Kohlekraftwerk oder auch ein Gaskraftwerk darf nur dann Strom produzieren, wenn es in ausreichender Menge im Vorfeld CO₂-Zertifikate gekauft hat und diese entsprechend vorlegen kann.

Die Gesamtmenge der verfügbaren Zertifikate in der EU wird jährlich reduziert. Das heißt, wir haben bereits eine Reduktion beim CO₂ völlig ohne deutsche Politik.

Der Effekt eines Kohleausstiegs isoliert in Deutschland ist damit für die EU und auch für die Welt im Netto genau null, zero, niente, denn wenn Deutschland spart, pusten dann einfach polnische Kohlekraftwerke das CO₂ in die Luft.

Jetzt wissen alle hier, dass der Effekt null ist, aber mit diesem Gesamteffekt von null können Sie unsere Bevölkerung natürlich nicht auf Ihre dunkle Seite der Macht ziehen. Statt Fakten müssen also Trugbilder her. Sie brauchen also jemanden, der den Bürgern ein schönes Märchen präsentiert und behauptet, dass das mit dem Kohleausstieg ganz toll ist.

Sie brauchen also so etwas wie eine Wahrheitskommission und gründen dann mal eben schnell die sogenannte Kohlekommission. Damit später keiner Zweifel an der Wahrheitskommission hat, dürfen natürlich keine Fachleute und auch keine zu starken Kritiker dabei sein.

Also darf es auf keinen Fall eine parlamentarische Kommission sein, wie wir sie zum Beispiel mit der Enquetekommission aus dem Landtag kennen. Bei einer parlamentarischen Kommission darf jede Fraktion einen Vertreter entsenden, das heißt alle Meinungen sind dann berücksichtigt.

Aber die Meinungsvielfalt sollte bei Ihrer Kommission von vornherein ausgeschlossen sein. Deshalb wurde die Kommission nicht durch das Parlament berufen, sondern durch die Bundesregierung mit besonderer Einflüsterung des seit Jahren von den Grünen besetzten Umweltbundesamtes. Das heißt, Kritiker und Fachleute waren unerwünscht.

In Ihrer Wahrheitskommission sitzen nun zum Beispiel eine gelernte Ernährungswissenschaftlerin, eine Dame vom Deutschen Roten Kreuz und eine Dame von der Dresdner Stadtentwässerung zusammen. Mit dabei sind auch die Kohlehasser vom Landesverband Erneuerbare Energien, von Agora Energiewende, dem BUND und natürlich von Greenpeace. Dazu kommen dann noch ein paar Ex-Politiker, die keiner mehr haben wollte, sowie ein paar Gewerkschafter mit rotem Parteibuch.

All diese Leute wurden von der Regierung berufen, um über die Zukunft der deutschen Energieversorgung zu befinden – natürlich völlig „neutral“ und „objektiv“. Sie alle bilden aber ein Kohletribunal.

Nicht mit dabei sind Mitglieder der AfD, also der größten Oppositionspartei im Bundestag. Ebenso fehlen Experten, die überhaupt Ahnung vom Stromnetz oder auch Ahnung von der konventionellen Stromerzeugung haben. Häufig aber ist NRW-Wirtschaftsminister Herr Pinkwart beratend dabei. Sie erinnern sich: Das ist der Mann, der jubeln will, wenn diese ganzen Dinge umgesetzt werden.

All diese völlig „objektiv“ und „neutral“ ausgesuchten Mitglieder finden nun die große Wahrheit und verkünden, dass Deutschland aus der Kohle aussteigen muss. Dann wird uns das auch noch als großer gesellschaftlicher Konsens verkauft.

Aber, Herr Pinkwart, viele Menschen in Deutschland lassen sich nicht einfach so für dumm verkaufen. Ihr Parteikollege, Herr Kubicki, hat es bereits durchschaut: Er spricht vom Ruin des Industriestandorts Deutschland.

Sicher ist, dass der von dem Vierparteienblock gewünschte Kohleausstieg teuer wird. Experten rechnen mit 40 bis 80 Milliarden Euro direkten Kosten, und der DIHK spricht sogar von Gesamtkosten von 170 Milliarden Euro.

Eine gute Summe geht übrigens auch an RWE. Die haben sich sogar über die Empfehlung der Kohlekommission sehr gefreut. Der Aktienkurs ging nach der Entscheidung von 19 Euro auf 21 Euro hoch. Die Tantiemen der Manager sind gesichert, doch die einfachen Mitarbeiter bleiben dabei auf der Strecke.

(Beifall von der AfD)

Wie das alles finanziert werden soll, weiß noch niemand, aber alle wollen Geld, damit es keine Nachteile gibt.

So war ich am letzten Donnerstag in der sechsstündigen Anhörung zu diesem Thema im Landtag. Was wurde da nicht alles von den sogenannten Experten gefordert? Wir brauchen Geld für Power-to-Gas, wir brauchen Geld für Pumpspeicher, wir brauchen Geld für neue Stromnetze, wir brauchen Geld als Entschädigung für RWE, wir brauchen Geld für die Abfindung der 10.000 direkt abhängig Beschäftigten, wir brauchen Geld für neue Infrastruktur, das heißt neue Straßen, neues Internet etc., wir brauchen Geld für Solaranlagen, wir brauchen Geld für Windräder, wir brauchen Geld, um dort neue Behörden zu installieren, wir brauchen Geld, um dort Universitäten anzusiedeln, wir brauchen Geld, um dort eine Bio-Agrar-Industrie aufzubauen, wir brauchen Geld für einen Elektro-Green-Park, wir brauchen Geld für neue Arbeitsplätze, wir brauchen Geld, damit die Industrie einen Stromrabatt bekommt, damit diese nicht in Nachbarländer abhaut.

Passend zur Karnevalssaison könnte man jetzt an dieser Stelle singen: Wer hat so viel Pinke-Pinke, wer hat so viel Geld?

(Stefan Kämmerling [SPD]: Das heißt „Session“!)

Irgendwo scheinen wir in Deutschland einen Topf mit unglaublich viel Geld zu haben. Und nicht nur das: Wir scheinen auch noch einen Topf mit unglaublich vielen Arbeitsplätzen zu haben, die wir überall ansiedeln können, Herr Pinkwart, denn – das dürfen wir nicht vergessen – bis zu 120.000 Menschen fürchten nun um ihre Arbeitsplätze, allein 93.000 Menschen in der stromintensiven Industrie.

Das sind allein die Zahlen für NRW. Diese Zahlen stammen aus dem Bericht der Kohlekommission. Das heißt, den Mitgliedern der Kohlekommission, der Bundesregierung, der Landesregierung und aller Parteien hier sind diese Zahlen bekannt, zumindest wenn sie den Bericht gelesen haben.

Aber anstatt für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen, werden hier von Ihnen – Herr Laschet ist schon weg – Sonntagsreden gehalten. Die CDU stand mal für wirtschaftliche Vernunft. Mit Ihnen, Herr Laschet, steht die CDU in NRW nur noch für planwirtschaftliche Ideologie,

(Beifall von der AfD – Helmut Seifen [AfD]: Die FDP mit!)

eine Ideologie, die unsere Industrie in den Ruin treiben wird.

Sie verraten und verkaufen auch noch unseren technologischen Fortschritt. Deutschland hat mit die modernsten Kohlekraftwerke und eine ausgezeichnete Umwelttechnologie in diesem Bereich. Diese Technologie wird mit den Kraftwerken verloren gehen.

Sie wollen sogar, dass eines der modernsten Kraftwerke, nämlich Datteln 4, gar nicht mehr ans Netz geht. Stattdessen laufen dann alte Kraftwerke länger. So irre kann ein Land eigentlich gar nicht sein.

(Helmut Seifen [AfD]: Ja!)

Sie, lieber Herr Laschet, und Sie, lieber Herr Pinkwart, sind der Todesbote für die Malocher im Revier.

(Beifall von der AfD)

Aus dieser Nummer können Sie sich auch nicht mit Ihrer Alibi-Kommission herausreden, denn Sie beide waren ja bereits bei den Jamaika-Verhandlungen dabei, waren beide Verhandlungsführer im Bereich Energie, und Sie waren bereit, acht Großkraftwerke in NRW zu opfern.

Das werden wir nicht vergessen, und das vergessen auch nicht die Malocher im Rheinischen Revier. Dass die SPD hier auch noch Beifall klatscht, vergessen die Leute übrigens auch nicht.

(Beifall von der AfD)

Ein Beleg dafür, wie schlimm es für die arbeitenden Menschen in der Region werden wird, war die Anhörung in der letzten Woche. Als Experten haben da vor allen Dingen Ihre Parteigenossen und Ihre grünen Verbände teilgenommen, sozusagen Ihr eigener Echoraum. Argumente waren da leider Fehlanzeige.

Ihr SPD-Bürgermeister von Bedburg konnte nicht mal beantworten, wie viele Arbeitsplätze durch seinen so hochgelobten Windpark denn entstanden sind. Auf das Niveau von Fakten wollte er sich wohl nicht begeben.

Weiter habe ich die Experten gefragt, welche Projekte nur im Rheinischen Revier durchgeführt werden könnten und nicht vielleicht auch in Gelsenkirchen oder in Duisburg.

Für Sie zur Erinnerung: Duisburg und Gelsenkirchen – das sind Ihre tollen Erfolge im Strukturwandel, aktuell mit den höchsten Arbeitslosenzahlen in NRW. Also, wenn wir so viele Arbeitsplätze, so viel Geld haben, warum investieren wir das dann nicht in Duisburg und in Gelsenkirchen?

Aber gescheite Antworten gab es keine, auch nicht von Frau Schönefeld von der Bundesagentur für Arbeit. Woher die neuen Arbeitsplätze kommen sollen,

konnte sie genauso wenig beantworten wie die Frage, warum wir denn jetzt nicht mit den Projekten, die wir anscheinend in der Tasche haben, in Duisburg oder Gelsenkirchen beginnen.

Das Schlimme daran war: Frau Schönefeld als Expertin der Arbeitsagentur war Mitglied in der Kohlekommission. Diese Frau hat wissentlich ernsthaft bei der Kommission mitgestimmt, 120.000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Gefahr zu bringen, ohne einen blässen Schimmer zu haben, woher neue Arbeitsplätze kommen sollen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist so!)

Lieber Herr Laschet, Sie wollen jetzt trotzdem den nächsten Strukturwandel erzwingen, obwohl der erste bereits an zahlreichen Orten gescheitert ist.

(Andreas Keith [AfD]: Der ist schon weggelaufen!)

Das Ganze wird auch zu großen Streitereien führen. Wir haben es in der Anhörung in der letzten Woche schon gehört. Da hieß es am Anfang noch: Nein, in der kommunalen Familie wird nicht gestritten. – Fünf Minuten später sagt der nächste Experte: Ja, aber er kriegt nicht einmal die Protokolle vom Landschaftsverband. – Der nächste Experte sagt: Und wir sind nicht in der Zukunftsagentur vertreten. – Da war der Streit schon nach zehn Minuten programmiert.

Gestern Abend sagt der Bürgermeister von Erkelenz, Peter Jansen, auf der Veranstaltung, auf der Sie auch waren – ich war da auch –, dass sich jetzt immer mehr Kommunen melden, um nach Geldern zu rufen. Praktisch jede Kommune, wo etwas Sumpfungswasser ist, fühlt sich jetzt als Revier.

(Lachen von Helmut Seifen [AfD])

– Sie haben es mitbekommen.

Wir können doch jetzt davon ausgehen, dass es ein Hauen und Stechen geben wird. Es wird Streit und keinen sogenannten gesellschaftlichen Konsens geben, gerade aufgrund der Einseitigkeit der Mitglieder in der sogenannten Kommission.

Diese Kohlekommission ist in Wahrheit eine Kommission für die Abschaffung von Wachstum und Beschäftigung. Während die stromintensive Industrie Rabatte bekommt, wird die normale Industrie weiter leiden müssen. Denn mit den Kohlekraftwerken schalten Sie die günstigsten und konstantesten Kraftwerke in Deutschland ab.

Wie sagt Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke von der SPD – Zitat anfang –:

Wir brauchen Ehrlichkeit. Wenn wir aus der Kohle aussteigen, dann ist es automatisch, dass der Strompreis steigt. Er wird auf 35, 40 oder auch 50 Cent steigen.

– Zitatende.

Aber nicht nur der Strompreis wird steigen, sondern es geht auch um die fehlende Versorgungssicherheit für die Industrie, denn der Wind und die Sonne sind eben nicht so gut planbar wie der Einsatz von Kohlekraftwerken. Einzig planbar ist die Solarkraft in der Nacht – den Wert kennen Sie.

Bei der Versorgungssicherheit geht es um Industrie-arbeitsplätze. Es geht um die gesamte Wertschöpfung in Deutschland. 78-mal im letzten Jahr ist allein der Aluminiumindustrie im wahrsten Sinne des Wortes der Saft abgedreht worden. Das hat anschaulich in der letzten Woche der Vertreter der Firma Hydro Aluminium aus NRW in der Anhörung berichtet – der einzige Lichtblick in der Anhörung.

Jeder, der dabei war, konnte nur fassungslos verfolgen, als der Mann dort erzählte, wie oft denen die Aluminiumhütten abgestellt wurden, insbesondere am 14.12. im letzten Jahr, als es die sogenannte Dunkelflaute gab. An den Aluminiumhütten war das Problem gar nicht so dermaßen groß, auch wenn der Experte zum Teil von sechsstelligen Eurobeträgen gesprochen hat, die die Firma verloren hat.

Das Problem besteht aber bei den Walzwerken. Dort gehen halt die Maschinen kaputt, wenn die Frequenz im Netz unter 49,8 Hertz sinkt. Deshalb hat sich diese Firma selbst Frequenzmessstationen aufgestellt, um zu schauen, was im Stromnetz los ist, damit sie rechtzeitig reagieren und ihre Maschinen abstellen können, bevor sie von Ihnen kaputtgemacht werden. Auch deshalb hat die Firma im letzten Jahr einen Brandbrief an die Bundesnetzagentur geschrieben.

In der Anhörung wurde auch der mangelnde Netzausbau beklagt. So ist seit 15 Jahren bekannt, dass rund 7.500 km Übertragungsnetz benötigt werden, die gebaut werden sollen. Davon sind aber erst 1.000 km gebaut worden – nach 15 Jahren.

Und für nur weitere 20 % der Strecke ist überhaupt ein ordentliches Planverfahren eingeführt worden. Der Rest ist noch völlig im Unklaren – nach 15 Jahren ein Armutszeugnis für ein Industrieland.

Obwohl man jetzt schon weiß, dass das Netz am Ende ist, will man erst noch weitere fossile Kraftwerke abschalten und Zufallsstrom hinzubauen. Allein die Netzeingriffskosten beim Übertragungsnetz haben im Jahre 2017 1,4 Milliarden Euro betragen – das x-Fache von vor einigen Jahren.

Sie, Herr Laschet und Herr Pinkwart, glauben jetzt also, dass alles gut wird, wenn Sie nur mal schnell 15 Milliarden Euro ins Rheinische Revier kippen – 15 Milliarden Euro, um in einer wirtschaftlich starken Region Zehntausende Menschen zu entlassen – alles Arbeitsplätze, die aktuell völlig ohne Subvention auskommen, alles Arbeitsplätze mit einer hohen Wertschöpfung, mit hohen Löhnen.

All das hat für Sie anscheinend keinen Wert. Das kann alles auf dem Weg für Ihr „Goldenes Kalb“ namens Klimaretung geopfert werden, auch wenn, wie belegt, nicht eine Tonne CO₂ in der EU mit dem Kohleausstieg gespart wird.

Sie, Herr Laschet und Herr Pinkwart, machen jetzt aus wirtschaftlich blühenden Landschaften eine karge Wüstenlandschaft, um danach wieder zu versuchen, mit viel Geld daraus eine blühende Landschaft zu machen.

Können Sie sich noch an den Aufbau Ost erinnern? Überall blühende Landschaften im Osten Deutschlands – oder etwa nicht? Das Lohnniveau in Ostdeutschland liegt auch nach 20 Jahren noch immer 25 % unter Westniveau. Das Durchschnittseinkommen beträgt im Osten 34.000 Euro, im Westen 43.000 Euro.

Erzählen Sie, Herr Pinkwart, den Arbeitnehmern demnächst, dass sie jetzt auf 25 % ihres Gehaltes verzichten sollen? Für den Aufbau Ost wurden übrigens bisher mehr als 150 Milliarden Euro ausgegeben.

Wie viele Firmen wurden damals von Westdeutschland nach Ostdeutschland gelockt mit hohen Fördergeldern? Dieses Weglocken wird jetzt wieder passieren; nur lockt jetzt das Rheinische Revier.

Wie das funktioniert, kann ich Ihnen am Beispiel von Brandt aus Hagen sagen. Brandt, das ist der Zwiebackhersteller – für die Leute, die es nicht wissen. Brandt hat 90 Jahre lang in Hagen produziert. 500 Mitarbeiter waren beschäftigt. Man war in Vereinen organisiert. Man hat sich am gesellschaftlichen Leben beteiligt. „Brandt Hagen“ – das war der Basketballverein – spielte in der 1. Bundesliga. All das hat Brandt in Hagen damals aufgebaut.

Und dann lockten die Fördergelder aus Thüringen. Man hat die Fabrik in Hagen zugemacht und in Thüringen wieder neu aufgestellt. Von den 500 Mitarbeitern sind 4 Leute mitgegangen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an Ihren ehemaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement. Der hat zu diesem Umzug mit samt den Fördergeldern Folgendes gesagt: Er nannte das eine „Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen“. Recht hatte Wolfgang Clement damals.

Doch wo ist die SPD heute? Heute sind es Leute wie Herr Vassiliadis von der IG BCE, ein SPD-Partei-soldat seit 1981. Er war Mitglied der Kohlekommission. Auch er hat für die Gefährdung dieser 120.000 Arbeitsplätze gestimmt.

Klar, natürlich kommt ab und zu Herr van den Berg von der SPD im Revier vorbei, um so zu tun, als wenn die SPD noch aufseiten der Kumpel steht. Dabei gab es von der SPD zwar vier Anträge zum Rheinischen Revier, aber keinen einzigen Antrag zum Erhalt der Arbeitsplätze, die da jetzt schon bestehen.

Das Einzige, was Sie gefordert haben, waren mehr Fördergelder – Infrastruktur, Straßen, alles, was Geld kostet. Dabei hatten Sie es doch als SPD über Jahrzehnte selbst in der Hand gehabt.

Die einzige Partei, die hier einen Antrag zum Erhalt der Arbeitsplätze gestellt hat, war die AfD. Das werden wir auch weiter tun. Denn ganz ehrlich: All diese Fördermittel sorgen nur für subventionierte Arbeitsplätze. Solche Arbeitsplätze bleiben eben nur so lange, wie Subventionen fließen, wie das Beispiel Opel aus Bochum zeigt.

Kommen wir zum Fazit meiner ersten Rede:

Erstens. Es gibt keinen Einspareffekt von CO₂.

Zweitens. Der Strompreis für den Bürger und die normale Industrie ist bereits jetzt auf Rekordniveau. Mehr als 300.000 Stromsperren im letzten Jahr sprechen eine klare Sprache: Die Menschen schaffen es nicht mehr, die hohen Strompreise zu zahlen.

Bei der stromintensiven Industrie gibt es zwar Rabatte, aber die müssen auch von irgendjemandem bezahlt werden – das heißt: vom Steuerzahler.

Dazu, dass es keinen CO₂-Einspareffekt gibt, und zum hohen Strompreis kommt also noch etwas Drittes hinzu, nämlich die Versorgungssicherheit. Diese ist aufgrund des zunehmenden Zufallsstroms bereits jetzt kaum gewährleistet. Die Industrie hat schon jetzt Angst vor Produktionsausfällen.

Wer jetzt auf die Idee kommt, 120.000 Arbeitsplätze zu gefährden und weitere fossile Kraftwerke abzuschalten, der gefährdet den inneren Frieden und den Wohlstand unseres Landes. Dem stellen wir uns als demokratische Kraft entgegen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war der Abgeordnete Loose für die Fraktion der AfD. – Als nächster Redner hat nun für die Landesregierung Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort. Bitte sehr.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat in ihrem Bericht vorgesehen, dass es zu einer stufenweisen Herausnahme von Kraftwerksblöcken bei gleichzeitigem Ausbau der erneuerbaren Energien kommen soll. Dadurch soll erreicht werden, dass bereits ab 2022 das CO₂-Minderungsziel des Energiesektors in Höhe von 45 % erreicht wird.

Es sei daran erinnert, dass der Energiesektor sein Ziel einer Minderung um 40 % bis 2020 als einziger Sektor in Deutschland erbringt. Er erbringt dieses Ziel auch deshalb, weil er der einzige Sektor ist, der

in einen europaweiten CO₂-Zertifikateverbund eingebunden ist. Deshalb wären auch keine Strafzahlungen zu erbringen, sondern der Energiesektor wird über CO₂-Zertifikate so gesteuert, dass die nationalen und europäischen Klimaziele erreicht werden können. Das ist zunächst einmal eine gute Nachricht.

Jetzt will die Politik – das war der Ansatz für die Kommission –, dass der Energiesektor einen zusätzlichen Beitrag erbringen möge, weil die beiden anderen Sektoren ihre Hausaufgaben nicht haben machen können. Sie werden es absehbar auch bis 2030 schwer haben, die Bedingungen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen.

Wir haben hier im Herbst schon darüber diskutiert und gesagt, dass wir bereit sind, uns unter der Maßgabe einzubringen, dass es arbeitsmarkt-, sozial- und umweltverträglich ganzheitlich gelingt, dass Bedingungen erfüllt werden können und dass die Region, die einen Sonderbeitrag zugunsten anderer Sektoren erbringen, durch Strukturmittel einen Ausgleich findet, sodass soziale und strukturelle Härten vermieden werden. Genau das hat die Kommission umgesetzt.

Frau Düker, damit komme ich auf Ihre meiner Meinung nach etwas harte Bashingaktion gegen Herrn Lindner.

(Monika Düker [GRÜNE]: Oh!)

Herr Lindner sagt nichts anderes als das, was Herr Professor Schmidt, den wir als Vorsitzenden des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage eingeladen haben, in seinem Konjunkturbericht gemeinsam mit dem Präsidenten der IHK NRW am Montag vorgestellt hat.

Er wurde von Journalisten als Vorsitzender des Sachverständigenrats der Bundesrepublik Deutschland gefragt, wie er den Kommissionsbericht sieht. Er hat darauf gesagt: Aus ökonomischer Sicht und aus der Perspektive des Sachverständigenratsvorsitzenden hätte er sich für Deutschland einen anderen Weg gewünscht, nämlich alle Sektoren in ein nach Möglichkeit europäisches CO₂-Zertifikatesystem einzubinden, wie es für den Energiesektor bisher erfolgreich vorgenommen worden ist.

(Monika Düker [GRÜNE]: Wo ist das denn erfolgreich gewesen?)

Das sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrats, und nichts anderes hat der Parteivorsitzende der FDP gesagt.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Der Vorsitzende des Sachverständigenrats hat aber auch zwei Dinge eingeräumt.

Er hat erstens gesagt, dass es selbst beim Energiesektor europäisch nicht einfach ist, ein CO₂-Zerti-

fikatesystem ohne entsprechende Marktinterventionen durchzuhalten, weil wir die energieintensive Wirtschaft über Strompreiskompensationen ausnehmen müssen, da sie nicht in einem europäischen, sondern in einem globalen Wettbewerb steht. Das heißt, ohne Marktinterventionen gelingt die Internalisierung externer Kosten auch im Energiesektor nicht ganz.

Zweitens hat er eingeräumt: Wenn die Bundesrepublik Deutschland sagt, sie wolle die Probleme, die sie mit einem solchen System noch nicht lösen kann, weil sie es selbst nicht einsetzt und europäisch auch nicht durchsetzen kann, anders lösen, dann muss auch eine Region wie Nordrhein-Westfalen ihre Interessen wahren und Sorge dafür tragen, dass Schäden für Menschen und Arbeitsplätze vermieden werden können.

Insofern sehe ich mich als Liberaler und auch als Ökonom in einer absolut vernünftigen Situation. Es gibt rational auch bessere Lösungen,

(Beifall von der FDP)

aber Politik lebt ja nicht davon, dass wir immer nur das rational Beste erreichen. Wir müssen das tun, was politisch möglich ist. Das hat die Kommission auszufüllen versucht, und zwar mit großer Verantwortung.

Ich möchte mich an dieser Stelle für die Landesregierung bei den vier Vorsitzenden und allen Mitgliedern der Kommission bedanken, zu denen auch Frau Schönefeld und Herr Priggen gehörten sowie Michael Kreuzberg, der einen tollen Job als Vertreter der Region gemacht hat.

Auch an Frau Grothus, die dort für ihre Aspekte eingetreten ist, sich aber trotzdem immer für Nordrhein-Westfalen eingesetzt hat, sowie an die Vertreter der Gewerkschaften und anderen Expertinnen und Experten: Danke für die enorme Arbeit, die in den letzten Monaten geleistet worden ist.

Sie ist vor allem geleistet worden, indem man es sich nicht leicht gemacht und einfach nur gesagt hat: Wir ziehen irgendwo den Stecker. – Man hat sich mit fast 100 Expertinnen und Experten zu der Frage auseinandergesetzt, wie wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir vorzeitig einen Beitrag für andere Sektoren leisten können.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Danke für die Arbeit, die dort geleistet wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von den GRÜNEN)

Die Landesregierung hat ihre Bedingungen formuliert. Wir haben sie von Anfang an sehr offen in diese Kommission hineingetragen.

Wichtig war uns erstens, dass ein vorzeitiger Rückzug aus der Kohleverstromung nur akzeptabel ist,

wenn das Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaschutz in der Balance bleibt, und dass es zweitens einen Stresstest für die Versorgungssicherheit gibt – das heißt, dass wir wirklich sicherstellen, dass wir uns die Voraussetzungen im Jahr 2023 so erarbeiten haben werden, wie es sich heute als wünschenswert darstellt.

Drittens haben wir Revisionsklauseln für die Jahre 2023, 2026, 2029 und 2032 vorgesehen, die das Zieldreieck im Kohleausstiegspfad absichern.

Wir haben viertens ganz klare Regelungen für den zusätzlichen Netzausbaubedarf. Diese sind transparent, und der Ausbau muss zügig umgesetzt werden.

Hier möchte ich eine Bemerkung machen, Frau Düker: Gelegentlich habe ich den Eindruck, dass bei Ihnen die Bedeutung des Netzausbaus ein wenig relativiert wird. Dabei entsteht auch der Eindruck, Sie meinten, wenn wir hier in Nordrhein-Westfalen möglichst stark die Erneuerbaren ausbauen, bräuchten wir weniger Netzausbau.

Den brauchen wir jedoch ganz besonders für Süddeutschland. Und wir brauchen ihn auch dann schon, wenn wir die Kernenergie herausnehmen. Schauen Sie sich bitte mal an, wie in Baden-Württemberg der Ausbau der Erneuerbaren vorangeht. Dort stellen Sie sogar den Ministerpräsidenten. Vor zwei Jahren sind in Baden-Württemberg die Möglichkeiten für den Windausbau so stark eingeschränkt worden, dass Baden-Württemberg mittlerweile beim Ausbau der Windenergie deutlich hinter andere Bundesländer zurückgefallen ist.

(Wibke Brems [GRÜNE]: Ein super Erfolg! –
Monika Düker [GRÜNE]: Und was hat das jetzt mit NRW zu tun?)

Jetzt passiert also Folgendes: Wenn Baden-Württemberg die Erneuerbaren nicht so schnell ausbaut und dort gleichzeitig 2022 die Kernenergie vom Netz geht, dann wird Baden-Württemberg das letzte Bundesland in Deutschland sein, das seine Steinkohlekraftwerke abschalten kann – immerhin ist Baden-Württemberg das zweitgrößte Steinkohleverstromungsland in Deutschland –, weil die Netze dort sonst zusammenbrechen.

Machen Sie uns doch keine Vorhaltungen,

(Monika Düker [GRÜNE]: Doch, Sie regieren hier!)

sondern sprechen Sie mit Ihren Freunden in Baden-Württemberg, damit sie dort endlich ihre Hausaufgaben im Hinblick auf die Erneuerbaren machen. Das wäre wunderbar.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim Windkraftausbau war Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr im ersten bis dritten Quartal Nummer zwei in Deutschland. Wir stellen uns unserer Verantwortung.

Beim Lesen des Berichts der Windindustrie und der Verbände fällt Ihnen auf, dass der Hauptgrund für den Rückgang 2018 wachsende Zahlen von Klageverfahren wegen rückläufiger Akzeptanz und die Ausschreibungsbedingungen des Bundes waren. Letztere haben massiv zu dieser Veränderung geführt, und gegen sie haben wir uns aus Nordrhein-Westfalen mit Bundesratsinitiativen gewandt.

Das ist der Hauptgrund: fehlende Akzeptanz. Wir versuchen die Akzeptanz zu erhalten, damit wir in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft Windkraft – genauso wie andere Erneuerbare auch – verantwortungsvoll ausbauen können. Und das müssen wir auch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Fünftens: Eine weitere zentrale Bedingung ist es, dass Strompreissteigerungen durch Entlastung von Wirtschaft und Verbrauchern vermieden werden. Sie brauchen Entlastung an anderer Stelle durch eine Verlagerung von Kosten des Übertragungsnetzausbaus in den Bundeshaushalt, die Senkung der Stromsteuer und die Beibehaltung und Weiterentwicklung der Strompreiskompensation für die energieintensive Industrie.

Wir als Landesregierung haben das im Herbst hier vorgetragen. Es ist toll, dass es gelungen ist, das auch im Kommissionsbericht unterzubringen. Und ich füge hier mit Blick auf die 250.000 in der energieintensiven Wirtschaft Nordrhein-Westfalens Beschäftigten hinzu: Die Strompreiskompensation muss genauso erfüllt und auch in Europa abgesichert werden wie alle anderen Punkte des WSBK-Berichts auch.

(Christian Loose [AfD]: Und wer soll das zahlen?)

Sechstens. Ein vorzeitiger Ausstieg darf nicht zulasten der Arbeitnehmer und der Zukunftsperspektiven der Menschen im Revier sowie der Wettbewerbsfähigkeit der energieintensiven Wirtschaft erfolgen.

Deshalb müssen wir jetzt aus dem Kommissionsbericht unsere Hausaufgaben ableiten und sie unverzüglich erledigen.

Hierzu gibt es folgenden Fahrplan:

Erstens will die Bundesregierung bis Mai mit den Energieunternehmen verhandeln, welche Kraftwerksleistungen zu welchem Zeitpunkt aus dem Markt gehen.

Herr Kutschaty, in dieser Hinsicht habe ich Sie soeben überhaupt nicht verstanden. Stehen Sie doch zu und hinter dem Bericht! Sie waren sogar mit zwei

Bundesministern daran beteiligt – eigentlich sogar mit dreien; der Bundesfinanzminister war ja auch dabei. Zwei Ihrer Bundesminister haben die Kommission über all die Monate begleitet, die Umweltministerin und der Arbeitsminister. Sie sind doch in der Bundesregierung eng eingebunden und kennen den Bericht, in dem steht, dass die Bundesregierung die Verhandlung mit den Unternehmen führen soll. Dem Ministerpräsidenten der Landesregierung werfen Sie aber Untätigkeit vor.

(Ralph Bombis [FDP]: Genau!)

Das ist ein Widerspruch in sich. Was soll denn jetzt gelten? Sollen wir den Bericht umsetzen, oder machen wir jetzt auf einmal alles anders?

(Beifall von der CDU und der FDP – Ralph Bombis [FDP]: Angekommen in der Opposition!)

Im Übrigen, Herr Kutschaty, Sie als Oppositionsabgeordneter tragen auch Verantwortung für die Vermögenssituation des Landes Nordrhein-Westfalen. Wenn wir anstelle des Bundes in Verhandlungen mit den Unternehmen eintreten, dann wird der Bund fordern, dass das Land auch die Entschädigungszahlungen übernimmt. Das kann doch wohl nicht gemeint sein.

Die Kommission möchte, dass der Bund die Verantwortung dafür übernimmt und die wirtschaftlichen Konsequenzen daraus zieht, wenn er diese Maßnahmen vorzeitig ergreifen will. Deswegen gibt es einen klaren Fahrplan. Dass wir das eng begleiten, ist selbstverständlich, aber die Verantwortlichkeiten dürfen wir doch nicht verwischen.

Zweitens. Darauf aufbauend legt RWE der Landesregierung eine neue Tagebauplanung vor. Die Landesregierung ist bereits jetzt mit RWE im Gespräch, um sicherzustellen – das hat der Ministerpräsident ausgeführt –, dass in dieser Tagebauplanung die Empfehlungen der WSB-Kommission bestmöglich umgesetzt werden.

Die Landesregierung hat das Ziel, auf Basis der Tagebauplanung bis Ende des Jahres die Leitentscheidung aus der letzten Legislaturperiode anzupassen. Dann werden wir neue, klare Vorgaben für die Menschen in der Region und für die Unternehmen haben.

Drittens. Ebenfalls bis Mai hat die Bundeskanzlerin für die Bundesregierung ein Maßnahmengesetz angekündigt, in dem die Strukturhilfen für die Reviere verbindlich geregelt werden.

Viertens. Danach muss unmittelbar der Staatsvertrag mit den betroffenen Ländern erarbeitet werden, der die Strukturhilfen für die nächsten 20 Jahre absichert, so wie das mit dem Bonn-Berlin-Gesetz seinerzeit gelungen ist.

Fünftens. Die Landesregierung wird im Austausch mit der Region bis zur Sommerpause die entsprechenden Strukturen und Finanzierungen aufstellen. Wir werden hierzu unsere eigenen Strukturen in den Ministerien – vor allem auch in meinem Haus – so weiterentwickeln, dass sie dieser Aufgabe auch entsprechen. Wir werden die Zukunftsagentur im Rheinischen Revier weiterentwickeln und, dem Wunsch der Region entsprechend, dabei auch das Land stärker einbinden.

Ferner stärken wir die Ebene der Bezirksregierungen. In Einvernehmen mit dem Innenminister und dem Finanzminister bin ich dabei, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben den Kommunen auch zugesagt: Dort, wo in den nächsten Monaten und Jahren Planungs- und Genehmigungsarbeiten anfallen, wollen wir sie dahin gehend unterstützen, dass sie die personellen Kapazitäten haben, um die Planungs- und Genehmigungsschritte schnell umzusetzen.

Sechstens legen wir bis zur Sommerpause unsere Energiestrategie für Nordrhein-Westfalen vor, an der wir schon seit Herbst 2018 intensiv mit der Wirtschaft – der Energiewirtschaft –, den Gewerkschaften und den Energieverbänden – auch die der erneuerbaren Energien – arbeiten. Auf dieser Grundlage werden wir unsere Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen verlässlich weiterentwickeln.

Die die Struktur betreffenden Themen im Zusammenhang mit dem Rheinischen Revier haben wir gestern im Rahmen der Revierkonferenz noch einmal miteinander diskutieren können.

Sie kennen die Maßnahmen aus dem Bericht. Die Maßnahmen sind nicht nur im Anhang, sondern im ganzen Bericht enthalten und zeigen deutlich, dass wir in Bezug auf das Rheinische Revier die Chance haben, eine echte Zukunftsregion zu bauen und zu zeigen, wie die Energieversorgung der Zukunft aussieht. Außerdem können wir zeigen, wie man in Zukunft modern leben und arbeiten kann; auch durch Digitalisierung – etwa beim autonomen Fahren und weiteren Dingen.

Wir wollen diese Region, die sich in einem herausragenden Umfeld mit wichtigen Hochschulen und Forschungsstandorten befindet, zu einer der attraktivsten Wohn- und Arbeitsregion in unserem Land und europaweit machen. Das wollen wir auch, um zu zeigen, dass eine Energiewende wirklich gelingen kann, Frau Düker.

Dazu brauchen wir aber Voraussetzungen. Wir müssen alle mitnehmen, auch die Zulieferer, die derzeit den Braunkohletagebau unterstützen. Für sie müssen wir Perspektiven erarbeiten. Wir müssen Gewerbeflächen ausweisen und Verkehrsinfrastruktur schaffen. Dafür werden wir auch Beschleunigung brauchen.

Ich freue mich darüber, dass der Kommissionsbericht ganz deutlich macht: Die Kohleregionen, die den Umbau jetzt machen wollen, brauchen eine Sonderwirtschaftszone. Wir brauchen Investitionszulagen und Planungs- und Genehmigungsbeschleunigungsverfahren.

All das werden wir umsetzen, damit es zügig vorangeht; denn ohne diese Maßnahmen wird es keinen fairen Strukturwandel geben können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Düker?

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich will das erst zu Ende führen. Dann bin ich gerne zu Zwischenfragen bereit.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie führen erst zu Ende. Bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Das heißt: Wir haben die große Chance, schneller zu sein. Und wir haben die Chance, das Neue zu bauen und gleichzeitig sicherzustellen – das ist mir ganz besonders wichtig –, dass wir die energieintensive Wirtschaft, unsere Industrie in Nordrhein-Westfalen auf einem klimaneutralen Pfad zügiger fortzuentwickeln, als es ohne die Strukturmittel des Bundes möglich wäre.

Es geht also nicht um Subventionen, sondern um Investitionen, und zwar in Infrastruktur, in neue Energieversorgungssysteme und in Forschungseinrichtungen, die helfen, dass wir die Energiewende nicht nur für diese Region, sondern für Nordrhein-Westfalen insgesamt zu einem Erfolg machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das strahlt auch auf die Metropole Ruhr und das Ruhrgebiet ab.

Es ist in Erinnerung zu rufen, dass wir mit den anderen Kohleländern und den Gewerkschaften in der Kohlekommission darauf gedrängt haben, dass es eine eigene Regelung für Kohlekraftwerke gibt. Diese steht im Kommissionsbericht. Es gibt eine ganz klare Regelung: Wenn es einen Impact für die regionale Wertschöpfung gibt, dann gibt es einen entsprechenden Ausgleich.

Wir wissen, dass die überwiegende Zahl der Kohlekraftwerke im Ruhrgebiet eine Kraft-Wärme-Koppelung hat. Wir werden für das Übergangsszenario, also für die nächsten 20 bis 30 Jahre, an den meisten Standorten zunächst eine Umwandlung von Kohle-

zu Gaskraftwerken erleben. Die Anzahl der Kohlekraftwerke, die komplett rückgebaut werden müssen, wird also eher gering sein.

Ich will den Verhandlungen, die noch anstehen, nicht vorgreifen, aber wir erwarten mindestens einen Mix aus Umbauten von Kraftwerken und – nur zum Teil – Einstellungen des Betriebs von Kraftwerken.

Dort, wo der Betrieb von Kraftwerken eingestellt wird, machen wir natürlich etwas Neues daraus; denn wir brauchen doch Flächen in der Metropole Ruhr. Wir freuen uns doch über jede Fläche, die wir haben und schnell für etwas Neues nutzen können.

Der Bund wird dafür zusätzliche Mittel bereitstellen, und wir werden wie immer im Land Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass sich diese Gebiete so wie alle anderen vernünftig entwickeln können.

Wir haben eine starke Energiewirtschaft in der Metropole Ruhr. Beispielsweise haben wir mit Siemens am Standort Mülheim Tausende Arbeitsplätze und damit Menschen, die davon leben, dass die Energiewirtschaft sich transformiert.

Die Energiewirtschaft ist in den letzten Jahren in ihrem Transformationsprozess ins Stocken geraten. Jetzt haben wir eine Chance, neue Pfade zu beschreiten. Wir sind mit den Industrieunternehmen wie Siemens, thyssenkrupp, Steag und anderen in enger Abstimmung und erarbeiten, wie ein Spitzencluster für die Innovation der Industrie der Zukunft mit Schwerpunkt Metropole Ruhr aussehen kann. Sie wissen das aus dem Wirtschaftsausschuss.

Wir sehen also viele positive Effekte, wie wir die Strukturarbeit im Rheinischen Revier mit dem Ruhrgebiet verbinden können. Sie wissen auch, dass wir darüber hinaus viele andere Initiativen haben. Ich nenne die Talentschulen von Frau Ministerin Gebauer. Die Jury hat gerade die Exzellenz Start-up Center.NRW ausgewählt; zwei der insgesamt sechs sind im Ruhrgebiet, nämlich in Bochum und Dortmund.

Diese Regierung will alle Regionen in Nordrhein-Westfalen fördern. Die Stärken sollen da, wo die Regionen sie haben, zur besseren Entfaltung kommen.

Ich bitte Sie herzlich: Lassen Sie es doch, Landesteile gegeneinander auszuspielen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Stark wird Nordrhein-Westfalen, wenn wir allen Landesteilen ihre jeweiligen Chancen geben und sagen: Das Ganze ist mehr als die Summe der einzelnen Teile.

Das Ganze – das ist es, was wir wieder klarer machen müssen. Und das hätte ich mir heute Morgen auch von den Rednern der Opposition gewünscht. Es ist doch für Nordrhein-Westfalen nicht nur eine große Jahrhundertherausforderung, nachdem wir

gerade die Phase der Steinkohleförderung und den dadurch bedingten Strukturwandel zu Ende geführt haben, sondern es ist doch eine Jahrhundertchance, die wir jetzt haben,

(Monika Düker [GRÜNE]: Das sieht ihr Parteivorsitzender aber anders!)

Nordrhein-Westfalen als Industrieland nach vorne zu bringen und zu sagen: Nordrhein-Westfalen macht sich auf den Weg, das modernste und innovativste Industrie- und Dienstleistungsland Europas zu werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das muss doch das gemeinsame Ziel sein. Dafür würden sich auch die Gelder der Steuerzahler am Ende lohnen, wenn ich mir die Bemerkung erlauben darf.

Deswegen zum Ende noch einmal zwei – auch sehr persönliche – Bemerkungen:

Wir sind gerne im Gespräch mit den Schülerinnen und Schülern, die sich Sorgen um den Klimaschutz machen; sie finden bei uns in allen Ministerien dieser Landesregierung offene Türen. Wir suchen diesen Austausch sehr gerne.

Ich will aber etwas sagen, was auch der Ministerpräsident in seiner Rede hervorgehoben hat: In den letzten Monaten, vielleicht sogar schon während der vergangenen Jahre fühlten sich manche in ihrer Arbeit nicht in der Weise wertgeschätzt, wie sie es verdient hätten. Sie fühlten sich verletzt. Das betrifft beispielsweise die Menschen und Familien, die in der Braunkohle ihr Auskommen haben. Trotz der monatelangen öffentlichen Attacken, gehen Sie weiter jeden Morgen zum Dienst, weil der Dienst nun mal angesagt ist.

Das gleiche Pflichtbewusstsein, mit dem diese Menschen ihrer Arbeit weiter nachgehen und unsere Energieversorgung gewährleisten, erwarte ich von den Schülerinnen und Schülern bezüglich der Unterrichtsteilnahme.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Abseits dieser Verpflichtungen leben wir in einer freien Welt. Hier kann diskutiert und demonstriert werden. Hier ist alles erlaubt, solange es friedlich bleibt. Der Austausch wird gesucht. Wir sind mit allen gerne im Gespräch, natürlich auch mit den Schülerinnen und Schülern.

Wir müssen aber auch anerkennen, dass Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein Deutschland und seinem Platz in einer freien Welt noch nie geschadet hat.

Zum Stichwort „Verantwortung“, Frau Düker, äußere ich einen letzten Gedanken zu Ihrem Vortrag. Sie haben in Ihrer Rede weitgehend begrüßt, dass es jetzt diesen Kommissionsbericht gibt – so habe ich Sie

verstanden. Sie haben auch gemahnt, dass wir Verantwortung übernehmen müssten. Deshalb kann ich nicht verstehen, warum Sie einem gemeinsamen Antrag nicht zustimmen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Weil es da nicht drinsteht!)

Wir reden heute über den Kommissionsbericht. Dazu berichtet die Landesregierung. Der Bericht liegt vor. Es gibt einen neutralen Entschließungsantrag, der genau das benennt, was die Kommission erarbeitet hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: Nein, eben nicht!)

Angesichts der überparteilichen Zusammensetzung der Kommission kann ich es nicht nachvollziehen, dass Sie nicht zustimmen. Und das sage ich als Liberaler; jeder bringt sein Päckchen mit und muss versuchen, daraus etwas für das Ganze zu machen.

Was Ihre Nachfrage betrifft, stelle ich klar, dass man bezüglich der 3 GW nur in den Bericht zu schauen braucht. Dort steht nichts von 3 GW, sondern von annähernd 5 GW aus Braunkohle bis 2022. In den Gesprächen wurde darauf geachtet, dass die Sicherheitsreserve von bis zu 1,5 GW, die Nordrhein-Westfalen betrifft, dazugehört, genau wie die 2,4 GW aus hier abgebauter Braunkohle. – Das war Teil der Gespräche, und nur so kann ich es hier wiedergeben.

Im Bericht selbst wird das aber nicht thematisiert; dort ist von annähernd 5 GW zu lesen. Jetzt müssen vom Bund Verhandlungen mit den beteiligten Unternehmen geführt werden. Im Übrigen hat Herr Matthes als Mitglied der Kommission genau das im Ausschuss auch sehr differenziert vorgetragen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Und alle anderen haben es falsch verstanden!)

– Ich will Ihnen ja nur den Sachverhalt darstellen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Der Matthes hat 3 gesagt, nicht 2,4!)

– Er hat geschildert, wie der gesamte Prozess sich in aller Differenziertheit darstellt, Frau Düker. Ich sage nur eins: Wir stehen zu dem, was im Bericht steht: annähernd 5 GW.

Jetzt werden die Gespräche geführt. Und egal, wie es ausgeht, schon jetzt ... Frau Düker, wenn Sie mir die Sekunde noch schenken wollen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die Jungs von der CDU lenken mich ab! – Heiterkeit)

Schon jetzt würden 4 zu 1 – wenn wir auf annähernd 5 kommen – aus Nordrhein-Westfalen kommen; 1 GW ist sozusagen noch offen. Dann zu sagen, wir würden hier nicht vorangehen und uns stünde nicht zu, einen angemessenen Anteil an Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in Aussicht zu stellen, das kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sagen Ihnen eins: Wir machen hier alles möglich, wenn auch alle anderen ihrer Verantwortung gerecht werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Professor Dr. Pinkwart. – Jetzt gibt es eine Kurzintervention, angemeldet von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Frau Düker hat das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Danke schön. Da Sie die Zwischenfrage, in der ich nur eine Frage hätte stellen können, nicht zugelassen haben, kann ich jetzt in der Kurzintervention auch mehrere Fragen unterbringen. Das ist der Vorteil.

Sie haben hier und heute nichts dazu gesagt, ob für Sie zum Eins-zu-eins-Umsetzungsbekenntnis auch ein 65%iger Anteil Erneuerbarer bis 2030 zum Ziel gehört.

Erste Frage: Stehen Sie dazu?

Zweite Frage: Teilen Sie die Auffassung, dass der Windkraftausbau, um das zu erreichen, von derzeit – genau weiß ich es nicht – 200 bis 400 MW verdoppelt werden muss?

Und damit komme ich zur dritten Frage: Wie passt das mit dem gestern im Kabinett verabschiedeten Landesentwicklungsplan zusammen, der nach wie vor mit Abstandsregelungen und anderen Drangsalierungen größtmögliche Einschränkungen für die Windkraft vorsieht?

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Die vierte Frage bezieht sich auf Hambach: Heißt der fromme Wunsch des Ministerpräsidenten zum Erhalt ... – Der Wunsch, streichen Sie „fromm“.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Sie haben sich dem Wunsch der Kommission angeschlossen. Das begrüßen wir auch. Das ist für Sie ein großer Schritt. Das kann ich aus therapeutischer Sicht auch wertschätzen.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Da bewegen Sie sich in die richtige Richtung. Aber folgt aus diesem Wunsch für Sie, Herr Pinkwart, auch der Arbeitsauftrag, genau das in die Leitentscheidung verbindlich hineinzuschreiben?

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön. Das waren genau 1:30. – Herr Minister, wenn Sie von Ihrem Pult aus antworten wollen, dann aktivieren Sie das Mikrofon.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Dann nehme ich diese Gelegenheit wahr. – Ich bitte um Verständnis, Frau Düker, dass ich auf Ihre Frage nicht mehr eingegangen bin. Sorry, das war kein böser Wille.

Das ist hier keine Fragestunde, aber ich will versuchen, so konkret wie möglich zu antworten.

Zunächst einmal zu den erneuerbaren Energien: Es ist völlig klar, dass wir hier mehr Erneuerbare aufbauen müssen. Das ist völlig klar. Ansonsten würde es nicht funktionieren. Wenn wir bis 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen und gleichzeitig – das füge ich hinzu – nicht alles durch Gas ersetzen

(Monika Düker [GRÜNE]: Oder mehr abschalten müssen!)

oder uns in eine noch größere Abhängigkeit vom Atomstrom aus Frankreich oder der Kohleverstromung aus Polen begeben wollen – das können wir auch nicht wollen –, dann müssen wir hier mehr Erneuerbare aufbauen. Das ist völlig klar.

Die 65 % sind Teil des Kommissionsberichts, und das werden wir mit anderen Bundesländern umzusetzen haben. Für uns bedeutet das vor allem – ich habe heute Morgen noch mit einem Vertreter des Netzausbaus telefoniert –, den Netzausbau zu beschleunigen.

Ich bin Peter Altmaier dankbar. Denn er ist der erste Bundesenergieminister, der sich überhaupt mal gefragt hat: Gibt es auch Energieminister in den Ländern? Können wir uns nicht mal enger abstimmen? – Es gibt ja keine Energieministerkonferenz in Deutschland. Er war der Erste, der gesagt hat: Lasst uns doch mal treffen. Ganz locker setzen wir uns zusammen.

Er ist herumgereist. Er baut ein Controlling auf. Man muss ja auch mal sehen, wie lange es die Energiewende in Deutschland schon gibt. Erstmals halten wir jetzt nach: Wie sieht der Leitungsausbau aus? – Von den 10.700 km sind 13 % gebaut. Also müssen wir voran machen. Das geschieht jetzt.

Vizepräsident Oliver Keymis: Lieber Herr Minister, die 1:30 sind jetzt vorbei.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ach so, ich habe nur 1:30. Schade.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie haben 1:30, klar, das ist eine Kurzintervention.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Sorry. Das wusste ich nicht.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie haben zu Recht festgestellt, es ist nicht die Fragestunde. Insofern ist das so.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Schade.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Oliver Keymis: Wir können an der Stelle jetzt auch nicht überziehen. Das sieht die Geschäftsordnung leider nicht vor.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Nein, nein, das geht nicht. Ich bitte um Verständnis.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gut. Sie können sich als Landesregierung zu Wort melden, Herr Minister – das wissen Sie –, und dann noch einmal darauf eingehen. Die Gelegenheit besteht ja gleich noch. Aufgeschoben ist nicht aufgehoben.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Ich melde mich dann wieder.

Vizepräsident Oliver Keymis: Sie melden sich noch einmal? – Prima.

Für die SPD-Fraktion hat als Nächster, weil wir Rede und Gegenrede in diesem Hohen Haus pflegen, Herr Kollege Kämmerling das Wort. Bitte schön.

Stefan Kämmerling (SPD): Danke schön, Herr Präsident. – Hier sind heute Debatten geführt worden, meine Damen und Herren, die alle in der Art und Weise ihre Berechtigung hatten, mit einer Ausnahme vielleicht, aber ansonsten in Gänze schon.

Ich will jetzt den Versuch machen, drei Herausforderungen, die aus meiner Sicht für die Region bestehen, sehr regionalisiert darzustellen. Wir werden sehen, ob das in der Kürze der Zeit überhaupt gelingt.

Es gibt aus meiner Sicht eine kurzfristige, eine mittelfristige und eine langfristige Hauptherausforderung.

Die kurzfristige Herausforderung, meine Damen und Herren, ist vielleicht die größte überhaupt. Die lautet: Die Menschen im Revier wollen Frieden.

Bei einer Gegenstimme hat die Strukturwandelkommission einen Bericht abgegeben. Dieser Bericht ist ein Kompromiss, und der ist zu akzeptieren, aber er ist jetzt auch von allen Seiten zu akzeptieren, auch wenn es auf allen Seiten, meine Damen und Herren, Verletzungen gegeben hat.

Mein Appell an dieses Haus lautet darum:

Lassen Sie uns alle gemeinsam an den unterschiedlichen Stellen, an denen wir den unterschiedlichsten Einfluss haben, dahin wirken, dass der gefundene Kompromiss jetzt nicht wieder jeden Tag und ohne Not angegriffen, aufgeweicht und relativiert wird. Denn Frieden wird es nur dann geben, wenn der jetzt vereinbarte Pfad auch von allen begangen wird. Wird der Pfad verlassen, werden weiterhin einzelne Bestandteile heraus- und angegriffen, verliert der Kompromiss sein Wesen und damit seinen Wert.

Zu den mittelfristigen Herausforderungen: Diese bestehen einerseits darin, dass jetzt mit Würde und hoher Sicherheit Regelungen für die betroffenen Beschäftigten gefunden werden.

Ich persönlich bin das Thema betreffend lange nicht mehr so pessimistisch, wie ich das noch vor einigen Monaten war. Mir scheint, dass Gewerkschaften und Mitbestimmungen ihren Job hier bislang mehr als gut machen und seriöse Regelungen werden vereinbaren können, Regelungen, die Beschäftigte nicht im Ungewissen lassen und die ihnen die verdiente Sicherheit geben. Die Absicherung der Beschäftigten darf kein Spiegelstrich sein, sondern sie muss – im Gegenteil – eine eigene gewichtige Überschrift erhalten.

Ein zweiter mittelfristiger Aspekt ist schlicht und ergreifend die praktische Organisation der Zukunft der Region, um die es geht.

Da bin ich dann von der Debatte schon ein wenig überrascht gewesen, und ich darf den geschätzten Kollegen Rasche von der FDP ganz kurz einmal zitieren. Herr Rasche, wenn ich eben richtig mitgeschrieben habe, haben Sie den Ministerpräsidenten dafür gelobt, dass er heute große Aktualität in die Debatte eingebracht hat, dass er hier Neues vorgetragen hat und dass er uns unterrichtet hat. Ich habe mitgeschrieben, Herr Rasche, dass Sie gesagt haben: Wir sind dankbar dafür, dass dieser Ministerpräsident Verantwortung übernimmt und uns hier unterrichtet. – Zitatende.

Das gestehe ich Ihnen zu, dass Sie das so sehen. Sie mussten selber dabei ein bisschen lachen. Aber vielleicht teilen Sie diese Ihre Einschätzung auch mal dem Redenschreiber des Ministerpräsidenten mit. Denn der hat das vorher scheinbar nicht gewusst. Wo war etwas Aktuelles? Wo war etwas Neues? Ich habe davon nichts mitgeschrieben.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident –
Zurufe von der CDU)

Jetzt bin ich beim Ministerpräsidenten, der hier eben gesagt hat, es gibt Neuigkeiten. Dann nehme ich mal drei der Neuigkeiten, so wie er sie, glaube ich, jedenfalls angesehen hat, heraus.

Er hat gesagt, es gibt die tolle Zusage, es werden keine neuen Kraftwerke geplant und gebaut.

Ich habe mir in der Debatte in den vergangenen Wochen und Monaten verschiedenste Argumente angehört. Aber dass noch jemand geglaubt hat, dass jetzt noch einmal jemand im Revier ein neues Kraftwerk plant, dafür Geld sammelt und das dann baut, das ist nun wirklich keine wahnsinnig neue Nachricht. Das hier heute im Rahmen einer Unterrichtung vorzutragen, ist schon mutig. Das ist mutig.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Rainer Schmelzer [SPD]: Vielleicht war das für Herrn Laschet neu!)

Dann hat der Ministerpräsident auch als eine Neuigkeit eben davon gesprochen, dass es eine Bestandsgarantie für Dörfer und Weiler im Sinne der letzten Leitentscheidung gäbe.

Ja, es ist noch einmal in einem anderen Zusammenhang rund um Garzweiler über Dörfer und Weiler diskutiert worden. Aber wer hat denn noch einmal darüber gesprochen? Dass das Bestand hat, im Rahmen einer Unterrichtung auch als wichtigen neuen Punkt darzustellen, das ist auch überraschend gewesen.

Jetzt komme ich zum dritten Punkt. Das ist auch eine Neuigkeit. Das ist aber dann wirklich eine. Moratorium! Ein Moratorium zwei Jahre Hambacher Forst – das haben Sie eben mitgeteilt – haben Sie dem Unternehmen abgetrotzt.

Jetzt stelle ich mir die Frage: Ich habe sieben oder acht Sitzungen des Bauausschusses miterlebt. Ihre Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung hatte ja vor einigen Monaten die großartige Idee, dass man dieses gesellschaftliche Problem befrieden könnte, indem man mit Brandschutz und der Landesbauordnung argumentiert. Anschließend hat sie die Kreise vor Ort als untere Behörden dahingeschickt, hat die Baumhäuser zählen lassen, hat Gutachten machen lassen und hat einen, ich glaube, 46-seitigen Bericht vorgelegt. Das ist immer und immer wieder wegen widersprüchlicher Berichte der Landesregierung im Ausschuss aufgerufen worden. Zuletzt hat sie noch vor ein paar Wochen gesagt: Das hat alles nichts mit der Gerichtsentscheidung zu tun. Das hat auch alles nichts damit zu tun, ob da mal gerodet wird oder nicht.

Da stelle ich mir jetzt, nachdem Sie diese Auskunft hier eben gegeben haben, Moratorium, die Frage, wie Sie aus dem Dilemma wieder herauskommen, dass Ihre eigene Ministerin erzählt hat, es wird weiter die Landesbauordnung umgesetzt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Es gibt 46 neue Baumhäuser. Ich bin gespannt, ob Sie da jetzt weiter räumen. Das ist ein Riesendilemma. Das wird interessant.

Ich komme jetzt zurück zu Strukturen vor Ort. Früher, meine Damen und Herren, die IRR, jetzt die ZRR hat eine Struktur, die geeignet ist, einige der anstehenden Aufgaben im Revier zu übernehmen. Die mehrstündige Anhörung in der vergangenen Woche hat aber glasklar aufgezeigt, dass die ZRR mit ihren starken Landratsprägungen nicht des Rätsels alleinige Lösung sein kann.

An die Landesregierung gerichtet will ich deshalb freundlich dafür werben, zukünftig deutlich – wirklich deutlich – mehr die Standortbürgermeister einzubinden.

Diese kommunalen Praktiker haben den Strukturwandel jeden Tag auf dem Schreibtisch und auch vor den Füßen.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Diese Bürgermeister kennen die bestehenden Hürden, die das Land wegräumen kann und muss, wenn es um Flächenbedarfe und Genehmigungsverfahren geht. Es muss schneller geplant und schlanker genehmigt werden können. Es braucht einen Grundstücksfonds, damit Kommunen Flächen von Dritten kaufen können. Flächen mit großem Umfang müssen zügiger als geplant aus dem Bergrecht entlassen werden.

All das wissen die Kommunen und die Bürgermeister. Das wurde mehr als einmal gesagt. Sie müssen aber auch gehört werden, und das war in der Vergangenheit nicht ausreichend der Fall.

Die ZRR ist wichtig, weitere organisatorische Partner vor Ort sind wichtig, auch Landwirte sind wichtig. Aber, Herr Minister Pinkwart, bitte setzen Sie zukünftig deutlich mehr auf unsere Bürgermeister vor Ort. Wir alle gemeinsam würden das sicher nicht bereuen. Die Ideen vor Ort sind gut, aber auch die handelnden Persönlichkeiten.

Jetzt will ich eine Meldung von Herrn Kollegen Löttgen zum Thema „Leitentscheidung“ einbauen, weil sie hier am besten reinpasst. Herr Kollege Löttgen, wenn ich Sie vorhin richtig verstanden habe – wenn nicht, können Sie das Ganze korrigieren –, haben Sie gesagt, dass Sie die Leitentscheidung damals hier im Landtag mitbeschlossen haben. Irgendjemand hat auch noch nachgefragt.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, lautete der Titel seinerzeit: „Leitentscheidung der Landesregierung“. Das heißt, aus der Überschrift geht schon hervor, dass diese Leitentscheidung kein Beschluss des Parlaments war, sondern eine Entscheidung der Landesregierung.

(Bodo Löttgen [CDU]: Die ist doch hier diskutiert worden, oder nicht?)

Von daher frage ich mich, wo Sie die mitbeschlossen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Unabhängig davon, dass Sie da nicht da waren!)

Sie haben die Leitentscheidung gelobt. Das finde ich gut. Der Ministerpräsident hat sie auch gelobt. Ich hatte einige Minuten Zeit, um zu googeln und habe mir aus den Parlamentspapieren ein paar Diskutanten herausgesucht. Falls Sie infrage stellen, dass die Zitate stimmen, würde ich die Quellen nachher nachliefern. Das würde jetzt aber zu langweilig werden.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Ich greife einfach mal drei der schönsten heraus:

Ich zitiere:

Alle Welt spricht in Zeiten dieser Krisen darüber, wie wir etwa von russischen Gasexporten unabhängiger werden können, und Rot-Grün setzt mit unserem stärksten Pfund für eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung ohne jede Not neue Grenzen.

Zitat Ende.

Das sehe ich nicht sehr positiv.

(Bodo Löttgen [CDU]: Was hat das damit zu tun?)

Da hat sich in Ihrer Auffassung anscheinend einiges geändert.

Zweites Zitat – immer noch bezogen auf die Leitentscheidung –:

Durch diese Pläne der Landesregierung gerät ein riesiges Kontingent von Jobs in Gefahr.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Zitat Ende.

Schließlich nenne ich noch einen Satz, der sich bei besonders vielen Rednern findet:

Diese Entscheidung ist ein wirtschafts- und energiepolitischer Blindflug.

(Bodo Löttgen [CDU]: Zitieren Sie doch mal Herrn Laschet!)

Ich habe das eben so verstanden, dass Sie das anders sehen, nämlich dass die Leitentscheidung eine gute Idee war. Von daher ist Ihr Wortbeitrag unter dem Strich eigentlich zu begrüßen. Sie machen es in der Diskussion besser als Ihre Fachpolitiker vor einigen Jahren.

(Beifall von der SPD)

Abschließend noch ein Wort zu den langfristigen Herausforderungen.

Wir alle wissen: Das Maßnahmengesetz wird kommen; der Staatsvertrag wird kommen. Ministerpräsident und Minister haben das gestern in Erkelenz

noch einmal zur Kenntnis gegeben. Um einen langfristigen Erfolg für die Menschen im Rheinischen Revier zu sichern, muss sichergestellt werden, dass jetzt ergehende Gesetze faire, aber keine unbegründeten Zuwächse bei Aktionären produzieren.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Vernunftorientierte, nachhaltige Investitionen in die Region zu gewährleisten, müsste für uns hier im Haus das weitaus höhere Ziel sein. Um es deutlicher zu sagen: Das bergbautreibende Unternehmen muss gesetzlich zu einer verbindlichen Reinvestitionsquote in die Region verhaftet werden.

Das mag hart klingen, das mag weit gehen, ist aber – davon bin ich persönlich zutiefst überzeugt – legitim, zum Wohle der nächsten Generation, zum Wohle der ganz jungen Arbeitnehmer, zum Wohle der Kinder der aktuell Beschäftigten, zum Wohle derzeitiger Zulieferer – unter dem Strich: zum Wohle einer gesamten Region.

Diese Region ist stark. Sie hat viele Jahre lang gegeben und ihren Beitrag zu einem starken Nordrhein-Westfalen erbracht. Jetzt steht sie vor einem unvergleichlichen Wandel. Ich bitte jeden einzelnen Entscheidungsträger in diesem Raum, seinen Beitrag zu leisten, diesen Wandel zum Guten zu bewegen. Er kann gelingen. Er wird gelingen.

Gerne hätte ich gegenüber der Landesregierung auch noch zu den Themen „Erneuerbare“, „Netze“, „Speicher“, „Strompreise“ erwidert. Es gab aber nicht so viel, worauf man noch etwas erwidern könnte. Von daher belasse ich es dabei. – Ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kämmerling. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Schnelle.

Thomas Schnelle (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte wie Herr Kollege Kämmerling von hier aus den Blick auf die Region richten.

Gestatten Sie mir vorher als ehemaligem Polizeibeamten noch eine Anmerkung zur Aussage von Frau Düker, dass die Polizei gegen Tausende friedlicher Demonstranten im Hambacher Forst vorgegangen sei. Das möchte ich natürlich bestreiten.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die Polizei habe ich gar nicht erwähnt!)

– Doch, Sie haben die Polizei erwähnt. Ich habe es zumindest so verstanden. Wenn dem nicht so ist, ist es ja gut.

Die Polizei ist gegen Gewalttäter im Wald vorgegangen oder ist bei Straftaten wie Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch eingeschritten. Der Konflikt ist eindeutig durch gewaltbereite Aktivisten eskaliert, und nicht durch die Polizei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Diesen Frust musste ich erst mal loswerden, bevor ich zu meiner Rede komme.

Auch wenn die Debatte nur im Internet übertragen wird, wird sie doch – gerade in meiner Heimat – von vielen Menschen verfolgt. In meinem Wahlkreis leben die Menschen, die in der Umsiedlung sind, die Menschen, die die Umsiedlung planen, und auch die Menschen, die gegen die Umsiedlung kämpfen. Auch in meinem Wahlkreis leben Menschen, die um ihren Arbeitsplatz bangen.

Die Themen „Umsiedlung“, „Tagebau“ und „Strukturwandel“ bestimmen derzeit einen Großteil meiner politischen Arbeit. Ich bin im täglichen Kontakt zu den Betroffenen im derzeit festgelegten Abbaubereich und in den zukünftigen Tagebauranddörfern. Ich stehe aber auch im Kontakt mit den Beschäftigten bei RWE und mit den im Kreis Heinsberg ansässigen Zuliefererbetrieben. Es gibt derzeit wohl kein anderes Thema, bei dem sich berechnete Interessen auf beiden Seiten so gegensätzlich gegenüberstehen.

All diese Menschen erwarten von uns als Politiker, dass wir uns für sie einsetzen und ihre Belange in unsere Diskussionen und Entscheidungen einbringen – wenn möglich, ohne populistischen Streit. Wir Abgeordnete aus dem Kreis Heinsberg haben den Tagebau Garzweiler II immer abgelehnt. Mein Vorgänger Dr. Gerd Hachen war über Jahrzehnte eingebunden im Kampf gegen diesen Tagebau und Vorsitzender der Vereinten Initiativen gegen Garzweiler II.

Dabei war uns CDU-Abgeordneten aus dem Kreis Heinsberg immer bewusst, dass wir hierfür auf der Landesebene wahrscheinlich keine Mehrheit bekommen würden. Dies wurde von uns vor Ort auch immer so kommuniziert.

Sowohl die Stadt Erkelenz als auch der Kreis Heinsberg haben ebenfalls immer in großer politischer Einigkeit über Parteigrenzen hinaus Stellung gegen den Tagebau bezogen. Trotz dieser Gegenwehr haben die im Land jeweils verantwortlichen Akteure in insgesamt drei Leitentscheidungen, zuletzt 2016, den Tagebau in seiner jetzigen Form beschlossen und für die Energieversorgung des Landes als nötig befunden.

Dabei wurde den Betroffenen vor Ort von Parteien oder Gruppierungen immer mal wieder Hoffnungen und Versprechungen gemacht, die nach kurzer Zeit gebrochen wurden. In den Umsiedlungsdörfern kennt jeder die Ankündigung von Bärbel Höhn vom April 1995, wonach nie eine grüne Umweltministerin weitere Schritte zur Genehmigung von Garzweiler II

machen werde, und die Grünen Garzweiler auf jeden Fall verhindern würden. Das Ergebnis ist bekannt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So sind die Grünen!)

Auch jetzt fühlen sich die Menschen wieder als Spielball der Politik. 2016 wurde in der Leitentscheidung durch die rot-grüne Landesregierung noch unmissverständlich festgeschrieben, dass ihre Umsiedlung unbedingt erforderlich sei. So haben sich die Menschen dort auf den Weg gemacht, zumindest zum weitaus überwiegenden Teil.

Nun ist mit dem Kompromiss zum vorzeitigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung wieder große Unsicherheit unter den Betroffenen entstanden, bei einigen auch wieder große Hoffnungen.

Im Umsiedlungsgebiet Keyenberg, Kuckum, Berberath, Ober- und Unterwestrich lebten zu Beginn der Umsiedlungen im Dezember 2016 knapp 1.600 Menschen auf ca. 580 Anwesen. Bis Februar dieses Jahres wurden zwischen den Bergbautreibenden und den Betroffenen zu 57 % dieser Anwesen Einigungen erzielt. Weitere 15 % der Eigentümer befinden sich in Gesprächen. Anfang 2019 wohnten bereits 60 Menschen am neuen Ort; 100 Häuser sind fertig oder im Bau; 100 Bauanträge sind gestellt. Im nächsten Schritt folgt die soziale Infrastruktur mit Feuerwehrhaus, Mehrzweckhalle, Friedhof, Festwiese etc.

Viele haben aus den unterschiedlichsten Gründen noch nicht mit den Verhandlungen begonnen, wollen dies nun aber zügig nachholen. In Keyenberg zum Beispiel wird die Bruderschaft in diesem Jahr zum letzten Mal durch den alten Ort ziehen. Das 570. Jubiläum wird so zu einem schmerzlichen Fest, aber alle Planungen laufen darauf hinaus, die Gemeinschaft am neuen Ort fortzusetzen und mit den anderen Vereinen und Gruppen ein lebendiges Dorfleben am neuen Ort zu gestalten. Dies gilt auch für die anderen Orte.

Um weiter über die Befindlichkeiten zu berichten, möchte ich auf einen Artikel der „Aachener Zeitung“ vom letzten Freitag verweisen, der über einen Mann berichtet, der sich darüber ärgert, dass immer wieder die wenigen zu Wort kommen, die die Umsiedlung stoppen wollen. Oft würden auch Kohlegeegner, die gar nicht aus dem Ort kommen, im Namen der Keyenberger darüber reden. Die große Mehrheit wolle mittlerweile nämlich weg aus Keyenberg, weil der Ort keine Lebensqualität mehr biete.

Mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich den Artikel: „Der aktuell so erbitterte Widerstand komme viel zu spät. Vor 20 Jahren wäre ich froh gewesen, wenn man so einen Aufstand gemacht hätte.“

Es gibt aber auch Menschen in den Umsiedlungsgebieten, die mit aller Kraft dafür kämpfen, in ihren manchmal schon seit mehreren Generationen im Familienbesitz befindlichen Anwesen wohnen bleiben

zu können. Auch hierfür habe ich vollstes Verständnis. Diese unterschiedlichen Einstellungen zur Umsiedlung zeigen die derzeitige Zerrissenheit in den Dörfern.

Ich denke aber, mehr als 90 % der Betroffenen in den jetzigen Umsiedlungsgebieten bekommen Angst, wenn sie Forderungen wie etwa aus dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen lesen, die da lauten: „Darüber hinaus muss die Landesregierung die Planungen für die Umsiedlungen neu bewerten“ oder: „... die Zukunft von bisher zur Umsiedlung vorgesehenen Dörfern zeitnah zu klären“.

Die Menschen, die sich auf den Weg gemacht haben oder noch machen wollen, befürchten, dass sie ihre Lebensplanungen aufgrund politischer Entscheidungen wieder ändern müssen. Die Menschen müssen unabhängig davon, welche Entscheidungen über die Ausdehnung von Garzweiler II und über die Inanspruchnahme der Dörfer getroffen werden, die Garantie haben, ihre getroffenen Entscheidungen zur Umsiedlung zu den jetzigen Konditionen durchführen zu können.

Wir müssen und werden den bereits begonnenen Dialog mit den Umsiedlern weiterführen. Ich bin dem Ministerpräsidenten daher sehr dankbar, dass er als erster Ministerpräsident auf Einladung der Betroffenen in die Umsiedlungsorte gekommen ist, dort mehr als drei Stunden lang den Betroffenen zugehört hat und sich die Probleme der Umsiedlungen hat zeigen und erklären lassen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Dieser Dialog vor Ort ist wichtig, auch wenn er die Entscheidungen, die jetzt zu treffen sind, nicht ersetzen kann.

Frau Düker, Sie haben gerade den Ministerpräsidenten angegriffen, dass er sich nicht um die Umsiedler und die Tagebauranddörfer kümmern würde. Er macht das derzeit in einer Form, wie dies bislang kein Ministerpräsident vorher gemacht hat. Das sind die Rückmeldungen aus den Orten; das ist auch meine Wahrnehmung.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Ich bin auch dem Wirtschaftsministerium und Herrn Minister Pinkwart dankbar, dass unmittelbar nach der Kommissionsentscheidung der Kontakt mit den vor Ort gewählten Gremien aufgenommen wurde und die erste Dialogveranstaltung mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern für Mitte März dieses Jahres anberaumt ist. Auch die gestrige Veranstaltung der Revierkonferenz in Erkelenz mit der Teilnahme des Ministerpräsidenten und des Wirtschaftsministers zeigt, dass die Landesregierung die dortige Betroffenheit sehr ernst nimmt.

Herr Kutschaty, Sie haben gerade gesagt, dass Bürgermeister Jansen kein Rumgeeiere möchte. Es ist richtig, dass er davor gewarnt hat. Er äußert aber auch – ich höre ihn öfter als Sie –, dass er diesen Eindruck von der Landesregierung nicht hat. Auch er lobt den Einsatz für die betroffenen Gebiete und das Revier.

Ich bin dem Ministerpräsidenten auch dankbar, dass er gerade die Tagebauranddörfer in seiner Erklärung angesprochen hat. Die derzeitigen Abstandsflächen müssen vor dem Hintergrund des Kohlekompromisses neu bewertet und vergrößert werden; bereits geplante Straßenprojekte müssen in Teilbereichen neu bedacht werden.

Wie in unserem Antrag und von der Landesregierung gefordert, muss die Bundesregierung nun schnell die Ergebnisse der Kommission zum frühzeitigen Kohleausstieg in Regierungshandeln umsetzen.

Ich bin der Landesregierung dankbar dafür, dass sie zugesagt hat, nach den Entscheidungen der Bundesregierung schnell Klarheit für alle Betroffenen schaffen zu wollen. Diese Entscheidungen müssen dann auch mal bis zum Ende der Braunkohleverstromung halten, und nicht nur knapp zwei Jahre lang.

Ich appelliere an alle hier im Hause, sich für die Leute vor Ort einzusetzen und sie nicht länger als unbedingt nötig in der Ungewissheit zu lassen. Vielleicht finden wir dann eine ähnlich umfassende Zustimmung hier im Hause wie in der Kommission. Alle Betroffenen vor Ort, ob Umsiedler oder Arbeitnehmer, hätten dies verdient.

Offenbar gelingt das außerhalb dieses Hauses schon sehr gut. Reiner Priggen, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Grünen hier im Landtag und jetziger Vorsitzender des Landesverbandes Erneuerbare Energien, hat in einer gerade veröffentlichten Pressemitteilung die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten begrüßt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Na ja!)

Meine Heimat im linksrheinischen Revier hat jahrzehntelang die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen und im ganzen Bundesgebiet gesichert. Dafür haben die Leute mit dem Verlust der Heimat ein unvorstellbar großes Opfer gebracht. Diese Menschen haben nun ein Recht darauf, dass die Strukturhilfen in dieses Revier und insbesondere in die direkt betroffenen Tagebaugebiete und an die Kraftwerksstandorte fließen. Sie haben nun auch ein Recht darauf, dass sich alle im Land und im Bund mit ihnen solidarisch erklären.

Umsiedler und Arbeitnehmer in der Braunkohle würden sich im Revier verschaukelt fühlen, wenn nun wieder die Verteilung der Mittel in andere Regionen diskutiert würde. Ich hoffe, dass sich auch die SPD wieder besinnt und diese Solidarität mit dem Rheinischen Revier übt.

So wie in meinem Wahlkreis die Stadt Erkelenz in großer politischer Einigkeit gemeinsam mit dem Kreis Heinsberg agiert, und so wie sich auch die Akteure im Rheinischen Revier unterhaken und gemeinsam für das Revier kämpfen, so müssen wir uns hier im Landtag gemeinsam für die betroffenen Menschen einsetzen – für diejenigen, die durch den Verlust ihrer Heimat die Energieversorgung unseres Landes gesichert haben, und für diejenigen, die nun Angst um ihre Arbeitsplätze haben. – Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Schnelle. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, man muss sich manchmal zurückbesinnen, aus welchem Grund wir hier eigentlich über die Kohlekommission reden und warum es diese Kohlekommission überhaupt gibt. Das kommt mir in einigen Debatten viel zu kurz.

Es ging darum, dass diese Bundesregierung festgestellt hat, dass sie die eigenen Klimaschutzziele nicht erreicht. Deshalb wurde gesagt: Wir müssen dafür schnell eine Lösung finden. Ein wichtiger Aspekt dabei ist: Raus aus der Kohle, und zwar schneller, als das bisher geplant war. Dafür brauchen wir ein Gremium, das uns sagt, wie das gelingen und wie mit den Auswirkungen umgegangen werden kann. – Das ist der Punkt, über den wir hier viel zu wenig reden.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt benennen. Der Kohleausstieg allein reicht nicht; das sagt auch diese Kommission. Das ist der eine Aspekt.

Der zweite Aspekt, der sehr wichtig ist und der sich an vielen Stellen im Kommissionsbericht findet, ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Ziel zu sprechen kommen, das sich die Bundesregierung gesetzt hat. Wir Grüne hätten noch mehr gefordert; aber diese Bundesregierung hat festgelegt, dass sie bis zum Jahr 2030 einen Stromanteil von 65 % erneuerbare Energien haben möchte.

Die Kommission hat ganz klar festgestellt, dass zur Erreichung der Klimaschutzziele dieses Ausbauziel für die erneuerbaren Energien mindestens erreicht werden muss. Das gelingt aber nicht, wenn es mit dem Ausbau so weitergeht wie bisher. In dieser Hinsicht hat nämlich auch diese Landesregierung eine ganz erhebliche Verantwortung.

Herr Minister Pinkwart, Sie haben sich vorhin folgendermaßen geäußert: Na ja, dann bauen wir die erneuerbaren Energien eben woanders aus. Wir müs-

sen halt noch mehr Netze bauen und immer schneller, immer weiter und immer größer bauen. Eine Verantwortung hier bei uns haben wir aber nicht. – Das kann so nicht funktionieren! Wir brauchen die erneuerbaren Energien hier in Nordrhein-Westfalen, und da haben Sie eine Verantwortung!

(Beifall von den GRÜNEN)

Spätestens jetzt muss die Landesregierung eine Kehrtwende in der Energiepolitik vollziehen. Mit diesem Kommissionsbericht ist klar, dass es nicht so weitergehen kann. Das, was wir an anderen Stellen zur Verlässlichkeit gehört haben, gilt auch hier:

Wir brauchen eine Verlässlichkeit für den Ausbau der erneuerbaren Energien; wir brauchen eine Verlässlichkeit für den Ausbau der Windenergie.

Was Sie mit dem Landesentwicklungsplan vorhaben, den Sie gestern im Kabinett verabschiedet haben – wir hier im Parlament wurden nur bruchstückhaft informiert –, kann so nicht funktionieren. Das, was Sie als Ausweichmanöver propagieren, nämlich die Fotovoltaik und die Geothermie, reicht nicht aus. Wir brauchen alle erneuerbaren Energien; wir brauchen alles zusammen. Nur die anderen Energieerzeugungsarten reichen nicht aus. Ohne Wind geht es eben auch nicht.

Das, was Sie uns vorwerfen – wir hätten nur die Windenergie im Kopf; das habe ich eben gehört –, trifft nicht zu. Wir brauchen alles.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte jetzt gern auf die Frage des Netzausbaus zu sprechen kommen. Das kommt immer wieder als ein großer Aspekt. Ich möchte noch einmal ganz klar feststellen: Wir Grünen sind nicht gegen einen Netzausbau. Aber so, wie Sie das machen wollen, können wir dem nicht folgen. Sie sagen nämlich hier und beispielsweise auch in einem Bericht in der letzten Woche, dass für das 65-%-Ausbauziel der erneuerbaren Energien im Bund der Netzausbau das entscheidende Kriterium sei.

Da muss ich Ihnen leider widersprechen. Das ist nur ein Baustein. Für einen Ausbau der erneuerbaren Energien ist entscheidend, dass Investitionen in diesem Bereich getätigt werden und dass nicht auf Bundesebene und mittlerweile auch auf Landesebene immer mehr Hürden errichtet werden. Dass dieser Ausbau hier geschieht, ist Ihre Verantwortung, und da müssen Sie liefern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem Klimaschutz möchte ich kurz auf die Ausführungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Herrn Löttgen eingehen. Sie haben eben den Kommissionsbericht zitiert. Ich möchte das ebenfalls tun. Dabei geht es um die Revisionsklauseln, die in den Jahren 2023, 2026 und 2029 anzuwenden sind.

Das, was Sie hier zitiert haben, ist schlicht einseitig. Es geht vielmehr um alle Aspekte. Ich zitiere von Seite 106. Sie haben uns eben vorgeworfen, wir hätten nicht so weit gelesen. Wir haben sogar noch weiter gelesen als Sie. Dort heißt es:

„Die Kommission empfiehlt deshalb, die Annahmen, die Umsetzung des Maßnahmenpakets und deren Wirkungen in regelmäßigen Abständen umfassend zu evaluieren. Dafür ist es erforderlich, die angestrebten Wirkungen der Maßnahmen zu erfassen und deren Auswirkungen auf die Klimaschutzziele ...“

– die Klimaschutzziele werden hier als Allererstes genannt –

„... Versorgungssicherheit, Stromkosten, regionale Entwicklung und Beschäftigung einzuordnen. Sofern die Ziele in einzelnen Bereichen absehbar nicht erreicht werden, empfiehlt die Kommission, zunächst in den betroffenen Bereichen konsequent nachzusteuern.“

Das gilt also auch für den Klimaschutz. Genau darauf beziehen wir uns in unserem Antrag. Wir gehen davon aus, dass das, was wir im Kommissionsbericht lesen, ein wichtiger erster Schritt ist, zu dem wir absolut stehen, aber wir befürchten, dass das, was darinsteht, nicht ausreicht – erst recht nicht, wenn man es wieder aufdröseln.

Deswegen sagen wir ganz klar: Für uns ist das Klimaschutzziel entscheidend. Das war auch der entscheidende Grund, diese Kommission einzusetzen. Wir machen da nichts auf, sondern wir stellen uns dahinter. Wir müssen uns jetzt anschauen, ob die Klimaschutzziele in diesen Jahren auch erreicht werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte noch kurz zu den angeblichen Neuigkeiten kommen, die der Ministerpräsident hier dargestellt hat.

Da ist zunächst Ihre Forderung an RWE, Planungen für neue Kohlekraftwerke aufzugeben. Vorhin habe ich vom SPD-Kollegen gehört, das wäre keine Neuigkeit; niemand würde das mehr machen. Na ja, RWE plant das schon noch. Aber dennoch ist diese Forderung wirklich längst überfällig, und dass Sie uns das hier als Neuigkeit verkaufen, finde ich, ehrlich gesagt, eher peinlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt. Sie verweisen permanent und immer wieder auf die Leitentscheidung von 2016. Darum möchte ich das ebenfalls tun. Darin steht ganz klar, dass eine Leitentscheidung – auch diese Leitentscheidung – wieder geändert werden muss, wenn sich die Rahmenbedingungen ändern.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Nach einem Jahr? – Zurufe von der CDU)

Entschuldigung – was ist das denn anderes, als wenn eine Kommission sagt, dass aus der Kohle herausgegangen werden muss? Das heißt doch ganz klar, dass sich die Rahmenbedingungen geändert haben.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU] – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU] – Gegenruf von Monika Düker [GRÜNE])

Genau deswegen muss das jetzt passieren, und da haben Sie eine Verantwortung. Und spätestens jetzt ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Machen wir doch! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

– Ich scheine wieder etwas getroffen zu haben.

Sie können sich doch nicht immer weiter hinter den Vorgänger-Landesregierungen verstecken oder hinter der Bundesregierung oder hinter RWE! Das kann doch nicht sein! Sie müssen hier liefern!

(Beifall von den GRÜNEN – Armin Laschet, Ministerpräsident: Das machen wir doch! Das ist euch peinlich, das weiß das ganze Land! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, Sie haben sich dem Wunsch angeschlossen, den Hambacher Wald zu erhalten.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident – Gegenruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Ich warte, bis Sie fertig sind.

Herr Ministerpräsident, gut, dass Sie sich dem Wunsch der Kohlekommission angeschlossen haben, den Hambacher Wald zu erhalten. Wir haben vorhin schon gehört: Das mag für Sie ein großer Schritt gewesen sein; das erkennen wir auch an. Aber ehrlich gesagt, für den dauerhaften Erhalt des Hambacher Waldes ist das nur ein sehr, sehr kleiner Schritt.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Denn hier müssen Sie aktiv werden. Sie können nicht einfach nur sagen, Sie schließen sich dem Wunsch an. Es ist nicht so, dass etwa RWE entscheidet, wo ein Tagebau endet – das entscheidet vielmehr eine Regierung. Da müssen Sie agieren. Sie sind immer sehr gut in großen Worten, aber Sie müssen diesen Worten auch mal Taten folgen lassen. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von Monika Düker [GRÜNE] – Zuruf von der CDU)

Ich möchte gerne wiederholen, was meine Kollegin Frau Düker vorhin gesagt hat. Wie wäre es denn,

wenn Sie an RWE herantreten – Sie haben bereits eine andere Forderung an RWE genannt – und sagen, RWE solle diesen Forst einer Stiftung übergeben, damit Ruhe in der Region herrschen kann. Das ist doch das, was wir uns alle für die Region und für den Wald wünschen. Das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Ich möchte noch einmal auf einen Aspekt zu sprechen kommen, der an unterschiedlichen Punkten eben schon angesprochen wurde, und zwar die alternativen Interpretationen des Kommissionsberichtes. Da muss ich Ihnen widersprechen, Herr Minister Pinkwart, wenn Sie sagen, das wäre hier ganz klar dargestellt worden.

Werfen wir einen Blick in Ihren Bericht von der letzten Woche im Wirtschaftsausschuss. Dort steht eins zu eins – und Sie tun so, als würden Sie aus dem Kommissionsbericht zitieren – : So sollen bis 2022 Kraftwerkskapazitäten im Umfang von 12,5 GW abgeschaltet werden, darunter 3,9 GW Braunkohlekapazität im Rheinischen Revier. Davon waren bereits 1,5 GW für die Sicherheitsbereitschaft und damit zur Abschaltung vorgesehen. 3,9 GW minus 1,5 GW sind 2,4 GW.

Das ist aber eine andere Größenordnung als das, was im Kommissionsbericht steht. Das hat auch der Experte in der Anhörung im Ausschuss gesagt. Im Kommissionsbericht steht: 5 GW insgesamt zur Abschaltung, minus 2 GW Sicherheitsbereitschaft, macht 3 GW. Das ist eine andere Größenordnung als das, was Sie gerade sagten. Ich finde es schon problematisch, wenn Sie hier sagen, es bleibe alles dabei. Da gibt es durchaus Unterschiede.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Natürlich, Sie weichen davon ab.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Sie sagen wieder, Herr Ministerpräsident, Sie würden das überhaupt nicht entscheiden. Entschuldigung – Sie sind der Ministerpräsident, Sie haben sich doch einzumischen in diese Entscheidungen!

(Daniel Sieveke [CDU]: Das machen wir doch! – Armin Laschet, Ministerpräsident: Wir machen das doch!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Ministerpräsident!

Wibke Brems (GRÜNE): Sie müssen doch mitreden! Sie können doch nicht einfach nur sagen: „Das steht im Kommissionsbericht“!

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Ministerpräsident!

Wibke Brems (GRÜNE): Im Kommissionsbericht steht 3 GW und nicht 2,4 GW. Dann müssen Sie sich auch daran halten, was im Kommissionsbericht steht.

(Zurufe von Armin Laschet, Ministerpräsident – Weitere Zurufe von der CDU und von der AfD – Unruhe)

– Rund 3 GW sind für Sie gleich 2,4 GW. Das ist schon kurios, wie Sie das machen. Na ja, gut.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Ich möchte dann noch zu einem Punkt kommen, der sich durch viele Reden zieht. Da ist die Allgemeinheit anscheinend der gleichen Meinung. Es geht darum, dass diese Region endlich Klarheit braucht. Das gilt ebenso für die Betroffenen in der Region. Wir brauchen Klarheit für die Betroffenen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Das haben Sie gar nicht gegeben!)

Das haben wir von so vielen Leuten gehört. Das finde ich gut.

Allerdings habe ich die Befürchtung, dass es sich dabei nur um Lippenbekenntnisse handelt. Das, was wir hören, sind eher Allgemeinplätze und nichts Konkretes, wie denn Klarheit geschaffen werden soll.

Ich möchte ganz klar feststellen, wer für uns – und das liest man auch in unserem Antrag – zu den Betroffenen gehört. Das sind einerseits die Beschäftigten, das sind andererseits aber auch die Menschen, die umgesiedelt werden; das sind die Menschen, die am Tagebaurand wohnen.

Eine Sozialverträglichkeit beim Kohlekompromiss kann nicht nur für diejenigen mit Tarifvertrag gelten, sondern das muss für alle Menschen in der Region gelten: für die Umsiedlerinnen und Umsiedler, für die Anwohnerinnen und Anwohner. Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin aus den Berichten der Menschen zitiert, die als Beschäftigte betroffen sind.

Dazu sage ich: Ja, die sind betroffen, und natürlich müssen wir dafür Lösungen finden. Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass viele Anwohnerinnen und Anwohner von massiven Belästigungen berichten, die in den letzten Wochen zugenommen haben. Auch für diejenigen müssen Sie eine Verantwortung tragen; das können nicht einfach nur Lippenbekenntnisse sein.

(Beifall von den GRÜNEN – Daniel Sieveke [CDU]: Unglaublich!)

Herr Ministerpräsident, ich finde, es gibt sehr viele Fragen, gerade bei den Menschen in den Dörfern,

was deren Zukunft angeht. Diese Fragen sind einfach da. Natürlich kann man sie nicht sofort beantworten, weil wir nicht sagen, alle müssten weg oder alle müssten bleiben. Das kann nicht die Antwort sein. Vielmehr muss natürlich noch eine Entscheidung möglich sein.

Aber zu dem, was ich eben von meinem Vorredner von der CDU gehört habe, muss ich Ihnen ganz klar sagen: Die Unsicherheit ist doch nicht deshalb da, weil wir Grünen einen Antrag gestellt haben, sondern die Unsicherheit ist da, weil sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Die Gesamtlage hat sich geändert, und die Menschen fragen sich: Was soll das eigentlich noch? Muss ich denn hier wirklich noch weg? Lohnt sich das? Wie läuft das alles? – Diese Fragen müssen wir doch beantworten.

Dann möchte ich noch einen ganz wichtigen Punkt ansprechen. Sie tun hier so, als sei das ganze Verfahren schon abgeschlossen. Im Bereich Garzweiler II liegen 602 Anwesen. Da gibt es gerade einmal 344 Wertgutachten und 184 Einigungen. Das hört sich für mich nicht so an, als wäre der Prozess der Umsiedlung da schon komplett geklärt und abgeschlossen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das hat auch keiner behauptet!)

Daher muss man sich das schon noch einmal angucken. Da gibt es erhebliche Unklarheiten und viele Fragen.

Ich finde es ganz wichtig, dass wir gucken, was da sinnvoll ist. Es wäre absoluter Blödsinn, wenn jetzt einfach Fakten mit dem Abrissbagger geschaffen würden.

Deswegen ist unsere Forderung ganz klar: Sie müssen sich dafür einsetzen, dass es bei diesen Abrissgenehmigungen einen Stopp gibt. Denn man kann doch nicht einfach Infrastruktur zerstören, obwohl man nicht weiß, ob man sie nicht vielleicht in ein paar Jahren noch braucht. Man kann doch nicht Bäume in den Orten fällen, von denen man nicht weiß, ob sie nicht hinterher doch bestehen bleiben. Bei allen diesen Punkten ist es Ihre Aufgabe, nach Lösungen zu suchen, statt nur Lippenbekenntnisse von sich zu geben.

Sie sehen, Herr Ministerpräsident, liebe Landesregierung: Sie haben viele Aufgaben zu erledigen. Dem müssen Sie jetzt gerecht werden. Sie müssen jetzt anfangen, sie anzugehen. Sie sollten aufhören, sich hinter anderen – hinter uns, hinter der Bundesregierung oder hinter RWE – zu verstecken. Sie müssen Ihrer Verantwortung gerecht werden. Das ist unsere Forderung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Jetzt spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Eines vorweg: Die Ergebnisse des Berichts der WSB-Kommission sind in der Region, im Rheinischen Revier, mit Sicherheit nicht nur mit Begeisterung aufgenommen worden. Es gibt gute Gründe, warum die Menschen in der Region immer noch Sorge haben um die Zukunft, um ihre Arbeitsplätze, um die Existenz ihrer Familien. Das betrifft nicht nur die Mitarbeiter von RWE. Es betrifft auch zahlreiche andere in vielen Strukturen, gerade in kleinen handwerklichen oder mittelständischen Zulieferbetrieben und darüber hinaus.

(Zuruf von der SPD: Oder großen!)

Es betrifft aber auch die Menschen in den Kommunen, die darum herum leben und arbeiten.

Ich will jedoch ausdrücklich hinzufügen, dass die Ergebnisse des Berichts für diese Menschen, so schwierig sie im Einzelnen sein mögen, trotzdem einen Kompromiss und eine Perspektive darstellen.

Ich will in diesen Punkt durchaus einschließen, dass mir bewusst ist – auch wenn das eine Position ist, die von mir weiter entfernt ist –, dass sich zum Beispiel Umweltverbände und auch Umweltaktivisten, die in legaler Weise in der Region arbeiten, vermutlich mehr hätten vorstellen können, aber dass auch für sie dieser Bericht ein Kompromiss ist, der einen gangbaren Weg darstellt.

Das ist auch das Entscheidende. Es ist ein Vorschlag, der für alle Beteiligten und Betroffenen den Konflikt um die Kohleverstromung in Deutschland endlich befrieden kann.

Damit dieser Konsens ein Erfolg wird, müssen sich alle Beteiligten zu ihm bekennen und für ihn arbeiten. Nur so kann es auch gelingen, dass dieser Bericht – was eigentlich von allen gefordert worden ist, die sich ernsthaft mit dem Thema auseinandersetzen – eins zu eins umgesetzt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dann kann dieser Vorschlag eine Jahrhundertchance für NRW und das Rheinische Revier werden.

Aber dann dürfen wir jetzt auch nicht, statt uns auf das Hier und Jetzt und die Herausforderungen und die Chancen zu konzentrieren, direkt wieder anfangen, herumzumäkeln, etwas aufzubohren und für kurzfristige politische Geländegewinne zu versuchen, irgendwelche Dinge aus dem Bericht zur Diskussion zu stellen.

Frau Düker, Frau Brems, an Ihre Adresse: Ich habe in diesem Zusammenhang das Bashing auf die FDP

nicht so ganz verstanden. Es sei Ihnen geschenkt. Das gehört wahrscheinlich dazu, wenn Sie als Grüne eine Rede halten müssen. Ich glaube, man kann durchaus sagen, dass die Entscheidung aus einer übergeordneten Sicht natürlich ordnungspolitisch schwierig ist, wenn man politisch einen Termin für einen Kohleausstieg setzt, so gesellschaftlich geboten das sein mag. Natürlich ist es richtig, Frau Düker, dass Klimaschutz nur international gedacht werden kann. Auch da verstehe ich Ihre Kritik an Herrn Lindner nicht. Natürlich ist es richtig, dass der CO₂-Handel dafür ein wirksames Instrument sein kann.

Das eine zu tun, heißt doch nicht, das andere zu lassen. Wir hier in Nordrhein-Westfalen nehmen eben unsere Verantwortung wahr, um Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln und hier die richtigen Entscheidungen zu treffen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren von den Grünen, ich habe aber nicht den Eindruck, dass Sie sich ernsthaft an dem Prozess beteiligen wollen. Ihnen geht es schon wieder um die kurzfristigen Geländegewinne. Anders wäre Ihr Entschließungsantrag gar nicht zu verstehen. Statt konkrete Forderungen zu stellen, verlieren Sie sich in allgemeinen Vorschlägen. Sie verlangen Nachschärfungen. Sie formulieren Forderungen, die über den Kompromiss hinausgehen, statt sich an den Kompromiss zu halten. Damit werden Sie Ihrer gesellschaftspolitischen Verantwortung nicht gerecht.

Natürlich gehört der Netzausbau dazu, wenn die Umsetzung der Ergebnisse des Berichts gelingen soll. Natürlich ist es so, dass diese Landesregierung, dass diese NRW-Koalition sagt: Ja, die erneuerbaren Energien sind wichtig. – Sich um KWK, um Geothermie und um Fotovoltaik zu kümmern, ist aber ganz besonders wichtig, um eine Akzeptanz und eine konfliktfreie Energiewende hinzubekommen. Das ignorieren Sie, weil Sie einzig und allein die Windkraft im Fokus haben.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Damit Sie wissen, wie die Situation in den Umsiedlungsgebieten ist, will ich Ihnen einmal ein Beispiel nennen. In Kerpen-Manheim waren 90 % der Menschen schon umgesiedelt.

Dann kam die Situation mit dem Flüchtlingszustrom. Die Stadt hat – für mein Empfinden relativ nachvollziehbar – gesagt: Da sind Häuser, die gerade verlassen worden sind. Bevor wir jetzt irgendwo etwas neu bauen, bringen wir doch die Menschen, die geflüchtet sind, in diesen Häusern unter. – Daraufhin sind dort 400 Flüchtlinge untergebracht worden. Sie haben dort gelebt und dieser Stadt auch zu einer kurzzeitigen Wiederbelebung verholfen.

Wissen Sie, was inzwischen passiert? Inzwischen berichten uns die Flüchtlinge: Wir trauen uns nicht

mehr auf die Straße, weil die Aktivisten aus dem Hambacher Forst dort ihr Unwesen treiben. – Das ist die Wahrheit. Das sollten Sie auch einmal erwähnen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich kann Sie wirklich nur inständig bitten: Verlassen Sie bei diesem Kompromiss nicht den gemeinsamen Weg. Indem Sie hier immer wieder neue Forderungen aufstellen, spielen Sie nur den in die Hände, die sagen: Wir haben uns in der Region zu diesem Kompromiss bekannt, auch wenn es wehtat. Wenn es jetzt aber noch einmal darüber hinausgehen soll, dann können auch wir das nicht mittragen; dann gehen wir an die politischen Ränder. – Das ist die Gefahr bei der Politik, die Sie machen. Hören Sie endlich damit auf.

(Beifall von der FDP und der CDU)

An die Adresse der SPD – das kann ich Ihnen leider nicht ersparen; Herr Kutschaty ist nicht mehr anwesend; vielleicht mag man es ihm ausrichten –: Ich kann Sie nur bitten, jetzt nicht in irgendeinen Aktionismus zu verfallen. Natürlich ist es nachvollziehbar, dass Sie sagen: Wenn wir dort in den Kommunen die Signale bekommen, binden Sie uns bitte ein. – Aber das passiert ja im Rahmen der Zukunftsagentur.

(Jochen Ott [SPD]: Nein, das passiert nicht!)

Das diskutieren wir doch vor Ort.

Was Sie aber nicht dürfen, ist, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Denn wenn Sie in eine Zukunftsagentur Rheinisches Revier, in eine ZRR, jetzt kommunale Vertreter aufnehmen, die hinterher Förderempfänger von Mitteln sein wollen, dann riskieren Sie die Unschädlichkeit von Fördermaßnahmen. Das ist die Wahrheit. Deswegen ist das, was Sie hier fordern, kurzsichtig. Das muss wohlüberlegt sein.

Trotzdem kann man die Kommunen einbinden. Das wird diese Landesregierung auch tun, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Schaffen Sie bitte auch nicht aufgrund kurzfristiger politischer Geländegewinne hier Unfrieden. Sie sollten nicht versuchen, das Ruhrgebiet in irgendwelchen alten Ruhrgebietsreflexen der SPD gegen das Rheinische Revier auszuspielen.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das tun Sie doch!)

Sie sollten hier keine Neiddebatten generieren. Stattdessen sollten Sie überlegen, wie das Rheinische Revier mit den Vorschlägen, die in dem Bericht sehr konkret gemacht worden sind

(Stefan Kämmerling [SPD]: Der Bericht macht keine Vorschläge, sondern sammelt sie nur!)

und die von der Landesregierung aufgenommen werden, Impulsgeber werden kann für andere Regionen – für OWL, für das südliche Westfalen, für das Münsterland und besonders auch für das Ruhrgebiet. Das ist der richtige Weg, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir müssen den Bericht eins zu eins umsetzen. Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Hier ist zunächst einmal die Bundesregierung gefragt. Sie adressieren Ihre Forderungen immer wieder an den Ministerpräsidenten, an den Wirtschaftsminister und an die Landesregierung. Im Bericht steht doch auch, dass zunächst bestimmte Gespräche zwischen Berlin und dem Unternehmen geführt werden müssen.

Entscheidend ist doch, dass wir hier nicht anfangen, in Verantwortung für das Land Dinge vorzuziehen oder Nebenspur aufzumachen, die wir hinterher nicht mehr wirklich werden verantworten können. Denn dort geht es auch um Finanzierungen und um Rechte. Da liegt der Ball jetzt in Berlin. Natürlich spricht die Landesregierung mit Berlin und bringt sich dort ein. Diese NRW-Koalition wird immer wieder das Wort erheben. Aber die Hauptakteure sind nun einmal die Bundesregierung und das Unternehmen, um zunächst einmal die entscheidenden Weichen zu stellen.

Noch eine ganz kurze Bemerkung zum Thema „Spaltung“: Herr Kutschaty hat hier das Thema „Fridays for Future“ aufgebracht. Wenn Sie das jetzt schon in diesem Zusammenhang aufrufen, muss ich in Richtung der Kollegen der SPD deutlich sagen: Sie sind jetzt wirklich in der Opposition angekommen. Der Rechtsstaat ist für Sie nicht mehr das relevante Kriterium. Die Genauigkeit Ihrer Aussagen wird Ihnen langsam egal. Sie wollen hauptsächlich nur noch Schlagzeilen produzieren. Herzlichen Glückwunsch! Das ist kein verantwortungsvolles Handeln einer ehemaligen Regierungspartei.

(Jochen Ott [SPD]: Was erzählen Sie da?)

Es tut mir herzlich leid, Sie in diesem Zustand zu sehen. Aber so kann man hier in Nordrhein-Westfalen wirklich keine Politik machen.

(Frank Sundermann [SPD]: Sie in Ihrem Zustand tun mir nicht leid!)

Wir müssen jetzt die richtigen Impulse setzen für neue Wertschöpfung im Rheinischen Revier und darüber hinaus, für neue Arbeitsplätze, aber auch für den Erhalt und die Umwandlung bestehender Arbeitsplätze im Revier. Sechs Kreise, viele Städte und Gemeinden, 2,2 Millionen Einwohner, 700.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und 20.000 von der Braunkohle abhängige Arbeitsplätze haben diesen Anspruch an uns. Hier geht es nicht nur um Arbeitsplätze, sondern auch um die Menschen und ihre Familien.

Wir werden das Rheinische Revier auf Grundlage dieses Berichts in die Zukunft führen können, wenn wir es schaffen, diesen Bericht als Konsens zu erhalten.

Ganz entscheidend ist dabei, dass wir mit den wegweisenden Projekten – Energiespeicher, Batteriezellenproduktion, den wissenschaftsbasierten Projekten und anderen Dingen mehr – hier die Grundlage geschaffen haben.

Wir werden uns im Austausch mit den Menschen im Revier weiterhin klar dazu bekennen, dass wir alles zum Wohle unseres Landes und des Rheinischen Reviers geben werden, um das Revier noch lebens- und liebenswerter zu erhalten und damit attraktiver für kommende Generationen zu machen; denn wir werden die kommenden Generationen dort brauchen.

Wir werden uns natürlich gemeinsam mit der Landesregierung auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Empfehlungen aus dem Abschlussbericht zeitnah und vollständig umgesetzt werden und auch die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden.

Es ist genug Arbeit. Wir können uns nicht mit Reibungsverlusten durch Ihre Versuche von kurzfristigen politischen Geländegewinnen aufhalten. Lassen Sie uns endlich anfangen. Machen Sie mit. Verabschieden Sie sich nicht aus dem Kompromiss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die AfD erteile ich dem Abgeordneten Herrn Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Laschet, Sie sagten, kein Bergmann solle ins Bergfreie fallen.

Im Sommer dieses Jahres werden 600 Mitarbeiter der RAG eine Kündigung erhalten, davon 230 Beschäftigte von Prosper-Haniel. Dabei geht es um Mitarbeiter, die nach dem 01.01.1973 geboren wurden. – So viel zum Thema „Keiner soll ins Bergfreie fallen“. Das geschieht bereits.

Dann sprachen Sie den sogenannten Gigawatt-Speicher an. Sie sagten, dass Sie damit 1 GW speichern könnten. Gigawatt ist allerdings die Einheit für die Leistung und nicht für die Menge. Mit dieser Aussage, Herr Laschet, haben Sie sich für die weitere Diskussion über die Energiewende disqualifiziert.

(Beifall von der AfD)

Weil wir gerade bei Speichern sind: Wir haben die Landesregierung gefragt, wie viele Pumpspeicherkraftwerke man denn benötigen würde, um eine Woche Dunkelflaute in NRW zu überstehen. Die Antwort war: Etwa 1.154. – Dann haben wir noch gefragt: Wie viele sind überhaupt technisch realisierbar? – Die Antwort war: 27.

Da zeigt sich doch, dass die Energiewende überhaupt nicht funktioniert. Es gibt keine wirtschaftlichen Speicher. Es gibt auch nicht den Platz dafür. Wenn jemand über Gigawatt-Speicher spricht und noch nicht einmal zwischen Menge und Leistung unterscheiden kann, zeigt das auch etwas.

Herr Kutschaty, Sie wollen der Welt zeigen, dass ein Industrieland auch mit Zufallsstrom funktionieren kann, und machen unser Land dafür zu einem Labor. Sie experimentieren mit unserem Land. Sie experimentieren mit unserer Industrie. Sie experimentieren mit unseren Menschen. Damit gefährden Sie unser Land. Wir brauchen keine Experimente in Deutschland. Wir brauchen keine Experimente mit unseren Menschen.

Was bei einem Stromausfall passieren kann, sieht man heute in Berlin. 30.000 Menschen sind ohne Strom. Diesmal war es nur ein Bagger, der ein Kabel durchtrennt hat, und nicht die Energiewende. Aber das wird mit der Energiewende häufiger passieren.

Herr Pinkwart, Sie sprachen selbst davon, dass der Netzausbau noch nicht vorankommt. Als Beispiel nannten Sie Baden-Württemberg. Aber im Rest des Landes funktioniert es doch ebenso wenig. Wie können Sie jetzt nur verantwortungsvoll weitere konventionelle Kraftwerke abschalten und dafür den Zufallsstrom ausbauen?

Ich hatte Ihnen ja schon einmal gesagt, dass die Bundesnetzagentur beschlossen hat, die Netzkuppelkapazität nach Österreich von 10 GW auf 5 GW zu halbieren – aus Angst, dass es zu Netzproblemen kommen wird, wenn die Kernkraftwerke im Süden abgeschaltet werden. Aber Sie wollen, genauso wie Herr Kutschaty, bei dem Experiment noch mitmachen.

Sie sagen auch nicht, woher das ganze Geld kommen soll. Herr Finanzminister Scholz hat doch jetzt schon eine Lücke von 25 Milliarden Euro. Das Problem wird sich ja noch vergrößern. Wie sagte Margaret Thatcher einmal? „Das Problem des Sozialismus ist, dass einem irgendwann das Geld anderer Leute ausgeht.“ Auch das wird hier passieren.

Herr Schnelle, Sie haben kritisiert, dass die Grünen die Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 bereits kurz danach wieder infrage gestellt haben. Dabei war es doch Ihr Ministerpräsident, Herr Laschet – Parteimitglied bei Ihnen –, der das ebenfalls ein Jahr danach bei den Jamaika-Verhandlungen gemacht hat.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das stimmt doch gar nicht!)

– Sie wollten 8 GW opfern.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Quatsch!)

Das ist doch in NRW. Damit haben Sie die Leitentcheidung mit infrage gestellt.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Das ist Unsinn!)

Kommen wir zum Klimawandel. Was macht die Landesregierung? Die Ausschüsse möchten gern nach Japan statt zum Beispiel in die Schweiz oder nach Kanada statt nach Israel fliegen. Den Kanada-Flug hat der Landtagspräsident übrigens abgelehnt, weil vor ein paar Jahren schon nach Westkanada geflogen wurde. Jetzt sollte es nach Ostkanada gehen. Das war keine angemessene Begründung.

Die CO₂-Emissionen bei Dienstreisen werden übrigens mithilfe von Emissionszertifikaten kompensiert. Das heißt: Die Landesregierung macht bei den Emissionszertifikaten mit, sagt aber, bei der Energiewirtschaft ginge es nicht mit Zertifikaten; wir müssten unbedingt Kohlekraftwerke ausschalten. Auch da funktioniert es doch bereits mit Zertifikaten.

Aber kommen wir einmal generell zum Klimawandel. Darf man in Deutschland überhaupt noch fragen, welchen Beitrag die extreme Subventionierung von erneuerbaren Energien für das Klima der Erde bisher angesichts der Tatsache geleistet hat, dass der Kohlendioxidausstoß in Deutschland kaum gesunken ist? Ist ein Ketzer, wer fragt, ob die 1 Billion Euro – 1.000 Milliarden Euro –, mit der hierzulande Steuerzahler und Stromverbraucher Wind-, Solar- und Biogasanlagen und -netze fördern sollen, klug investiert sind? Eigentlich sollte die Energiewende doch der Reduzierung von Kohlendioxid gelten und keine Förderung für Ökostrom sein. Aber genau das passiert eben nicht.

Mittlerweile werden übrigens Städtern Patenschaften für Bienen angeboten. Wird dabei überhaupt gefragt, welchen Anteil die Energiewende am Schrumpfen der Insektenbestände hat? Auf einem Fünftel der deutschen Ackerfläche wachsen nur noch Energiepflanzen für Bioethanol – das ist das E10, das Sie von der Tankstelle kennen – oder auch für Biogasanlagen. Der große Flächen- und Betonverbrauch von Windrädern wird nicht erfasst. Aber jedes vierte Windrad steht in Schutzgebieten. Wie soll das erst werden, Frau Düker, wenn der Anteil des Ökostroms wie geplant von heute 35 % auf 80 % im Jahr 2050 oder 65 % im Jahr 2030 steigen soll?

Bemerkenswert ist, dass von den Klimagläubigen alle anderen Aspekte außer Acht gelassen werden. Was ist denn mit der Rettung von Mutter Erde? Gibt es nicht andere Wege? Müsste man nicht sagen: „Wenn es das CO₂ ist, müssen wir den CO₂-Ausstoß der Menschen reduzieren“? Müsste man dann nicht eine Aufklärungs- und Bildungskampagne und vor al-

len Dingen eine Verhütungskampagne in den Ländern durchführen, in denen die Bevölkerung weiter wächst? Mein Vorschlag wäre es nicht. Aber das würde dann sicherlich in Ihrem Sinne sein.

Aber auch Ressourcenschonung ist ein Thema. Sie, Herr Laschet, wollen BoAplus verhindern. BoAplus würde aufgrund des höheren Wirkungsgrades etwa 30 % weniger Braunkohle verbrauchen als ein altes Kohlekraftwerk. Das lehnen Sie ab – und damit auch den technischen Fortschritt.

Aber jemand könnte auch den Schulkindern, die jeden Freitag demonstrieren, ausrichten, dass das weltweite Internet mit seinem Stromverbrauch inzwischen auf dem Niveau des Stromverbrauchs von Russland und Kanada liegt und 53 % dieses Verbrauchs allein auf das Streaming von Videos zurückgehen. Sie müssten doch jetzt eigentlich sagen: Verzichten Sie auf das Streaming von Videos; verzichten Sie auf Netflix. – Aber das wäre ja zu bequem. Allein der Verzicht auf Videostreaming würde Energie in der Größenordnung des Verbrauchs der gesamten Bundesrepublik Deutschland einsparen.

Zwischen Reden und Tun klafft indes oft eine auffällige Lücke.

Die deutsche Klimaaktivistin Luisa Neubauer zum Beispiel hält gern aufrüttelnde Reden bei grünen Parteitreffen, bei Schülerdemos etc. Aber die 21-Jährige hat in der Vergangenheit etwas verschwiegen. Deshalb hat sie ihren Instagram-Account jetzt auch gelöscht. Denn in der Vergangenheit ist sie gerne mal geflogen – nach Amerika, Asien, Afrika. Das hat sie auch alles schön bei Instagram verbreitet. Doch das passt jetzt nicht mehr zu ihrem grünen Image.

Ein Flug an die amerikanische Westküste emittiert etwa 6 t CO₂. Man könnte jetzt einmal die bayerische Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katharina Schulze, fragen, was sie davon hält. Denn sie hat zum Jahreswechsel stolz die Bilder von ihrem Kurztrip nach Kalifornien gezeigt. Das entspricht ungefähr dem CO₂-Ausstoß, den ein Mittelklassewagen bei einer Fahrleistung von 12.000 km produziert. Das heißt: Man könnte entweder ein Jahr lang mit dem Auto fahren oder, wie Frau Schulze, einmal nach Kalifornien fliegen.

(Andreas Keith [AfD]: Weil es da lecker Eis gibt!)

Schauen wir uns das Ganze zum Bereich Klima einfach noch einmal an. Hier wurde einmal behauptet, man habe nur vier Möglichkeiten. Erstens gibt es einen von Menschen gemachten Klimawandel, und zweitens soll der Mensch sogenannte Klimagase reduzieren. Das kam, glaube ich, von SPD-Kollegen. Damit hörte das Denken aber bereits auf. Das zeigt die Beschränktheit der Debatte. Denn das Ganze ist natürlich insgesamt vielschichtiger.

Erste Frage: Gibt es überhaupt einen Klimawandel und zum Beispiel eine Klimaerwärmung? Wir sagen Ja. Das sagen auch 97 % der Wissenschaftler.

Zweite Frage: Hat der Mensch einen Einfluss auf den Klimawandel? Auch diese Frage beantworten wir mit Ja. Auch 97 % der Wissenschaftler beantworten sie mit Ja.

Dritte Frage: Ist der Hauptverantwortliche der Mensch oder die Natur? Diese Frage ist bereits in der Wissenschaft extrem umstritten. Hier gibt es keinerlei Belege – weder für die eine noch für die andere Theorie. Es gibt lediglich zahlreiche Theorien.

Das beginnt bei der Strahlung der Sonne, geht über verschiedene Effekte von Meeresströmung bis hin zu Wolkenbildung. Eine der Theorien ist auch die Theorie des zusätzlichen Treibhausgases. Ohne den normalen Treibhausgaseffekt läge ...

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber Ihre wichtigste Theorie ist die Verschwörungstheorie!)

– Ich konnte es jetzt nicht verstehen. Das müssten Sie noch einmal wiederholen. Was möchten Sie?

(Wolfgang Jörg [SPD]: Aber Ihre wichtigste Theorie ist die Verschwörungstheorie!)

Ich kann es noch einmal wiederholen. Der Kollege behauptet, unsere wichtigste Theorie sei die Verschwörungstheorie. Damit befindet er sich schon wieder auf einem unwissenschaftlichen Pfad. Sie lassen keine andere Meinung zu. Das ist eben Ihr Problem.

(Beifall von der AfD – Zuruf von Wolfgang Jörg [SPD])

Wir lassen nämlich durchaus die Meinung zu, dass es einen von Menschen gemachten Klimawandel gibt. Wir lassen aber auch die Meinung zu, dass es einen natürlichen Klimawandel gibt.

(Unruhe – Glocke)

Da sind Sie in Ihrem Denken beschränkt. Sie wollen nur Ihre eigene Lösung haben, weil das so schön ins Bild passt.

Ohne den normalen Treibhausgaseffekt läge die Temperatur unserer Erde im Durchschnitt bei minus 18 Grad. Deshalb ist er ein wichtiger Effekt. Jetzt haben wir im Durchschnitt auf der Erde etwa plus 15 Grad – durch den Treibhausgaseffekt.

Nun ist aber die Frage: Hat das zusätzlich in die Atmosphäre eingebrachte CO₂ einen nennenswerten Effekt? Denn nur 3 % des CO₂, welches in die Luft emittiert wird, stammt aus menschlichen Quellen. Sie können sich das so vorstellen wie bei einem Fenster, vor das Sie tagsüber einen dicken Vorhang gehängt haben. Das ist der bisherige Treibhauseffekt. Jetzt hängen Sie noch eine dünne Decke davor. Wird es jetzt wesentlich dunkler im Raum oder nicht? Die

große Frage ist: Hat das einen nennenswerten Effekt, wenn Sie bereits einen dicken Vorhang davor haben?

Bei der Frage, ob der Haupttreiber des Klimawandels der Mensch ist, ist die Wissenschaft arg zerstritten. Aber nehmen wir einmal an, dass der Mensch tatsächlich der Haupttreiber ist. Dann gibt es immer noch verschiedene Möglichkeiten, wie man damit umgeht. Man kann versuchen, den Klimawandel aufzuhalten. Das ist Ihre Lösung.

Uns sollte allen bewusst sein, dass es auch positive Folgen des Klimawandels oder einer Klimaerwärmung gibt, nämlich ein vermehrtes Pflanzenwachstum und damit mehr Nahrung auf der Welt oder eisfreie Häfen in Russland.

Doch nehmen wir einmal an, es gäbe diese negativen Folgen, und wir müssten sie jetzt bekämpfen. Dann könnte man versuchen, zwei Dinge zu tun. Man könnte versuchen, den Klimawandel aufzuhalten – das ist Ihr Ansatz –, oder man könnte versuchen, zunächst darüber nachzudenken, was billiger ist, nämlich der Versuch, die Folgen des negativen Klimawandels zu bekämpfen, zum Beispiel durch höhere Dämme.

Wir haben einen Antrag gestellt, den Hochwasserschutz zu erhöhen. Bei den Flüssen könnte man mehr Auslaufflächen zur Verfügung stellen etc. Aber leider sind Sie in Ihrer Sichtweise so begrenzt, dass Sie nur diesen einen Weg gehen wollen.

Präsident André Kuper: Ihre Redezeit.

Christian Loose (AfD): Jetzt höre ich, dass meine Redezeit begrenzt und beendet ist.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Schade! Ich weiß, Sie wollten viel mehr dazu hören. Wenn Gesamtdeutschland kein CO₂ mehr produzieren würde, dann würde die Temperatur auf der Welt nach den IPCC-Berechnungen um 0,000653 Grad sinken. Vielleicht denken Sie darüber einmal nach. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Daher schließe ich diese Aussprache. Es sind jedoch noch die Abstimmungen vorzunehmen.

Wir müssen erstens über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 17/5050 abstimmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über den Inhalt dieses Antrags. Wer möchte ihm zustimmen? – Das sind die Grünen. Wer stimmt dagegen?

– Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/5050 abgelehnt**.

Wir müssen zweitens über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/5179** abstimmen.

Hierzu noch ein wichtiger Hinweis: Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zu diesem Entschließungsantrag Einzelabstimmung beantragt. Da die Grünenfraktion nicht Antragstellerin ist, muss ich feststellen, ob hiergegen Bedenken erhoben werden. Wenn Bedenken erhoben würden, müsste ich darüber abstimmen lassen. Werden Bedenken erhoben? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur **Einzelabstimmung**.

Wir beginnen mit **Ziffer 1 des Feststellungskatalogs**. Wer der Ziffer 1 des Feststellungskatalogs zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die AfD ist dagegen. Wer enthält sich? – Damit ist Ziffer 1 **angenommen**.

Ich rufe **Ziffer 2 des Feststellungskataloges** auf. Wer möchte dieser Ziffer 2 zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und Grüne sowie die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Dann ist an dieser Stelle Ziffer 2 **beschlossen** worden.

Ziffer 3 des Feststellungskataloges wäre nun abzustimmen. Wer möchte dem folgen? – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch Ziffer 3 des Feststellungskataloges mit der entsprechenden Mehrheit hier **festgestellt**.

Ich würde nun abstimmen lassen über **Ziffer 4 des Feststellungskataloges**. Wer möchte zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch Ziffer 4 so **beschlossen** worden.

In der nächsten Abstimmung geht es um **Ziffer 1 von 3 des Beschlusskataloges**. Wer möchte der Ziffer 1 von 3 des Beschlusskataloges zustimmen? – Das sind CDU, FDP, die Grünen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Dann ist auch Ziffer 1 von 3 des Beschlusskataloges **beschlossen** worden.

Nun muss ich **Ziffer 2 von 3 des Beschlusskataloges** abstimmen lassen. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und die

beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist auch Ziffer 2 entsprechend **beschlossen** worden.

Ich muss aufrufen die Abstimmung über **Ziffer 3 von 3 des Beschlusskataloges**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann ist gleichwohl Ziffer 3 von 3 mit dem entsprechend festgestellten Ergebnis so **beschlossen** worden.

Ich werde gerade auf Folgendes hingewiesen: Vor dem Hintergrund, dass wir alles beschlossen haben, müssen wir noch mal zur Gesamtabstimmung über den Antrag Drucksache 17/5179 kommen.

Wenn Sie dementsprechend zustimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Dann haben wir dem **Entschließungsantrag Drucksache 17/5179** mit dem entsprechenden Ergebnis **zugestimmt**.

Wir müssen jetzt drittens abstimmen über den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/5059. Wir kommen zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/5059. Wer möchte diesem Antrag der SPD zustimmen? – Das ist die SPD. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, FDP, AfD und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer enthält sich? – Das sind die Grünen. Damit ist dieser **Antrag Drucksache 17/5059 abgelehnt**.

Wir müssen viertens abstimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 17/5180**. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat auch zu diesem Entschließungsantrag **Einzelabstimmung** beantragt. Da diese Fraktion nicht Antragstellerin ist, frage ich, ob dagegen Bedenken erhoben werden. – Das ist nicht der Fall. Dann würden wir auch hier entsprechend einzeln abstimmen.

Ich lasse abstimmen über **Ziffer 1 des Feststellungskatalogs**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir entsprechend Ziffer 1 **beschlossen**.

Ziffer 2 des Feststellungskatalogs muss ich nun abstimmen lassen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU, SPD, FDP, Grüne und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch Ziffer 2 entsprechend **beschlossen**.

Wir stimmen jetzt ab über **Ziffer 3 des Feststellungskataloges**. Wer möchte dem zustimmen? –

Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir auch das entsprechend **beschlossen**.

Ich rufe auf **Ziffer 4 des Feststellungskatalogs** und lasse darüber abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind CDU, SPD, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind die Grünen und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir auch diese Ziffer **beschlossen**.

Ich rufe auf **Ziffer 1 von 3 des Beschlusskataloges**. Wer Ziffer 1 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, FDP, die Grünen und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das ist die AfD. Wer enthält sich? – Das ist die SPD. Damit haben wir gleichwohl Ziffer 1 von 3 **beschlossen**.

Ich rufe auf **Ziffer 2 von 3 des Beschlusskataloges**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, SPD, FDP, Grüne und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Die AfD. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist auch das **beschlossen** worden.

Ich lasse abstimmen über **Ziffer 3 von 3 des Beschlusskataloges**. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer ist dagegen? – Das sind SPD, Grüne und die AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch Ziffer 3 von 3 **beschlossen**.

Auch hier kommen wir noch einmal zur Gesamtabstimmung über den **Entschließungsantrag Drucksache 17/5180**. Wer möchte dem zustimmen? – Das sind CDU, FDP und die beiden fraktionslosen Abgeordneten. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, Grüne und AfD. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir auch dies entsprechend so **angenommen**.

Ich muss fünftens abstimmen lassen über den **Antrag** der Fraktion der AfD **Drucksache 17/5075**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** des Antrags Drucksache 17/5075 an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen worden.

Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, den Saal möglichst geräuschlos zu verlassen.

Ich rufe auf:

2 „Friday for Future“ – Schulpflicht plötzlich ausgesetzt?

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5164

Die Fraktion der AfD hat mit Schreiben vom 18. Februar 2019 gemäß § 95 Abs. 1 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner von der AfD-Fraktion dem Abgeordneten Herrn Seifen das Wort.

Helmut Seifen* (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Leider gibt es für den Landtag keinen § 43 wie im Schulgesetz, der die Kollegen verpflichtet, hier im Parlament zu bleiben. Aber diejenigen, die anwesend sind, können es ja weitertragen.

„Fridays For Future“ nennt sich eine Bewegung, welche Schülerinnen und Schüler von ihren Lernorten auf die Straßen holt, um sie für ihre eigenen politischen Ziele einzusetzen. Ihnen wird suggeriert, dass sie etwas zur Weltrettung beitragen, wenn sie vorzeitig ihren Unterricht verlassen und für ein Ziel demonstrieren, von dem sie meinen, dass es edel und gut sei.

Die Schülerinnen und Schüler können nicht wissen, dass sie von politischen Strippenziehern instrumentalisiert werden, welche die Arglosigkeit und den Idealismus junger Menschen ausnutzen, um sie vor ihren Karren zu spannen.

Warum sich die junge Schwedin Greta Thunberg seit August des letzten Jahres dazu entschlossen hat, einmal in der Woche für den Klimaschutz, wie sie ihn versteht, zu streiken, wird man nicht herausfinden können.

Das hinter ihr aber nun mächtige Lobbygruppen stehen, welche ihre Idee so stark beförderten, dass sie nun weltweit Nachahmer gefunden hat, kann nur jemand bezweifeln, der vom Geschäft der Massenmanipulation und Massensuggestion noch nie etwas gehört hat. Aber seit der Framing-Liste der ARD wissen wir ja, dass es so etwas tatsächlich gibt.

(Beifall von der AfD)

Dass es um Suggestion und nicht um Aufklärung geht, dass es um Panikmache und um eine primitive Form des Angstschürens geht, wird an den dünnen Begründungen ersichtlich, die man dann lesen kann.

„Ich bin in Panik“, sagte Greta Thunberg aus Schweden in Davos auf dem Weltwirtschaftsgipfel mit Blick